

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: 3,00 Mk. monatlich...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgeleitete Kolonelle...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 29. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Sozialismus und Individualismus

Die gestrige Sitzung des Reichstags, in der die Generaldebatte über das Reichsamt des Innern begann...

Den Darlegungen des Genossen Wurm zuzuhören, war eine rechte Herzensfreude. Der Hale-Witz der bürgerlichen Presse wird von dieser Rede nicht viel mehr zu vermelden wissen...

Mit dem, was dieser Beauftragte der viereinviertel Millionen zu sagen wußte, vergleiche man nun das Gerede des Eingängers, als den sich der Staatssekretär a. D. ausspielt...

Dah die Sozialdemokratie ausgerechnet die einzige Partei ist, die von der historischen Bedingtheit alles Seins ausgeht...

geschichte verschlafen, stöhnlich von der Leber weg, sie sei utopistisch und habe sich einen Zukunftsstaat ausgeklügelt...

Nicht der Länge, wohl aber der Bedeutung nach, war, was zwischen diesen beiden Reden lag. Zwischenaktmusik. Für das Zentrum sprach Dr. Meyer-Kaufbeuren mit einer gewissen Eleganz der Dialektik...

Mittelstand — selbständige Existenzen — damit war auch dann das Geleise gegeben, in dem der folgende Redner lustig weiter fahren konnte. Es war das der bekannte konservative Tischlermeister Pauli...

Zum großen Teil gingen die Reden unter großer Unruhe des unaufmerksamen Hauses von statten, aber die Menschen, die draußen vor den Türen stehen...

Kindliche Ausreden.

Ein ehemaliger Offizier schreibt:

Seit 6 Jahren erlucht der Reichstag den Herrn Reichskanzler, er möge die Reform des Militärstrafrechts, des militärischen Veschwerderechtes und der ehrengerichtlichen Verordnung in die Wege leiten...

Das Militärstrafgesetzbuch weist infolgedessen Bestimmungen für die Maxime 167 Paragraphen auf. Es wäre schon eine Wohltat, wenn endlich nur einmal der strenge Arrest, also der § 26, abgeschafft würde...

Der strenge Arrest ist eine Strafe, die überhaupt nicht mehr ins 20. Jahrhundert gehört. Einen Verurteilten tagelang bei Wasser und Brot in eine dunkle Zelle zu sperren...

Die Paragraphen des Militärstrafgesetzbuches, die wir als sehr reformbedürftig bezeichnet haben, sind auch an der häufigen Erregung der öffentlichen Meinung über die Militärjustiz schuld...

Mädchen, also wegen einer reinen Privatfache, in Streit geraten sind und ihm dabei einige Rüsse versetzten, auf Grund des § 107 des Militärstrafgesetzbuches zu 5 Jahren Zuchthaus — ausgerechnet 5 Jahren Zuchthaus! — verurteilt werden...

Ueber die Entrüstung, die die auf den §§ 122 und 123 des Militärstrafgesetzbuches beruhende milde Bestrafung der Soldatenmishandlung öfter hervorruft, braucht man kein Wort zu verlieren. Man hat es hier wie dort einfach mit Bestimmungen zu tun...

Der Herr Reichskanzler und der Bundesrat finden auch, daß die militärische Veschwerdeordnung sich seit ihrem Bestehen durchaus bewährt (!) habe und den Interessen der beteiligten Militärpersonen in völlig ausreichendem Maße (!) Rechnung trage...

Der Bundesrat kam dem Reichstag sogar mit der Behauptung, daß die Vorschrist für die Ehrengerichte der Offiziere geändert worden sei. Worin bestehen diese großartigen Änderungen? Wir haben nach eingehendem Studium gefunden...

Auch an der vielbesprochenen Tatsache, daß die Ehrengerichte als Jenseitbehörden gegen Offiziere a. D. die unbedeuten schrifsteller, verwendet werden können ist nichts geändert.

Vor allem ist es notwendig, daß endlich einmal die „gemeinen“ Soldaten aus der militärischen Lage, in die sie das Militärstrafgesetzbuch und die Veschwerdeordnung bringt, befreit werden. Je hartnäckiger der Bundesrat auf seinem Standpunkt beharrt...

Der Krieg.

Die Opfer der Veschichtung von Beirut.

Konstantinopel, 27. Februar. Das Ministerium des Innern veröffentlicht die Namen der Opfer von Beirut. Ein Offizier und 20 Matrosen vom „Van Ilah“ sind getötet...

Die Ausweisung der Italiener aus der Türkei.

Konstantinopel, 28. Februar. Laut nachträglichen authentischen Informationen über die vom Ministerat beschlossene Ausweisung der Italiener aus den Vilajets Aleppo, Syrien und Beirut...

fung mit jenseitigen Geistlichen ausgenommen, die einem unter dem Schutze der anderen Mächte stehenden Institute angehören. Dagegen müssen Geistliche jener Institute, die unter dem Schutze Italiens stehen oder standen und erst kürzlich unter das Protectorat anderer Mächte gestellt worden sind, das Land verlassen.

Ein erster Kampf bei Homs.

Rom, 28. Februar. (Melbung der Agenzia Stefani.) General Meissli telegraphiert aus Homs: Gestern um 7 Uhr morgens besetzten die Italiener die Höhe von Merghab und trieben die Türken und Araber nach lebhaftem Kampfe, der bis zum Abend fortgesetzt wurde, zurück. Der Feind hatte schwere Verluste; unter den Gefallenen war ein türkischer Hauptmann und ein arabischer Scheich. Die Italiener hatten 11 Tote und 82 Verwundete. Merghab bleibt von den Italienern besetzt.

Die Italiener hoffen wieder einmal auf die freiwillige Unterwerfung der Araber.

Rom, 28. Februar. Die Agenzia Stefani meldet aus Tripolis von gestern: Hier treffen andauernd Flüchtlinge ein. Heute früh kamen 27 Personen mit Kindern und Hammeln an. 12 Männer, die mit Rausergewehren bewaffnet waren, übergeben den italienischen Offizieren des Postens von Sabel ihre Waffen und die Munition. Nach einer Meldung wurde eine andere Gruppe von Familien, die sich mit einer Viehherde auf dem Wege nach Tripolis befanden, am 26. d. M. von Türken angegriffen, die durch ihre Gewehrfeuer zwei Personen töteten, drei verwundeten und das Vieh mit sich nahmen. Die Bewegung unter den Arabern, sich unter dem Schutze der Italiener zu stellen, wird zweifellos jetzt infolge der Besetzung der Anhöhe von Merghab noch stärker werden, denn diese gewährt den Arabern zum Meere hin einen breiten, ungehinderten Landstreifen, den die Italiener gegen Angriffe der Türken und Araber gesichert haben. Die Araber von Djebel, die seit längerer Zeit schon unter italienischer Flagge Kriegsdienst zu tun wünschten, sandten ihre Familien als Unterpfand ihrer Treue nach Tripolis. Von diesen Arabern wurde eine Truppe von 1200 Mann gebildet, die von fünf eigenen Befehlshabern und fünf Unterbefehlshabern unter Leitung eines italienischen Leutnants von den Alpenjägern kommandiert wird.

Schon zu Beginn des Fortschritzes erwarteten die Italiener, von den Arabern mit offenen Armen aufgenommen zu werden. Die Enttäuschung war aber sehr groß, als die türkischen Offiziere starke arabische Hilfstruppen monatelang gegen die italienischen Positionen führen konnten. Auch jetzt scheint man die Unterwerfung einiger Küstenaraber stark zu überschätzen.

Bombardement der Araber mit Flugblättern.

Benghazi, 28. Februar. (Melbung der Agenzia Stefani.) Gestern früh fand bei Sabari außerhalb der italienischen Verteidigungszone ein Schirmkampf zwischen italienischer Reiterei und Beduinen statt. Die Beduinen wurden zurückgeworfen; auf italienischer Seite wurde nur ein Pferd getötet. — Von den Italienern mit Hilfe von Flugzeugen unter den Beduinen verstreute Flugblätter haben lebhafteste Erörterungen veranlaßt. Man hat Anzeichen dafür, daß andauernd Beduinen aus dem türkischen Lager desertieren. (?)

Die Wirren auf Areta eine internationale Gefahr.

Paris, 28. Februar. Wie von den Blättern berichtet wird, findet gegenwärtig wegen der auf Areta herrschenden Wärange, für die die Ermordung dreier Russen einen so bejorgniserregenden Beweis bilde, zwischen den Schutzmächten ein Gedankenaustausch statt über die Verstärkung ihrer Marinekräfte in den äretischen Gewässern. „Matin“ will wissen, die französische Regierung habe bereits beschlossen, außer dem „Edgar Quinet“ noch zwei andere Kreuzer der Mittelmeerflotte nach Areta zu entsenden, um im Bedarfsfälle zur Aufrechterhaltung der Ordnung Truppen zu landen. England werde gleichfalls mehrere Schiffe nach Areta schicken, und Ministerpräsident Boicard habe Rußland ersucht, dasselbe zu tun. Die dritte Schutzmacht Italien wünte natürlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht einschreiten. „Matin“ sagt ferner, die Wärange auf Areta beunruhige die Mächte um so mehr, als sie das Vorbild für ernste Wirren auf dem Balkan bilden könne. Die gegen die Russen gerichtete Bewegung der Christen auf Areta sowie die unaufhörlichen Unruhen der Kreter zugunsten einer Vereinigung mit Griechenland könnten die Türkei zu einem Vorstoß gegen Griechenland veranlassen. Die Türkei werde sich da einen leichten militärischen Erfolg holen, durch den ihr Ansehen erhöht, die europäische Lage aber eine ernste Prüfung erfahren werde. Denn wenn die Türkei in Griechenland einmarschierte, würden die Bulgaren in Mazedonien eindringen. So würde auf dem ganzen Balkan ein Brand entzündet. Es sei deshalb nicht überraschend, wenn die gegenwärtige Lage die Großmächte beunruhige.

Die Revolution in China.

Die Konstituierung der republikanischen Regierung.

Peking, 28. Februar. Gestern fand hier die erste Sitzung der Nationalversammlung statt, um über die neue Gesetzgebung und die Wahl der Hauptstadt der neuen chinesischen Republik zu beraten. Juanshikai teilte Dr. Sunyatai mit, daß eine internationale Kapitalistengruppe sich bereit erklärt habe, China 20 Millionen Taels vorzuschießen, wovon Juanshikai 4 Millionen nach Hanking senden würde, um 300 000 republikanischen Soldaten den Sold auszahlen zu lassen.

London, 28. Februar. Nach einer Blättermeldung aus Peking begaben sich die aus Hanking dort eingetroffenen Delegierten gestern nachmittag zu Juanshikai, überreichten ihm die Urkunde über seine Ernennung zum provisorischen Präsidenten der chinesischen Republik und forderten ihn auf, zur Eidesleistung nach Hanking zu kommen. Juanshikai nahm das Amt an und verpflichtete sich, sich zur feierlichen Amtseinführung nach Hanking zu begeben, wenn die Umstände seine Abreise erlaubten. Vor seiner Abreise wird Juanshikai mit Tsao Juan Bei über die Bildung eines Koalitionsministeriums verhandeln, das aus Ministern der zwei jetzigen Kabinette zusammengesetzt werden soll.

Eine internationale Anleihe.

London, 28. Februar. Die „Times“ meldet aus Peking: Die Verhandlungen über eine ausländische Anleihe sind wieder aufgenommen worden. Die Anleihe soll international sein; nicht nur englische, deutsche, französische und amerikanische Banken, sondern auch russische und japanische sollen beteiligt sein. Die vier er genannten haben bereits zugestimmt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 28. Februar 1912.

Sturm in der preussischen Duma.

Im Abgeordnetenhaus ist es am Mittwoch wieder einmal zu heftigen und recht erregten Auseinandersetzungen gekommen. Einige

Vertreter der Bourgeoisie, denen sachliche Debatten zutwider sind, fühlten sich genötigt, die Sozialdemokraten nach bekannten Rezepten anzugreifen. Unsere Genossen blieben die Antwort natürlich nicht schuldig und so nahm die Debatte — nicht durch Schuld unserer Genossen — einen stürmischen, persönlichen Charakter an.

Nachdem einige konservative Jungeingemeister ihre reaktionären Anschauungen über den Fortbildungsschulunterricht gedehnt hätten, ergriff Liebknecht das Wort, um unseren Standpunkt zu dieser Frage darzulegen. In ruhiger und durchaus sachlicher Weise vertrat er unsere grundsätzlichen Forderungen und wandte sich vor allem gegen die Bestrebungen auf Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Fortbildungsschulen. In überzeugender Weise führte er gegenüber dem Zentrumsbredner aus, daß die Religion nicht den geringsten Einfluß auf die Kriminalität habe, daß das Verbrechen vielmehr eine soziale Erscheinung sei, die sich aus unseren wirtschaftlichen Verhältnissen erkläre. Erregte er damit bei den Frömmelern im Hause Anstoß, so rief er den Unwillen des Handelsministers durch sein wohl begründetes Verlangen hervor, die „Parole“, das Organ der Kringerverbände, das sich in den niederträchtigsten Verleumdungen und Beschimpfungen der Sozialdemokratie ergebe, nicht in den Fortbildungsschulen zu verbreiten. Aber Liebknecht hatte die Objektivität preussischer Minister überschätzt. Anstatt auf dies billige Verlangen einzugehen, erwiderte Herr Sydow stolz, daß die Verbreitung jener Subelschrift mit seinem Einverständnis erfolge und daß er es als patriotische Pflicht betrachte, auch ferner auf diesem Wege vorzugehen.

Eigentlich hätte die Debatte damit beendet sein können, die Redner der einzelnen Parteien hätten ihre Stellung präzisiert. Aber dem Zentrum gefiel es nicht, daß man sich sachlich ausgesprochen hatte, es wollte die Frage durchaus auf das persönliche Gebiet hinführen, und zu diesem Zweck schickte es den bekannten Herrn Gronowski vor, der denn auch sofort über Verrohung der Sozialdemokratie sprach, dabei aber selbst Zeichen der Verrohung des Tones an den Tag legte, wie sie sogar im Junkerparlament nicht alltäglich sind. Gronowski ist der Typus eines Arbeitervertreter, wie er nicht sein soll, zugleich aber auch der Typus des stumpfsten Gegners, dem kein Mittel zu schief ist, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Bei näherer Prüfung erweisen sich seine Behauptungen fast immer als unwahr. Auch diesmal nahm er es mit der Wahrheit nicht genau, und es war unserem Genossen Liebknecht ein leichtes, ihm seine Unwahrheiten nachzuweisen. Liebknecht, der während der Rede von Liebknecht den Gronowskischen Material noch näher geprüft hatte, wollte den Beweis zu einem völlig schlüssigen machen, aber nun trat die Guillottine in Funktion, ihm wurde das Wort abgeschnitten. Aber bei einem späteren Titel holte er das Veräumte trotz der Ordnungsrufe und der Rufe zur Sache, die auf ihn niedersaßen, nach. Das Zentrum dürfte mit dem Verlauf der Debatte wenig zufrieden sein.

Donnerstag: Fortsetzung der Enkdebatte.

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages

hielt Mittwochabend eine Sitzung ab. Es wurde mitgeteilt, daß die Fraktion in der Petitionskommission statt 8 neun Sitze und in der Rechnungskommission statt 4 fünf Sitze, in der Bibliothekskommission statt einen zwei Sitze erhalten soll. In letztere Kommission wurden als Mitglieder Dieck und Ledebour bestimmt. Im Beirat für Arbeiterstatistik erhält die Fraktion ebenfalls zwei Sitze, und zwar wurden hierzu Vollenbude und Schmidt-Berlin gewählt. Ferner bekommt die Fraktion einen Sitz in der Reichsschuldenkommission. Hierzu wurde Genosse Stadthagen bestimmt. In die Kommission, die den Gesetzentwurf betreffend die Staatsangehörigkeit zu beraten hat, wurden Landberg, Liebknecht, Antrick und Quard gewählt. Der Vorsitz in dieser Kommission steht den Sozialdemokraten zu. Dem Dänen Hanssen, der sonst nicht in diese Kommission gelangen konnte, trat die Fraktion einen Sitz ab. — Zum Etat des Reichsamts des Innern wurde als dritter Generalredner Sachs bestimmt, für den Justizetat Heine, Stadthagen und Cohn, für den Etat der Reichseisenbahnen Emmel, Böhle und Weill.

Die Präsidentenwahl.

Im Seniorenkonvent des Reichstages wurde heute die Verählung der Geschäftsordnungskommission von 14 auf 21 Mitglieder vorgenommen. Ferner wurde festgestellt, daß die Sozialdemokratie nun in der Kommission für die Ausschmückung des Reichstages zwei Mitglieder erhält; ferner erhält sie zwei Mitglieder zum Beirat für Arbeiterstatistik. Ein Sozialdemokrat tritt in die Reichsschuldenkommission ein und in die Kommission für das Staatsangehörigkeitsgesetz stellt sie den Vorsitzenden. Ferner wurde im Seniorenkonvent bestimmt, daß die endgültige Präsidentenwahl am 8. März vorgenommen werden soll.

Die Zentrumsherrschaft in Bayern

Die Landtagsitzung begann Mittwoch sofort mit stürmischer erregten Szenen. Für die Liberalen erklärte Casselmann, daß sie sich an der Bildung des Präsidiums nicht beteiligen würden, da das Zentrum ihnen im Widerspruch mit der veränderten politischen Situation nur den zweiten Vizepräsidenten angeboten habe. Für die Sozialdemokraten erklärte v. Vollmar, daß das Zentrum mit ihnen überhaupt nicht einmal verhandelt, sondern ohne weiteres beschlossen habe, die Sozialdemokratie aus dem Präsidium auszuschließen. Es setzte nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte ein, die unter lebhaften, andauernden Temperamentsausbrüchen vor sich ging. Casselmann sagte das Zentrum vor dem ganzen Lande des Mißbrauches seiner auf sechs Stimmen Mehrheit beruhenden Machtverhältnisse an. v. Vollmar sprach einem so einseitig gebildeten Präsidium das vollste Mißtrauen aus. Die Szenen erreichten ihren Höhepunkt, als unter ungeheurer Gelächter und unter Jurasen „Heuchler, Pharisäer“ usw. der Zentrumsvorsitzende Vernd erklärte, man habe aus monarchischen Gründen die Sozialdemokratie vom Präsidium ausgeschlossen. Darauf begann die Wahl des Präsidiums. Es wurden nur Zentrumsmänner gewählt, darunter der aus dem Auer-Prozess bekannte Oberregierungsrat Frank. Auch die Schriftführer sind Zentrum; außerdem ist nur ein Mitglied des Bundes der Landwirte als Schriftführer zugelassen. Der Wahlblock der drei Minderheitsparteien gab überall weiche Stellen ab.

Dem Präsidium entsprecht denn auch die Etatsrede des neuen Finanzministers. Noch niemals hat eine Finanzrede einen so ausgeprägten parteipolitischen Charakter getragen. Es wurde etwa die Finanzpolitik des Herrn Erzberger vorgelesen und ganz im Sinne der anonym an den Reichstag gerichteten Denkschrift. Das Zentrum fiel denn auch an allen geeigneten Stellen mit ausmunternden Bravourrufen in den Vortrag seines Ministers ein. Diesmal bekam das Zentrum die immer wieder vergeblich geforderte gute Genur für die Reichsfinanzreform; aus vollen Waden wurde ihm Ruhm geblasen: Wie ganz anders — so las der Minister feierlich vor — mußte dieser Finanzabschluß zum Nachteil des bayerischen Budgets aussehen, wenn es nicht glücklich wäre, durch die Reichsfinanzreform das Reich mehr auf eigene Füße zu stellen. Der hochherzige Aufschwung von Handel und Industrie hat dank der in der Stärkung der Reichsfinanzen liegenden Förderung der Macht und des Ansehens des Reiches weitere günstige Entwicklung genommen. Ganz im Sinne des Zentrums war auch die offen bekannte Abneigung gegen

direkte Steuern, und dieser sonderbare Finanzminister forderte geradezu, weil es auf dem Lande wegen der bayerischen Steuerreform des Zentrums gegen die herrschenden Klassen gäre, die Behörden auf, bei dem Vollzug der Steuererlasse Geduld zu üben, d. h. in Zentrumskreisen nicht auf eine allzu gewissenhafte Steuererschöpfung zu dringen.

Recht komisch war eine lange Ausführung über die Moral des Lotteriespiels. Dem vorigen Ministerium wollte das Zentrum den preussisch-süddeutschen Lotterievertrag verweigern, aus moralischen Gründen; aus nicht minder moralischen Gründen wird es unter diesem Ministerium dem Lotterievertrage zustimmen. Bemerkenswert war die Ankündigung der Veräußerung von Staatsbetrieben, auch das entspricht einer Artrogung des Zentrums, dessen privatkapitalistische Tendenz sich immer schärfer entwickelt. Merkwürdig war auch der frömmelnde Ton der Etatsrede.

Die politischen Verhandlungen der Kammer beginnen erst nächste Woche. Donnerstag findet nur eine geschäftliche Sitzung statt.

Wahlprotokolle.

Der Wahlprüfungskommission des Reichstages liegen nicht weniger als 82 Wahlprotokolle vor. Die Kommission kam in ihrer Sitzung vom Dienstag dahin überein, zunächst die Protokolle zu prüfen, bei denen es sich um verhältnismäßig wenig Stimmen bei der Entscheidung handelte. Die beanstandeten Mandate verteilen sich auf die einzelnen Parteien wie folgt:

Sozialdemokraten: Caudert, Brandes, Dr. Cohn, Dr. Erdmann, Haack, Haupt, Hüttmann, Dr. Lenck, Peus, Wendel. Zentrum: Angerpointner, Astor, Dr. Belzer, Brudhoff, Diez (Konstanz), Glowatzki, Hofmann, Kuchhoff, Sperlich, Fürst Salm, Warlo.

Konservative: v. Bieberstein, v. Bolls, v. Bonin, v. Brederlow, v. Carmer (Lien), Graf Carmer (Bieserwig), Dietrich, Frommer, v. Graefe, v. Heubrand, Heich, Baron Knigge, Kreib, v. Kröcher, v. Maffow, Rehbel, v. Rormann, Dr. Dertel, Pauli (Hagenow), Red (Vhd), Roiber, Graf Schwerin-Böwitz, Siebenbürger, Graf Westarp, v. Winterfeldt.

Nationalliberale: Baffermann, Dr. Beder (Hessen), Deckmann, Heib, Jeller, Koelch, Saker, List (Ehlingen), Meyer (Eelle), Meyer (Herzard), Schwabach, Schulenburg.

Fortschrittliche Volkspartei: Dr. Blund, Raempf, Ropff, Dr. Schwinde.

Reichspartei: Dr. Krenzl, v. Galem, Dr. Hogenscheidt, v. Liebert, Mertin, v. Dergen.

Polen: Dunajewski, Sofinski, v. Trampczynski, Kurzenosi.

Welfen: Alpers, Goldhorn, v. Weding.

Wirtschaftliche Vereinigung: Dr. Durchardt, Herzog, Helmeyer, Dr. Berner-Biegen.

Antisemiten: Bruha.

Wilde: Graf Oppersdorff.

Durch die Fraktionen soll veranlaßt werden, daß Anträge der Wahlprüfungskommission als schleunige Anträge behandelt und daß die fertiggestellten Berichte möglichst rasch auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt werden.

Der Streit im Zentrum

nimmt immer schärfere Formen an. Die neueste Nummer der antisemitischen „Kölner Korrespondenz“ legt sich mit dem Pastoralhirtenbrief des Kölner Kardinals Dr. Fischer scharf auseinander. Der Kardinal hatte geschrieben:

„Es sind in der letzten Zeit Stimmen aus katholischen Kreisen, im Inland und im Ausland, laut geworden, welche die Katholiken Deutschlands und namentlich die von Westdeutschland betreffs ihrer katholischen Glaubensstreue zu verdächtigen mochten und eine Untercheidung aufstellten zwischen römischen oder, wie andere sagten, katholischen Katholiken und deutschen Katholiken. Und zu letzteren zählten sie die große Mehrheit der Katholiken des Vaterlandes, auch auch, geliebte Erzdiözesanen. Soll man solche Verleumdung — um nicht ein härteres Wort zu gebrauchen — für möglich halten?“

Die „Kölner Korrespondenz“ tut so, als merke sie nicht, daß diese Worte sich gegen ihre, die Oppersdorff-Korum-Richtung, wenden und schreibt:

„Fürwahr, hier wäre ein noch härteres Wort“ wohl am Platze gewesen: Wer die große Mehrheit der Katholiken Deutschlands, darunter die Kölner Erzdiözesanen, betreffs ihrer Glaubensstreue verdächtigt und sie „deutsche Katholiken“ im Gegensatz zu römischen Katholiken nennt, der ist nicht nur „verleumder“, der ist wahnsinnig. Es drängt sich die Frage, wer denn diese verleumder, richtiger gesagt: verrückten Ankläger der deutschen Katholiken sind? Kardinal Fischer weiß auf Frankreich hin. ... Leider gibt es aber auch bei uns in Deutschland einzelne Verleumder der deutschen Katholiken. Wir lesen nämlich in dem Hirtenbriefe weiter: „Alein noch trauriger ist es, daß auch bei uns einzelne Stimmen — sie haben Gott Dank, keine Massen hinter sich — in die Anklage einstimmen und es wagen, unser katholisches deutsches Volk als verleumdet darzustellen, als antirömisch und antipäpstlich, als gefärbt im Glauben, als liebäugelnd mit den Andersgläubigen, als bereit, mit ihnen — ja, auch mit denen, welche die christlichen Grundzüge preisgegeben haben — eine Einigung zu bilden auf Grund eines unbestimmten, in der Luft schwebenden sogenannten Christentums, das kein Christentum mehr ist!“

Trotzdem fährt dann die „Kölner Korrespondenz“ fort:

„Glücklicherweise sind es aber nur „vereinzelte Stimmen“. Allerdings haben wir diese Stimmen noch nicht vernommen und wissen nicht, welcher deutsche Katholik jemals „unser katholisches deutsches Volk“ als „antirömisch und antipäpstlich“ bezeichnete. Solche Elemente sollte man am liebsten Erachtens nicht frei herumlaufen lassen; sie gehören in die Karrenhäuser. Wir kennen nur diejenigen Leute, die es gewagt haben, „unser katholisches deutsches Volk“ so darzustellen, als sei es „bereit, mit den Andersgläubigen — ja, auch mit denen, welche die christlichen Grundzüge preisgegeben haben — eine Einigung zu bilden auf Grund eines unbestimmten, in der Luft schwebenden, sogenannten Christentums, das kein Christentum mehr ist!“ Diese Elemente sind nämlich die Führer der Richtung Vachem, die das gute alte Zentrum zu einer Einigung auf Grund eines unbestimmten, in der Luft schwebenden „Christentums“ umgeformt wöchten. Kämpfen sie doch einen wahren Verzweiflungskampf gegen diejenigen, welche sagen, daß wir uns auf einem Standpunkt einigen müssen, der wenigstens „im Einklang“ mit den katholischen Grundbegriffen steht, und haben sie doch ausdrücklich erklärt, das Zentrum stehe auf dem Boden eines nichtkonfessionellen „Christentums“, welches nach den Worten des Kardinals kein Christentum mehr ist!“

Der Artikel schließt nach weiteren Auseinandersetzungen mit Kardinal Fischer wie folgt:

„Wenn Katholiken leidenschaftlich angegriffen und zu einem ungleichen Kampfe gedrängt werden, weil sie sagen, ihre und ihrer Glaubensgenossen wichtigste Organisation müsse „im Einklang mit den katholischen Grundbegriffen“ bleiben, dann ist es wohl verständlich, daß sie sich ihrer Haut wehren und sich nicht mit geschlossenen Armen tothauen lassen. Und je mehr die Vachemiten ihre Presse, ihren Einfluß und ihre sonstigen Machtmittel mißbrauchen, um ihre Gegner zu gereizen, desto lauter sagen diese, was sie wollen, damit das katholische Volk es hören und urteile. Unter den Aeußerungen der Leidenschaft, die diesen Kampf befeuert, begeißnet der Kirchenfürst die „Verdächtigungen und Verleumdungen“ als „das Schlimmste und das Traurigste“. Es gibt kompetente Persönlichkeiten, welche den Vachemismus als eine Erscheinung jener vielgestalteten religiösen Sphäris bezeichneten, die man Modernismus

nenn. Wir haben diesen Vorwurf nie erhoben, weil wir keine Kompetenz dazu besitzen. Aber die „Königliche Volkszeitung“, die auch vor dem Tode nicht zurückzuckt, wenn sie auf uns einen Stein werfen will, hat ihre katholischen Gegner Modernisten genannt.“

Die Oberlandesgerichtsrat a. D. Petrich in seiner „Neuen Berliner Korrespondenz“ teilt, habe der Fastenhirtenbrief Dr. Fischers in Rom peinliches Aufsehen erregt. Kardinal Fischer solle nach Rom giziert werden; das würde aber — so schreibt Petrich — nur bedeuten, daß der Kardinal zu einem Verzicht auf den erzbischöflichen Stuhl voranläßt werden soll.“

Und der „Offizieller Romano“, das Organ des Vatikans, nimmt ebenfalls gegen die Völkervereinigung Partei. In einer Polemik gegen einen in der „Kreuzzeitung“ erschienenen Artikel sagt zwar das päpstliche Blatt, es sei niemandem eingefallen, die lauterer Befühle der katholischen Gläubigen der Erzdiözese Köln, vor allem ihres verehrten Bischofs und ausgezeichneten Oberhirten, Eminenz Fischer, anzugreifen und in Zweifel zu ziehen,“ fährt dann aber fort:

„Aber ganz anders muß das Urteil lauten betreffs gewisser Individuen oder Gruppen, woran es nicht in Deutschland mangelt, wie solche auch in anderen Ländern existieren, welche irdige Lehren aufrecht erhalten und verbreiten, und die, um dem verdienten Tadel zu entgehen, sich unter die wahren Katholiken mischen und glauben machen, daß auf diese ihr ihnen zugedachte Beweise seien. So hat der Heilige Stuhl auch nicht die interkonfessionellen Gewerkschaften als solche beurteilt, noch hat er sich ausgesprochen über die Polemik betreffs der beiden in Deutschland bestehenden Vereinstypen; im Gegenteil, er hat den Bischöfen die Freiheit gelassen, das eine oder das andere gemäß ihrem Gutdünken je nach den lokalen Umständen und dem besonderen Bedürfnis in ihren Diözesen vorzutragen. Der Heilige Stuhl kann aber nicht sein Bedenken verbergen angesichts der schweren Gefahr, welche gewisse, den Unterweisungen der Kirche entgegengeetzte Lehren und Richtungen aufweisen, namentlich solche auf sozialem und politisch-religiösem Gebiet. Es ist daher wünschenswert, daß alle deutschen Katholiken ohne Unterschied, indem sie jemanden Ansporn zum Argwohn gegen Rom von sich weisen, für die völlige Eintracht unter sich sorgen; sie mögen sich getreulich angelegenlich an die Direktiven des Heiligen Stuhles und des Episcopales halten, denn nur auf diese Weise kann ihre Aktion wirklich ersprießlich für das Wohl der Religion und des Vaterlandes sein.“

Es ist kein Zweifel, daß diese Verwornung an gewisse Individuen und Gruppen“ vor allem auf die Sachemiten gemünzt ist. Die Aufforderung, sich nur an die Weisungen des Papstes und des Episcopales zu halten, entspricht ja ganz den Anschauungen der Osterdienstagheute. Die politische Selbstständigkeit, deren Schein ausdrücklich zu erhalten die Politik der Sachemiten ist, soll der offenen Unterwerfung unter die Gebote Roms und der Bischöfe weichen. Deshalb auch die Feindseligkeit gegen die christlichen Gewerkschaften, von denen oppositionelle Regungen noch am ehesten erwartet werden können. Deshalb aber auch der Eifer der Sachemiten, die christlichen in gelbe Gewerkschaften zu verwandeln, um so die Gnade Roms wieder zu erlangen.

Eines Sozialdemokraten Kaiserhoch.

In diesen Tagen hat in einem Berliner Vorkensorgan der fortschrittliche Abgeordnete Waldstein mit Recht der national-liberalen Partei vorgeworfen, daß sie ihrer monarchischen Gesinnung selbst um die Ohren schlägt, wenn sie ernsthaft einem Sozialdemokraten ein Hoch auf den Kaiser zumutet. Dr. Waldstein sagt: „Ein Hoch auf den Kaiser ist die Befestigung einer monarchischen Gesinnung. . . Wer von einem Sozialdemokraten ein Kaiserhoch verlangt, mußt ihm nicht bloß eine offensichtliche Unwahrscheinlichkeit zu, sondern veranlaßt die Entwertung eines nationalen Brauches. . .“ Da dürfte es interessant sein, zu erinnern, daß ein heftiges Amtsgericht zu einer ähnlichen Stellungnahme gelangte, freilich von einem umgekehrt liegenden Falle aus. In einem Dorfe des Wahlkreises unseres Genossen Ulrich hatte der (sozialdemokratische) Männergesangsverein einen „Familiabend mit Konzert“ abgehalten. Das ultramontane Dieburger Amtsgericht verfaßte eine Notiz über diese Feier mit dem schönen Schwanz: „Es soll sich nämlich um die Feier des Großherzogs Geburtstag gehandelt haben.“ Der Redakteur des schwarzen Blattes wurde darauf von dem Gesangsverein wegen Verleumdung verklagt. Das Schöffengericht Dieburg erkannte auch auf 30 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung heißt es nun: „Durch die Doppelverhandlung ist festgestellt, daß sich dieser Artikel auf einen seitens des Männergesangsvereins II zu Münster abgehaltenen Familienabend mit Konzert bezog, und daß die Mitglieder und der Vorstand dieses Vereins sich zur sozialdemokratischen Partei bekennen. . .“ Wenn nun in diesem Artikel die zweifelslos unwahre Tatsache behauptet wird, es solle sich um die Feier des Großherzogs Geburtstag gehandelt haben, und daß es dann allerdings viel Opfergeist beweise, wenn der Verein dem Komiker ein Honorar von 30 M. bezahlt habe, so stellt sich dies als eine Verleumdung dar, selbst wenn die Behauptung in der im Artikel gewählten vorläufigen und bedingten Form ausgesprochen worden ist. Das Gericht ist der Überzeugung, daß der fragliche Verein durch den Artikel verspottet, verhöhnt und in den Augen der Parteigenossen, überhaupt in der öffentlichen Meinung herabgewürdigt werden sollte, und daß auch tatsächlich die Behauptung dieser Tatsache geeignet war, diese Wirkung zu erzeugen. Denn es wird durch diese Behauptung den Mitgliedern und insbesondere dem Vorstand dieses Vereins, den Privatnägern, welche diesen Abend veranstaltet haben, die Freisgabe und Verleumdung wesentlicher parteipolitischer Grundsätze nachgesagt; das ist aber als Verleumdung, als eine gegen die Ehre anderer gerichtete vorsätzliche Kundgebung, die im Bewußtsein des beleidigenden Charakters abgegeben worden ist, aufzufassen.“

Das Urteil datiert aus dem Frühjahr 1908. Die National-liberalen im Reichstage können heute noch daraus lernen.

Die badischen Nationalliberalen zur Präsidentenfrage.

Am Montag tagte in Karlsruhe die von dem National-liberalen Verein einberufene und aus ganz Baden besuchte Versammlung, die sich mit der Haltung der Reichstagsfraktion bei der Präsidentenfrage zu befassen hatte. Der Landtagsabgeordnete Reichmann trat dafür ein, daß die Nationalliberalen grundsätzlich darauf beharren müssen, daß ein Sozialdemokrat im Präsidium des Reichstages sitze. Der nationalliberalen Reichstagsfraktion gegenüber äußerte der Redner den Wunsch, es möge bei der nächsten Reichstagspräsidentenwahl keine Abbiegung von dem Gedanken stattfinden, der der Reichstagswahl ihr Gepegel gegeben habe.

Reichstagsabgeordneter Behl-Heidelberg als Vertreter der Reichstagsfraktion schilderte sodann das Verhalten der Reichstagsfraktion und erklärte, auch bei der kommenden Präsidentenwahl würden sich die Nationalliberalen an keinem Präsidium des schwarzblauen Blocks beteiligen, eine Anknüpfung, die die säkularistische Bestimmung der Versammlung fand.

Die Vorkämpfer des Scharfmacherturns.

Die konserverbale Fraktion des Reichstages hat zum Etat des Reichsanwalts des Innern eine Resolution eingebracht, wonach der Reichstag beschließen möge, die Verbändeten Regierungen zu ersuchen, noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuchs dem Reichstag einen Gesetzentwurf über Abänderung der Reichsgewerbeordnung beziehungsweise des Reichsstrafgesetzbuchs vorzulegen, durch den ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen gegen Hindernisse an der Arbeit, gegen Bedrohungen und Gewalttätigkeiten herbeigeführt und gesichert wird.

Die Antwort auf dieses scharfmacherische Verlangen muß den Herren gegeben werden durch eine gewaltige Steigerung der Zahl der organisierten Arbeiter.

Die sächsische Regierung als Verschlepperin der Wahlprüfungen.

Alle Parteien ohne Ausnahme haben sich in der Wahlprüfungskommission für Beschleunigung der Wahlprüfungen ausgesprochen. Indes ist eine Wahlprüfung ohne Einsicht der Wahlakten unmöglich. Die Wahlakten haben dem Reichstag früher stets bei seinem Zusammentritt oder wenige Tage später vorgelegen. Um einer Verschleppung der Wahlprüfungen vorzubeugen, ist die Protestfrist auf zehn Tage festgesetzt. Als selbstverständlich nahm man an, daß innerhalb dieser Frist auch alle Wahlakten von den Regierungen dem Reichstag zugestellt würden. Von der sächsischen Regierung sind, wiewohl mehr als drei Wochen seit Eröffnung des Reichstages verlossen sind, die Wahlakten noch nicht beim Reichstag eingelaufen. Unter den in die Liste der zuerst zu prüfenden Proteste aufgenommenen befindet sich u. a. das Mandat Lieberts. Sollte erst ein dringendes Ersuchen des Reichstages an den Reichsanwalt erforderlich werden, um einer weiteren Verschleppung der Wahlprüfungen vorzubeugen, wie sie durch den Nichteinlauf der sächsischen Wahlakten bereits angebahnt ist?

Gegen die Besteuerung der Konsumvereinsrabatte.

protestierte in Köln eine von den christlichen Genossenschaften einberufene Massenversammlung nach Reden von Schlad (Wülheim am Rhein) und Wiffels (Essen) durch einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die am 25. Februar in Köln tagende von 2000 Konsumenten und Mitgliedern der Konsumvereine des Verbandes westdeutscher Konsumvereine (Bezirk Köln) besuchte Versammlung erhebt gegen die im Entwurfe des preussischen Einkommensteuergesetzes vorgesehene Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine entschieden Protest. Wissenschaft und Rechtsprechung haben von jeher anerkannt, daß die Konsumvereine keine auf Gewinnerzielung gerichtete Gewerbebetriebe sind und deshalb steuerfrei bleiben müssen. Diesen Grundsatz läßt auch die Steuergesetzgebung für alle Genossenschaften der Landwirtschaft, der Handwerker und der Kaufleute gelten, nur die Genossenschaften der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung, die Konsumvereine, hat man jetzt schon der Einkommen-, Gewerbe-, Warenhaus-, Kommunalsteuer usw. unterworfen. Dieses Unrecht soll nun durch eine weitere Ausnahmebesteuerung der den Mitgliedern statutarisch zugesicherten Rabatte noch vergrößert werden. Was allen anderen Genossenschaften, was jedem Privatmann und auch den Rabattvereinen als selbstverständlich gestattet ist, den festgesetzten Rabatten, zu dessen Zahlung sie verpflichtet sind, als Schuld an den Käufer zu betrachten, und als Verlust von dem Geschäftsertrag abzuziehen, das soll nach dem Entwurfe, wenn er Gesetz wird, den Konsumvereinen unterlag sein. Die geplante Ausnahmebesteuerung ist um so ungerechter, als den Konsumvereinen durchschnittlich Lohnarbeiter und Angestellte angehören, deren Einkommen auf Grund des § 23 des Einkommensteuergesetzes bis auf den letzten Pfennig zur Steuer herangezogen wird. Mit diesem verheerenden Einkommen versuchen nun diese Kreise durch gemeinsamen Einkauf sparsam zu wirtschaften, und nun soll der Erfolg dieser sparsamen Wirtschaft, der Rabatt, nochmals besteuert werden. Diese Ausnahmebesteuerung ist nichts anderes, als wie eine weitere steuerliche Belastung der Lebensmittel und Wirtschaftsbedürfnisse der breiten Masse des Volkes und damit eine Verleuerung derselben.“

Gegen diese jeder Gerechtigkeit entbehrenden Pläne erhebt die Versammlung entschiedenen Protest. An die Abgeordneten des hiesigen Bezirks sowie an das hohe Haus der Abgeordneten richtet sie das dringende Ersuchen, den von der preussischen Regierung beantragten Zusatz zum § 15 des Einkommensteuergesetzes abzulehnen.“

Die Besucher der Versammlung waren fast ausschließlich Zentrumsanhänger. Landtagsabgeordneter Brors erklärte, er werde der Zentrumsfraktion Mitteilung von dem eindrucksvollen Verlauf der Versammlung machen.

Beinträchtigung des Versammlungswahlrechts.

Die Verhandlung des Vereinsgesetzes will in Schlesien kein Ende nehmen. In Striegau wurden am Vorabend der Stichwahl zwei Wählerversammlungen von überwachenden Beamten aufgelöst, weil sie angeblich nicht angemeldet waren. Nun ist die Auflösung von Versammlungen nach dem Reichsvereinsgesetz überhaupt aus diesem Grunde nicht statthaft. Das mußte auch der Regierungspräsident von Liegnitz, bei dem Beschwerde eingeleitet war, zugestehen. Dafür aber versucht nun dieser Beamte, dem Vereinsrecht neue Fesseln anzulegen. Nach dem Beschluß auf die Beschwerde sollen Wählerversammlungen besteuert zu Volksversammlungen gestempelt werden, die dann natürlich anmeldspflichtig wären, weil Frauen in größerer Zahl in den Versammlungen anwesend waren. In der Begründung des Vereinsgesetzes sowie in den Kommissionsverhandlungen wurde aber von der Regierung ausdrücklich zugestanden, daß eine Wählerversammlung um deswillen noch nicht den Charakter als solche verliert, weil auch Nichtwähler, also Frauen, in der Versammlung anwesend sind. Es würde gut sein, wenn der preussische Minister des Innern von Zeit zu Zeit immer wieder den nachgeordneten Behörden einschärfen wollte, was auf dem Gebiete des Versammlungswahlrechts Geltung hat.

Ungarn.

Der Wahlrechtskampf.

Am 4. März werden sämtliche Fabriken der Hauptstadt und der größeren Provinzialstädte stillstehen und ihre Arbeiter werden auf den Straßen in Budapest vor dem Parlament das Wahlrecht fordern. Als ein Symptom der Stimmung ist zu verzeichnen, daß ein Budapestischer Kinotheater sich gezwungen sah, in den Pausen den Parteiaufruf zur Massendemonstration auf die Projektionsfläche zu bringen.

Frankreich.

Von der Jungfrau von Orleans bis zur Frau von Senegal. Paris, 27. Februar. (Fig. Ver.) Der berühmte Reformist Millerand läßt es an Reformen wahrhaftig nicht fehlen.

Vor ein paar Wochen hat er — um den Militarismus mit der Idee der Demokratie zu verfühnen — den Zapfenstreich mit Militärmusik wieder eingeführt. Jeden Sonnabend ziehen Militärkapellen mit klingendem Spiel durch die Straßen, um so die Freude der Bürger am Kriegsheer zu erhöhen. Und nun ist unter seiner Ministerführung auch etwas für die Gleichberechtigung der Frau getan worden. Es ist jetzt offiziell anerkannt worden, daß Frauen Kriegsdienste tun können. Ein Armeebefehl stellt nämlich sechs Weiber sene-galischer Schützen, die während des Gefechts von Talmost am 14. Juni 1908 in der Feuerlinie Patronen ausgeteilt haben, auf die Ehrenliste. Jeder Patriot ist also verpflichtet, diese wilden Kriegerinnen — unter den Senegalesen ist bekanntlich auch der Nambabismus noch verbreitet — als väterländische Heldinnen zu verehren. Die französischen Proletarierfrauen aber, die an den Kämpfen ihrer Männer um mehr Brot und weniger Ausbeutung teilnehmen, sind natürlich — „Regären“.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Der energische Uebergang der geplanten Mieter zur Selbsthilfe und die sozialistische Aktion veranlassen auch die maßgebenden Kreise, in ihrer Art der Pariser Wohnungssrage näherzutreten. Die Regierung tut das in ihrer gewohnten Weise: sie arbeitet an einem Gesetzentwurf, der die Erbauung billiger Wohnungen befördert soll. Am Ende wird es, wenn die Hausagrarier kräftig schreien, damit gehen wie mit dem Entwurf der vorigen Regierung, der zur Bekämpfung der Lebensmittelnot die Gemeinden bevollmächtigen sollte, eigene Wägereien usw. zu errichten, und den jetzt ihre Nachfolgerin, das „große Ministerium“ von heute, zurückgezogen hat, um „einige Änderungen zu studieren“, in Wirklichkeit, um dem Verlangen der interessierten Kräfte folgend, die Sache zu begraben.

Etwas mehr viel der Seine-Präfekt. Während Genosse Brunet 200 Millionen Frank zur Errichtung von Arbeiterwohnungen verlangt, fordert er vom Gemeinderat nur 30 Millionen. Davon sollen sofort 15 Millionen verbaut und damit 1100 billige Wohnungen für Familien mit mehr als 4 Kindern (deren es 15 000 gibt) errichtet werden. — Genosse Brunet, an dessen Vorschlag der Präfekt anzuknüpfen behauptet, betont diesem kümmerlichen Vorschlag gegenüber die Notwendigkeit, unbedingt an der Verwendung von mindestens 200 Millionen festzuhalten. Sollte man für alle Hand- und Kopfarbeiter an Stelle der jetzigen ungelunden ausreichende Wohnungen schaffen, so würde das eine Milliarde erfordern. 200 Millionen aber sei das mindeste, wolle man auch nur den Zustand von 1899 wiederherstellen und eine wenig auch unzulängliche Konkurrenz in Wohnungen schaffen. Dazu bedürfte es der Herstellung von 26 000 Wohnungen. Die Propaganda für dieses Ziel werde daher weitergehen.

Schweiz.

Die sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung gegen die neuen Militärforderungen.

Bärisch, 27. Februar. (Fig. Ver.) Am 4. März beginnt in Bern die Frühjahrssession der Bundesversammlung und die nun siebenköpfige sozialdemokratische Fraktion hat bereits eine Sitzung zur Besprechung der Vorlagen und Bezeichnung der Redner abgehalten. Die Fraktion ist zur einstimmigen Ablehnung der neuen Militärforderungen von 81 Millionen Franken für die Neubewaffnung der Infanterie, für neue Festungs- und Gebirgskanonen nebst Munition gekommen. Dazu sollen aber noch weitere Millionen für Zeughausbauten, neue Wappenscheitel usw. kommen, also die Schraube überaus Ende, genau so wie in den großen Militärstaaten. Und diese riesigen Militärforderungen werden wiederum der Volksabstimmung entzogen durch die der Vorlage angehängte sinnlose Phrase „nicht allgemein verbindlich“. Da aber die sozialdemokratische Fraktion der ulerlosen Verschleuderung der Millionen für Militärzwecke ein „bis hierher und nicht weiter!“ zuruft, wird es zu ersten Kämpfen in der Bundesversammlung kommen.

Unsere Fraktion fordert andererseits im Bundesgericht, dessen Mitgliederzahl um fünf vermehrt wird, einen Vertreter, als welcher Genosse Adoloi Zraggen in Bern, ein ausgezeichneter Jurist, vorgeschlagen wird. Gegenwärtig ist ein einziger Sozialdemokrat im Bundesgericht, Alexander Reichel, der im Jahre 1888 die sozialdemokratische Partei der Schweiz mitbegründete und während mehrerer Jahre ihr Präsident war.

Amerika.

Die Vereinigten Staaten schnappen England eine Insel weg.

New York, 27. Februar. Wie dem New York „Gerald“ aus Washington gemeldet wird, ist der Kreuzer „Westvirginia“ nach Honolulu zurückgekehrt, nachdem er die Palmyra-Insel, auf die Großbritannien Ansprüche erhoben hatte, besucht und auf dem freitragigen Gebiet nach der Weisung des Marine-departements die Flagge der Vereinigten Staaten gehißt hatte.

Aus der Frauenbewegung.

Die niederösterreichische Frauenlandeskongress.

Die sozialdemokratische Frauenbewegung Oesterreichs marschiert vorwärts, das hat ihre letzte Reichsfrauenkonferenz im Herbst gezeigt. Aber auch alle anderen Konferenzen, die seit dieser Zeit stattgefunden haben, und es sind eine stattliche Reihe, zeigen, wie groß die Zunahme der weiblichen Parteimitglieder in den letzten Jahren gewesen ist. Auch die letzte dieser Konferenzen, die der Frauenorganisation Niederösterreichs, beschließt die Reihe mit einem erfreulichen Bild. Es wurden im letzten Jahre 10 neue Organisationen gegründet und die Zahl der Mitglieder ist um 1441 gestiegen. In Wien sind 2864 Frauen politisch organisiert, in Niederösterreich 2015 Frauen. Wir stehen also schon mitten in den ersten 5 Tausend Mitglieder und können uns dessen gewiß sehr freuen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir in Wien und in Niederösterreich viele hunderttausend Arbeiterfrauen haben und daß unsere männlichen Organisationen in den letzten zwei Jahren um 28 Tausend Mitglieder zugenommen haben. Davon werden gewiß die meisten verheiratet sein und wir haben schon unter diesen neu gewonnenen Parteimitgliedern ein großes Rekrutierungspotential, das aber auch noch bedeutend verhärtet würde, wenn wir all jenen Parteigenossen, die schon seit Jahren Parteimitglieder sind und deren Frauen noch immer gleichgültig dem Kampfe der Arbeiterklasse ferne stehen, hinzunehmen würden. Es müßte Niederösterreich auch die fürstliche weibliche Landesorganisation haben, wie es bei den männlichen Genossen ist, wenn alle Parteigenossen ihre Frauen und Töchter der Organisation zuführen würden.

Vor allem wichtig aber war die Konferenz in Niederösterreich, weil die Genossinnen die Wahlarbeit für die kommenden Gemeindevahlen in Wien gründlich vorbereitet haben und auch für das Frauenwahlrecht in der Gemeinde mit aller Energie gekämpft haben. Gewiß können die Genossinnen bei den Gemeindevahlen durch ihre Agitation nicht nur viel zur Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten beitragen, sie werden auch viele neue und indifferente Frauen heranziehen, die ihren Organisationen gewonnen werden können.

Gewerkchaftliches.

Ein Demonstrationsstreik der französischen Bergleute.

Aus Paris schreibt man uns unterm 26. Februar: Der Nationalkongress der französischen Bergarbeiterföderation, der in der dritten Februarwoche in Angers getagt hat, hatte in einer geheimen Verhandlung beschlossen, die Agitation für das der Kammer vorgelegte Pensionsgesetz nötigenfalls durch einen 24 stündigen Manifestationsstreik zu verstärken, der nach einer angemessenen Frist erklärt werden sollte, sobald sich die Regierung über ihre Stellung zum Gesetz erklärt hätte. Die Föderation des Loirebeckens, die auf dem Nationalkongress zu raschen Entschlüssen gedrängt hatte, hat nun beschlossen, den Ausstand am 11. März durchzuführen. Der Beschluß ist nicht eben der Beweis einer geschlossenen Disziplin, da die Föderationen der anderen Reviere, vor allem die stark des Nord und des Pas de Calais, dieses Datum noch nicht angenommen haben. Hoffentlich führt die in allen Revieren lebendige Entschlossenheit, die Forderungen der Bergarbeiterschaft darzulegen, im entscheidenden Moment doch zu einer Einheitsfront der Aktion, die dem bürgerlichen Parlament imponieren kann. Der zeitliche Zusammenfall mit der englischen Bewegung kommt dieser sicher zugute. Bezeichnend ist, daß sich heute der „Temps“ äußert, den Eindruck der englischen Aktion auf die öffentliche Meinung abzuschwächen. Sonst ist für die großkapitalistische Klasse, die dieses Blatt in der Hand hat, ein Generalstreik mit Umsturz und nationaler Katastrophe identisch, diesmal aber redet der „Temps“ der Bourgeoisie zu, sich in ihrem Anteil über die wirtschaftlichen Folgen des englischen Generalstreiks für Frankreich nicht zu Heberdeutungen verleiten zu lassen, da ein Generalstreik nicht lange dauern könne und somit in seinen Wirkungen begrenzt sei. Es ist das alte Mittel der Furchtsamen, im Wald zu singen, um sich selbst Mut zu machen. Und wenn die Scharfmacher dazu greifen, so ist es ein Zeugnis, daß das Selbstvertrauen der Kapitalisten einigermaßen nachgelassen hat.

Berlin und Umgegend.

Gegen den gelben Terrorismus.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Werkes A. F. V in der Kaserstraße befinden sich seit Montag im Streik. Die Ursache der Arbeitsniederlegung ist folgende: Die Meister und Vorarbeiter agitieren für den gelben Verein und suchen durch die ihnen zu Gebote stehenden Pressionsmittel, wie Androhung von Entlassung, Zurückweisung schlechter Arbeit, Mitglieder in den gelben Verein hineinzuzwingen. Die Agitation für den Deutschen Metallarbeiterverband ist den Arbeitern innerhalb des Betriebes durch die Arbeitsordnung verboten. Sie stellen deshalb an die Betriebsleitung das berechtigte Ersuchen, auch die Agitation für den gelben Verein zu unterlagen. Die Direktion verspricht das, aber Meister und Vorarbeiter setzen die Agitation mit den erwähnten terroristischen Mitteln fort. Wieder wandten sich die Arbeiter an die Direktion. Diesmal wurde ihnen rund heraus erklärt, die Arbeitsordnung gelte nur für die Arbeiter, aber nicht für die Meister. Das heißt also mit anderen Worten, die Meister dürfen für die Gelben nicht nur ungehindert agitieren, sondern auch, wie sie es bisher taten, einen Druck zum Eintritt in den gelben Verein auf Arbeiter und Arbeiterinnen ausüben. Als hierauf am letzten Sonnabend der Streik beschlossen wurde, gab die Direktion ihrer Erklärung eine einschränkende Auslegung. Angesichts der schwankenden Haltung der Direktion forderten die Arbeiter nunmehr eine bindende schriftliche Erklärung, welche sie vor dem Terrorismus der gelben Agitation schützt. Eine solche Erklärung wurde verweigert. Deshalb legten die Arbeiter und Arbeiterinnen des Werkes A. F. V. am Montag die Arbeit nieder. Zu dem Streikbeschluß hat auch der Umstand beigetragen, daß zwei Vorarbeiter mehrerer Arbeiterinnen unflätliche Anträge machten. Es wird verlangt, daß die Arbeiterinnen vor derartigen Rüpelleien geschützt werden.

Wie in der am Mittwochvormittag abgehaltenen Versammlung der Streikenden mitgeteilt wurde, herrscht unter ihnen volle Einmütigkeit. Verhandlungen, welche die Streikleitung mit der Direktion angebahnt hat, sind noch im Gange.

Der Streikbeschluß der Herrenmähnschneider.

Die Mitgliederversammlung der Herrenmähnschneider, die gestern abend den großen Saal der Brauerei am Friedrichshain bis auf den letzten Steuplach füllte, erklärte sich nach einem ausführlichen Bericht Kunges über die Verhandlungen in Frankfurt a. M. mit dem Wort von den Vertretern der Arbeiterorganisationen gefaßten Beschluß der Arbeitsniederlegung am 1. März einstimmig einverstanden, und ebenso mit den übrigen von uns bereits mitgeteilten Beschlüssen, die ja schon die Zustimmung der Vertrauensmännerversammlung am Dienstag gefunden hatten. Auch die Abänderungsvorschläge zur Tarifvorlage wurden gutgeheißen. Sie entsprochen teils den mit dem Arbeitgeberverband vereinbarten Lohnsätzen, teils sind mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen scheiterten, die Positionen, wie sie von Anfang an festgelegt waren, aufrecht erhalten. Die Abänderungsvorschläge werden den Arbeitgebern heute samt einem Zirkular zugesandt, worin die Tatsache dargelegt wird, daß es die Mähner Arbeitgeber wollen, die unter Aufstellung wahrheitswidriger Behauptungen die Verhandlungen in Frankfurt a. M. absichtlich zum Scheitern brachten, und worin ferner die einzelnen Arbeitgeber von dem Streikbeschluß in Kenntnis gesetzt werden. Wo die Vereinbarungen bis Donnerstagabend, also heute abend, unterschrieben anerkannt werden, unterbleibt die Arbeitsniederlegung. Bei diesen Firmen gelten dann die Vereinbarungen als endgültig abgeschlossen. Uebrigens haben sich schon im Laufe des gestrigen Tages zahlreiche Arbeitgeber zur Anerkennung des Tarifs bereit erklärt, und das gleiche gilt von der einen der beiden Arbeitgeberorganisationen.

Die ledigen Herrenmähnschneider werden aufgefordert, abzuweichen, und ebenso werden die ledigen Ausländer ersucht, das Land zu verlassen, und zwar in ihrem eigenen Interesse, da die Arbeitgeber schon Listen über sie aufgestellt haben, offenbar in der Absicht, ihnen durch die Behörden Schwierigkeiten zu bereiten.

An der gestrigen Versammlung nahmen neben den Mitgliedern des Schneiderverbandes auch die des Gewerkschafts teil, die in diesem Kampfe volle Solidarität zugesichert haben, wie dies auch ihr Vertreter Bartel betonte, der ebenfalls an den Frankfurter Verhandlungen teilgenommen hat.

Streik bei der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft.

Die Metallarbeiter im Depot Hedonstraße der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft haben die Arbeit niedergelegt. Die Gesellschaft resp. deren Zeitung im Depot Hedonstraße verlangte von den Drechern, Fräsern, Bohrern und sonstigen Maschinenarbeitern, daß sie nicht mehr wie bisher im Affard, sondern im Lohn arbeiten sollten. Gegen die Einführung von Lohnarbeit an sich haben die Arbeiter nichts einzuwenden. Sie verlangen aber, daß der Stundenlohn sich mit dem bisherigen Affarddienst in Einklang bringen läßt. Bei der bisherigen Affardarbeit hatten die Arbeiter bei 85 Pf. pro Stunde verdient. Die Gesellschaft „reguliert“ nun die Löhne so, daß die Arbeiter im Höchstfall 70 Pf. pro Stunde verdienen sollten. Wiederholte Verhandlungen durch die Arbeiter selbst zeigten kein anderes Resultat. Die Gesellschaft beharrte auf ihrem Standpunkt. Ein Versuch des Metallarbeiterverbandes, die Sache in Güte zu regeln, wurde von der Gesellschaft brüskl zurückgewiesen. Eine Kommission der Arbeiter, welche

nachmals verhandeln wollte, wurde gar nicht empfangen. Hierauf beschloßen die Arbeiter den Streik. Sie hatten verlangt, daß der Lohn pro Stunde wenigstens bis zu 80 Pf. betragen sollte, was bei den heutigen Verhältnissen bescheiden genug ist, zumal der Gehalt von 80 Pf. gar nicht gleich gezahlt, sondern erst im Höchstfalle erreicht werden soll. Nachdem die Arbeit niedergelegt war, erließ die Gesellschaft einen Aufschlag an schwarzen Bretten, wonach die Maschinenarbeiter „ohne Grund“ die Arbeit niedergelegt hätten. Ein weniger von 15 Pf. pro Stunde an Verdienst, brüskte Zurückweisung der Arbeiter, welche verhandeln wollten, scheint für die nach außen hin mit ihren Wohlhabereinstellungen prahlende Gesellschaft kein Grund zu sein. Daß die Gesellschaft aber das von den Streikenden verlangte zahlen kann, beweist der Umstand, daß die Direktion zwei Mann der Streikenden aufforderte, für 48 W. Wochenlohn zum Verräter an ihren Kollegen zu werden. Die Direktion hatte aber mit ihren Verjuden kein Glück, obgleich man sogar durchblicken ließ, daß man eventuell den Vater des einen Kollegen, welcher schon über 20 Jahre bei der Gesellschaft ist und im Alter von 70 Jahren steht, nicht mehr gebrauchen könne. Das ist das „Wohlmollen“ dieser Gesellschaft. Wenn der Sohn kein Lump werden will, droht man, den alten Vater arbeitslos zu machen. Möge die Direktion ihr Wohlmollen den Arbeitern gegenüber in dieser Weise weiter betätigen. Sie darf sich aber nicht wundern, wenn die Arbeiter der anderen Depots die Sache ihrer Kollegen zu der ihrigen machen.

Die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft ist für Metallarbeiter aller Branchen streng gesperrt.

Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Achtung, Töpler! Hiermit sperren wir den Bau Ruppertsch, Ecke Gieselastraße, Lichtenberg, wegen unerglaster Fenster. Bauherr ist der Zigarrenhändler Rudolf Gliza, Berlin, Gieselastraße 43. Die Töplerarbeiten führen Paul Witt und Kreisler aus. Sie beschäftigen nur Inorganisierte. Bei der Polizeibehörde und der Verurteilten ist Anzeige erstattet worden zwecks Abstellung des Mißstandes. Wir wollen abwarten, ob die Behörden ihren Verordnungen Geltung verschaffen. Bedauerlich ist es aber, daß auf dem Bau Töpler arbeiten, die schon vor 20 Jahren für die Durchführung der Fensterfrage gekämpft haben. Auf dem Bau ist nicht ein Fenster verglast, sämtliche Handwerker arbeiten bei unerglaster Fenstern.

Die Verbandsleitung.

Achtung, Töpler! Die Wahlen zum Vorstände, den Revisoren und dem Arbeitsnachweisbureau haben folgendes Resultat ergeben. Beteiligt an den Wahlen haben sich 770 Kollegen. Gewählt sind: zum 1. Vorsitzenden Franz Segawa mit 750, 1. Kassierer Eduard Rappant jr. mit 720, 1. Schriftführer Hugo David mit 653, 2. Schriftführer Ernst Müller mit 376 und zu Beisitzern Max Krahl mit 571, Fritz Wolff mit 411, Karl Liepe mit 360 und Rudolf Scheffler mit 341 Stimmen. Zum Revisor ist Robert Benndorf mit 154 Stimmen gewählt und ins Arbeitsnachweisbureau Hermann Böhm mit 378, Oskar Teubert mit 342, Ernst Müller muß hierzu Stichwahl stattfinden. Abgegeben wurden zum 2. Vorsitzenden keiner der Kollegen die absolute Majorität erreicht hat, muß hierzu Stichwahl stattfinden. Abgegeben wurden zum 1. Vorsitzenden 505 gültige Stimmen. Davon haben erhalten Paul Guth 81, Max Kemnitz 281 und Max Markmann 223 Stimmen. Demnach kommen Kemnitz und Markmann zur Stichwahl. Diese findet am nächsten Sonntag, den 3. März, vormittags von 10—12 Uhr, in denselben Lokalen, wo die Hauptwahl vorgenommen wurde, statt.

Verband der Töpler. Die Wahlkommission.

Achtung, Dachdecker und Berufsgenossen von Berlin! Um den Arbeitsnachweis besser auszugestalten, wurde am 17. Februar in der Kuratoriumssitzung beschlossen: Wer dreimal nacheinander die ihm angebotene Arbeit ausschlägt oder nicht annimmt, bekommt eine andere Nummer und kommt an letzte Stelle. Als notwendiger Zusatz hierzu: „Die Arbeitslosen mit den 10 ersten Nummern haben sich täglich zur Kontrolle einzufinden.“ — Für die Hilfsarbeiter finden nun die §§ 2 und 3 der Geschäftsordnung auch Anwendung. Sie unterliegen danach denselben Kontrollbestimmungen wie die Dachdecker. Der Weldeschein muß für die 10 ersten Nummern ebenfalls jeden Tag und für die übrigen Nummern mindestens jeden dritten Tag abgestempelt werden. Diese Bestimmungen treten mit dem 1. März in Kraft.

Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung auf den Werften der Firmen Schichau und Klatwitzer.

Nachdem der Kampf der Arbeiter der Schichauwerft in Danzig im Herbst v. J. abgebrochen wurde, ohne daß materielle Erfolge erzielt wurden, haben die Arbeiter nunmehr beschlossen, in eine Lohnbewegung einzutreten sich auf beide Betriebe der Firma Schichau in Danzig und Elbing erstrecken soll und ebenso auf Klatwitzer in Danzig. Die Leitungen der beteiligten Organisationen, Freie Gewerkschaften, Christliche Gewerkschaften und Griech-Dundersche Gewerkschaften, haben die Zustimmung dazu erteilt. Die Forderungen gehen nicht über die heute schon auf anderen Werften bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinaus und sind Montag eingereicht worden. Es wird von dem Verhalten der Firmen und von dem Ausgang der beantragten Verhandlungen abhängen, ob es zu einem Lohnkampf kommt. Es lämen dann 6—7000 Arbeiter für die Lohnbewegung in Betracht.

Ausland.

Der Generalstreik in Großbritannien.

London, 27. Februar 1912. (Fig. Ber.)

Der Streik hat schon begonnen. Gestern legten mehrere tausend Bergarbeiter in Derbyshire die Arbeit nieder und heute werden ihnen in Derbyshire und Leicesterhire weitere zehntausend folgen. Ein bemerkenswerter Umstand ist, daß die Bergarbeiter Derbyshires, die jetzt den Anfang des Streiks nicht abwarten können, vor 14 Tagen laut der bürgerlichen Presse nur mit Widerwillen die Arbeit händigten.

Die verschiedensten Gerüchte über die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Kohlenbesitzern sind im Umlauf. Nach einer Meldung soll es der Regierung gelungen sein, alle Kohlenbesitzer, außer den Südwälsern, zu bewegen, den Minimallohn anzuerkennen. Die Vorbereitungen, die man allerorten trifft, um dem Generalstreik begegnen zu können, deuten jedoch darauf hin, daß man dem günstigen Verlauf der Regierungaktion nicht traut. Auch die Regierung hat ihre Bedenken; hat sie sich doch angeblickt, überall die Truppen in Bereitschaft zu halten. Den Soldaten ist bis auf weiteres aller Urlaub genommen. Auch die Eisenbahnen, die enge Verbindungen mit der Regierung unterhalten, haben ihren Betrieb schon für den Bergarbeiterstreik eingerichtet. Alle Eisenbahnen werden als ein System verwaltet werden. Die Zahl der Personenzüge soll auf das äußerste eingeschränkt und die Güterzüge sollen hauptsächlich zur Beförderung von Nahrungsmitteln benutzt werden. Einige Fabriken haben schon geschlossen; viele andere haben ihren Arbeitern gelündigt.

Die wälisischen Scharfmacher versuchen jetzt, das Publikum mit einer syndikalistischen Propaganda zu ängstigen, die angeblich mit der Minimallohnforderung etwas zu tun haben soll. Die Propaganda, die sonderbarerweise jetzt nicht mehr erhältlich ist, trägt den Titel: „Der nächste Schritt der Bergarbeiter.“ Es wird darin eine neue Steuersatz anempfahlen, der sogenannte Verärgerungsstreik (irritation strike), ein Mittelweg zwischen der Sabotage und dem passiven Widerstand. Nachdem der Minimallohn errungen ist, sollen die Bergarbeiter ihre Arbeit so einrichten, daß die Aktionäre keine

Dividende erhalten. Die Folge würde sein, daß die Bergarbeiter auf diese Weise in den Besitz der Bergwerke gelangen würden. Offenbar glaubt der Verfasser, daß die Aktionäre schließlich verärgert den Arbeitern den ganzen Plunder in den Schoß werfen würden. Dieses hinterbrannte Nachwerk wollen die südwälisischen Bergwerksunternehmer heute dem Premierminister vorlegen, um ihn von der ihnen drohenden Gefahr zu überzeugen. Der Name des Verfassers wird nicht genannt — wohl aus guten Gründen. Jedenfalls hat der südwälisische Bergarbeiterverband nicht das geringste mit der Propaganda zu tun.

Aus London wird weiter gemeldet:

Das Gerücht, daß die Regierung entschlossen sei, den Minimallohn für den Bergbau gesetzlich einzuführen, falls es zu keiner Einigung kommen sollte, und von den Gruben widerspenstiger Unternehmer zeitweilig Besitz zu ergreifen, wird von maßgebenden Personen als glaubwürdig hingestellt. Wenigstens ein einflussreicher Minister tritt für diese Maßregel ein. Man glaubt, daß es Lords nicht wagen würden, eine schnellstens zu erledigende Minimallohnvorlage zu verwerfen.

Nach einem Wälisischen Telegramm legen noch immer viele Bergarbeiter die Arbeit nieder, bevor über den Generalstreik entschieden ist. Wie es heißt, feiern bereits gegen 100 000 Mann, darunter 20 000, die heute morgen in Derbyshire in den Ausstand getreten sind.

London, 28. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)

Wie es heißt, haben die englischen Bergwerksbesitzer im Verbandsgebiete beschlossen, die Vorschläge der Regierung, darunter auch den Minimallohn, anzunehmen. Die Arbeitgeber von Northumberland und Südwales sind dagegen, während unter den schottischen Arbeitgebern die Stimmung geteilt ist. Die Vertreter der Bergleute erwägen, ob sie dies Teilabkommen annehmen sollen, während die Verhandlungen über Südwales, Schottland und Northumberland noch fortdauern.

Verfammlungen.

Die Arbeiter der Fabrikfabrik von Flohr beklagen sich schon seit Jahr und Tag über Mißstände im Betriebe. Doch alle Klagen und Beschwerden haben nicht gekräftigt. Die alten Mißstände bestehen fort und neue sind hinzugekommen. In einer am Dienstag abgehaltenen Betriebsversammlung der Flohrischen Arbeiter kamen wieder eine Reihe Mißstände der verschiedensten Art zur Sprache. Die Hilfsarbeiter im Lager und in der Expedition klagten über niedrige Löhne. Sie erhalten 40 bis 45 Pf. pro Stunde, ja in letzter Zeit sind sogar Arbeiter mit einem Stundenlohn von 28 Pf. eingestellt worden. Die hier in Frage kommende Arbeiterschaft ist allerdings so schlecht organisiert, daß sie selbst für die Aufbesserung der Löhne nichts tun kann. Als ein drückender Mißstand wird es empfunden, daß die Arbeiter in allen Abteilungen zerbrochene und unbrauchbar gemordene Werkzeuge erhalten müssen. Es ist vorgekommen, daß hierdurch Lohnabzüge bis zu 4 M. entstanden sind. Selbst Lehrlinge und jugendliche Arbeiter werden für Werkzeuge ersatzpflichtig gemacht. Das neue Kontrollsystem durch Stempelmarken gibt häufig Anlaß zur Verhängung von Strafen. 25 Pf. sind jedesmal zu zahlen, wenn eine Marke zu spät abgestempelt wird. Dagegen werden derartige Strafen verhängt. Daß die Arbeiter, welche über Mittag in der Fabrik bleiben, mit ihrer Kontrollmarke über den Hof zum Portier laufen müssen, wird als eine durch nichts gerechtfertigte Härte angesehen. Die Garderoben werden als durchaus ungenügend bezeichnet. In der elektrischen Abteilung hat man die Garderobenschränke aus dem Garderobenraum herausgenommen. Die Arbeiter müssen ihre Kleider nun in Arbeitsraum unterbringen. In einem Stellerraum wird jetzt eine neue Garderobe eingerichtet, die aber viel zu klein angelegt ist und dem Bedarf bei weitem nicht genügen kann. Im Werkzeugbau herrschen immer noch die schon öfter beklagten Mißstände. Da wird beim Schleifen mit Schmirgelscheiben Metallstaub in großen Mengen verurteilt, für den kein Abzug vorhanden ist. In mehreren Arbeitsräumen ist die Heizung so mangelhaft, daß die Arbeiter während der kalten Tage sich vor Frost nicht zu lassen wägen. Ein Arbeiter gab hierüber folgende Darstellung: Angetan mit drei Paar Hosen, zwei wollenen Hemden, wollener Jacke und kleinem Arbeitszeug litt man in dem betreffenden Raum derart durch die Kälte, daß man froh war, wenn man für kurze Zeit in einem anderen Raum zu tun hatte, in dem nur 5 bis 6 Grad Wärme herrschten. Klagen über Lohnabzüge werden aus allen Abteilungen des Betriebes vorgebracht, besonders aber aus der Abteilung des Meisters Deutscher, der sich durch Festsetzung ungewöhnlich niedriger Affordräge sehr unbeliebt gemacht hat. Von einer Abteilung der Schlosserei heißt es, daß dort insofern lebensgefährliche Zustände herrschen, als von der schadhafsten Leder hin und wieder Stücke des Mauerwerks, einmal ein 5 bis 6 Pfund schweres Stück, herabgefallen sind und keine Vorkehrungen zur Verhütung derartiger Unfälle getroffen wurden. Ein Arbeiterauschuss besteht zurzeit nicht im Betriebe. Als ein solcher vor Jahr und Tag auf Wunsch der Arbeiter gewählt wurde, fanden die Gewählten nicht Gefallen bei der Betriebsleitung. Sie erklärte, es seien Formfehler vorgekommen, lästigte die Wahl und seitdem sind die Arbeiter immer noch ohne Vertretung. Daß häufig Ueberstunden gemacht werden müssen, empfinden die Arbeiter ebenfalls als einen Uebelstand. Sie erwägen, ob dem Umfassen nicht gesteuert werden kann durch die Forderung eines Zuschlages für Ueberstunden. — Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche entschiedenen Protest gegen die schon seit Jahren und nicht noch reichenden Mißstände im Flohrischen Betriebe und die schleunige Abstellung derselben fordert.

Letzte Nachrichten.

Zum Streit um die sippischen Domänen.

Detmold, 28. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Dem lippschen Landtage wurde die Erklärung des Staatsministeriums übermittelt, daß der Fürst mit der stärkeren Belastung des fürstlichen Hausguts (Domaniums) einverstanden sei. Der jährliche Zuschuß zur Landeskasse soll 140 000 M. betragen und der Ueberchuß zwischen Land und Fürst zu gleichen Teilen fallen. Dem Landtage wird ein gewisses Kontrollrecht zugestanden. Als Gegenleistung wird dafür die Aufhebung des Gesetzes verlangt, wonach das Domanium verpflichtet ist, 10 Proz. zu allen Ausgaben für Beamtenbefoldung beizutragen.

Eine Wahlniederlage der Jungtürken.

Saloniki, 28. Februar. (P. C.) Bei den Wahlen zur Gemeindevorstellung in Saloniki hat die Partei für Einheit und Fortschritt eine Niederlage erlitten, da sämtliche fünf Mandate von den Gegnern der Komiteepartei mit großer Mehrheit erobert wurden. Es wird allgemein angenommen, daß dieser Wahlausfall auch auf die nächsten Wahlen einen großen Einfluß ausüben wird, zumal Saloniki als der Mittelpunkt der jungtürkischen Partei zu gelten hat.

Fünf Personen ertrunken.

Brünn, 28. Februar. (P. C.) In der Nähe von Kofelaw ertrank heute früh ein Aufseher ertrinkender Vorkauf. Ein Kahn, in welchem fünf Arbeiter die Nacht überquerten wollten, kippte infolge der starken Strömung um, und sämtliche Insassen fielen ins Wasser. Obwohl sofort alle Anstrengungen gemacht wurden, die mit dem Wasser Ringenden zu retten, ertranken alle fünf Personen. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

dem Boden der Evolution, der Entwicklung, und deshalb wissen wir auch, daß es in der Natur des Kapitalismus liegt, daß er seine eigenen Totengräber erzeugen muß,

wie Marx gesagt hat. Daß der einzelne Arbeiter in diesem Kampfe ein willkürliches Spielzeug ist, daß der freie Arbeitsvertrag, von dem bürgerliche Politiker soviel reden, ein Märchen aus vergangenen Zeiten ist, das wird selbst in einer Veröffentlichung des kaiserlichen statistischen Amtes über den Tarifvertrag anerkannt, wo es im Band I Seite 6 heißt: „Nach Aufhebung der Zunftverfassung war der freie Arbeitsvertrag für den Arbeiter, was den Inhalt betraf, tatsächlich nicht mehr da. Der Arbeiter mußte Arbeit annehmen zu den Bedingungen, wie sie ihm geboten wurden. Will der Arbeiter Einspruch erheben auf die Arbeitsbedingungen, so bearf es des Zusammenhanges mit seinen Berufsgenossen in Organisationen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mehr brauchen wir auch umieren Genossen brauchen nicht zu sagen, als daß der freie Arbeitsvertrag ein Ding der Unmöglichkeit für den einzelnen ist, daß er sich beruflich und politisch organisieren muß, um Einfluß auf die Arbeitsbedingungen zu gewinnen. Der Staatssekretär freilich sieht in dem Zusammenhange der Massen eine Gefährdung der freien Entwicklung des Individuums, des Rechts auf Persönlichkeit. Nun, wir sind die letzten, die nicht das schöne Goethische Wort anerkennen: „Höchstes Glück der Erdekinde sei doch die Persönlichkeit“, aber wie kann man von einer freien Entwicklung des Individuums reden, angeht die von kaiserlichen statistischen Amt selbst zugegebenen Tatsache, daß der einzelne Arbeiter keinen freien Arbeitsvertrag schließen kann. Die Arbeiter waren nie frei und sind es heute nicht, sondern sie sind im steigenden Maße abhängig vom Kapitalismus, sie sind

ein Anhängsel der Maschine geworden,

wie Marx sagt. Und nicht allein die Arbeiter werden in dieser Weise vom Kapital verzwängt. Immer größere Schichten des Volkes werden proletarisiert. Trotz aller Liebeserklärungen des Grafen Westarp und seiner Freunde wird der Mittelstand zerrieben, die Zahl der Selbständigen geht zurück, die Zahl der Abhängigen nimmt zu.

Die Großbetriebe haben von 1895—1907 zehnmal mehr zugenommen, als die Kleinbetriebe, wobei zu beachten ist, daß die Großbetriebe mit Hilfe der Maschinen nach den amtlichen Darlegungen über Arbeitskräfte verfügen, die zehnmal so groß sind, als die der Mittel- und Kleinbetriebe zusammengekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso groß wie in der Industrie ist die Proletarisierung im Handel. 1882 waren 42 Proz. der im Handel Beschäftigten selbständig, 1902 nur noch 29 Proz. Aber trotz alledem will man den Mittelstand retten durch allerlei kleinliche Vorschläge, durch Mägen, wie aus dem famosen Eingekleidnis des Fürsten Hohenlohe hervorgeht, der in sein Tagebuch schrieb, als er von Verhandlungen des Reichstages über die Handwerkerorganisationen kam: „Das Gesetz über die Handwerkerorganisationen ist ein ziemlich dürftiges Gesetz. Wenn aber die Handwerker Zwangsvereine haben wollen, so soll man sie ihnen geben.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch

eine direkte Verhöhnung der Handwerker.

Da war doch der jetzige Staatssekretär ehrlicher, als er 1910 sagte, er gebe mit einem gewissen Herzklappen an die Erörterung der Mittelstandsfrage heran, weil er sich der außerordentlichen Schwierigkeiten dieser Frage bewußt sei. Dabei handelt es sich nicht um die Not des alten Mittelstandes gegenüber der erdrückenden Konkurrenz des Großkapitals, sondern es kommt nun auch noch der neue Mittelstand auf die Privatangehörigen, die von einer halben Million im Jahre 1882 auf zwei Millionen 1907 gesprungen sind. Während sich in derselben Zeit die Bevölkerung um 25 Proz. vermehrt hat, haben sie sich um 300 Proz. vermehrt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die Hälfte der Angehörigen dieses neuen Mittelstandes hat unter 1800 Mark Einkommen, also kaum das Existenzminimum, und bei den Frauen ist es noch schlimmer, da haben

92 Proz. unter 1800 M. Einkommen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ja kein Wunder, die zunehmende Proletarisierung des Mittelstandes infolge der Konzentration des Kapitals zwingt die Söhne und Töchter des Mittelstandes in das Erwerbsleben und infolge des immer größer werdenden Angebots auf dem Arbeitsmarkt sehen die Löhne in gar keinem Verhältnis zu dem, was zur Existenz gebraucht wird. Die Konzentration des Kapitals nimmt so schnell zu, daß diejenigen, die immer gegen unsere Akkumulationstheorie eifern, eigentlich durch die Praxis längst von der Wichtigkeit unserer Behauptung überzeugt sein müßten, daß die Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen immer schärfer wird. Man weist uns auf die Statistik der preussischen Sparkassen hin, man erwähnt aber dabei nicht, daß drei Viertel aller dieser nur 600 M. Einlage hatten und daß diese drei Viertel nur ein Zehntel der Gesamteinlagen ausmachen, während das eine Viertel der Gläubiger mit über 600 M. Einlage neun Zehntel der Gesamteinlage ausmachen. Das beweist, daß es nicht die kleinen Leute sind, die die großen Summen sparen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ferner behauptet man uns gegenüber, daß die preussischen Steuerlisten ergeben, daß die unteren Schichten der Steuerzahlenden immer größer würden, ebenso die Zahl derer, die in eine höhere Stufe aufsteigen. Das soll beweisen, daß sich die Einkommenverhältnisse der unteren Schichten der Bevölkerung verbessern. Diese schöne Theorie hat nur ein großes Loch. In Wahrheit kommt dieser scheinbare Zuwachs der Einkommen von der größeren Not. Das klingt wie Linsen, wie ein Widerspruch, aber es ist doch richtig, daß die größere Wohlhabenheit von der größeren Not kommt. Weil nämlich das Einkommen der Männer zur Bestreitung der Lebensbedürfnisse nicht mehr reicht, deshalb werden in steigendem Maße die Frauen und Töchter mit zur Arbeit herangezogen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und da das Einkommen der Frau nicht selbständig versteuert, sondern zu dem Einkommen des Mannes hinzugezählt wird, sieht es nun mit einem mal so aus, als wenn das Einkommen der Männer gestiegen sei. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In Wahrheit ist das Einkommen der Männer gefallen, gleich geblieben oder gering gestiegen, aber bei den gestiegenen Lebensmittelpreisen reicht es nicht mehr aus zur Durchführung der Lebenshaltung und daher müssen Frauen, Töchter und Söhne, die früher nicht mitarbeiteten, zur Arbeit herangezogen werden. Wie sich die Verhältnisse bei der

Frauenarbeit

geändert haben, beweist folgendes Beispiel: 1891 ist in einer von der badischen Regierung aufgenommenen Untersuchung über die Lage der arbeitenden Klassen in Baden: „Die Frau arbeitet fast niemals in der Fabrik, sie ist nur ganz ausnahmsweise in der Lage, zur Erhöhung der Einnahmen beizutragen.“ 1911 hat dieselbe badische Regierung eine ähnliche Enquete aufgenommen, und da heißt es jetzt: „Mit wenigen Ausnahmen kann sich die Familie nur dadurch halten, daß zu der Einnahme des Mannes noch Nebeneinnahmen durch Mitarbeit von Frau und Kindern kommen.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also nach 20 Jahren alles völlig auf den Kopf gestellt, die Familie zerfällt, die ja angeblich nach ihren Behauptungen von uns zerstört werden soll, durch den Kapitalismus. Jede Statistik beweist, ja die ungeheure Zunahme der Frauenarbeit. Diese Zunahme geschieht doch nicht etwa aus Übermut, aus Zeitvertreib, sie geschieht aus Not. Es ist die Not, die auch die Mehrzahl der bürgerlichen Frauen hinaustreibt auf den Arbeitsmarkt. Wenn der Kongress und die Ausstellung der bürgerlichen Frauen im Zoologischen Garten auch zum Teil gestützt sein mag von denen, die sich aus der Schwere des früheren patriarchalischen Verhältnisses befreien und ihrem Leben einen geistigen Inhalt geben wollen, so wird doch der größte Teil der bürgerlichen Frauen durch die Not, durch das

geringere Einkommen der Eltern dazu veranlaßt, hinauszugehen und einen Erwerb zu suchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dieselbe hohe Dame, die einst das Wort prägte, Kirche, Kinder, Küche, Kleider füllten das Leben der Frau aus, hat ja jetzt auch diese Ausfüllung befehlt und damit zugestehen müssen, daß der Kampf des Lebens über Kirche, Kinder, Küche, Kleider hinausgeht und die Frau in das Erwerbsleben zwingt, wenn sie nicht zugrunde gehen will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß durch die Steuern und Zölle

die Ernährung des Volkes eine immer schlechtere

wird. Wenn eine Familie von fünf Köpfen nach den Vorschriften, die das Reichsministerium zur Ernährung der Marinesoldaten herausgegeben hat, leben wollte, so würde sie allein für Ernährung 1700 M. ausgeben müssen, d. h. insgesamt ein Einkommen von etwa 3000 M. haben müssen. Freilich, der „Christliche Kinderfreund“ hat ja ein sehr einfaches Rezept dafür empfohlen. Er sagt: „Wir führen von der ganzen Leinwand nichts, wir essen einfach kein Fleisch. Die Welt ist nicht nur zu viel Fleisch, sie ist überhaupt zu viel. Wenn anstatt 14 Tage 335 Tage im Jahre Fastenzeit wäre, so stünde es unendlich viel besser.“ (Weiterheit und Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Not ist nicht wegzuleugnen, sie erstreckt sich sogar auf die Schichten der Beamten, obwohl diese es noch immer besser haben als die Arbeiter. Ich erinnere an die Verhandlungen des ersten deutschen Unterbeamtenkongresses im November vorigen Jahres, den die Herren von der Regierung so wenig gern gesehen haben, und an die Verammlung in Magdeburg, wo die Unterbeamten erklärten, weniger gelbe Rübe, aber mehr Lohn müßten sie bekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Selbst der Minister Bismarck von Ostpreußen hat in Sachen hat in seiner Eröffnungsrede zum Hygienekongress anerkannt, daß ein Notstand besteht. Er sprach auch von der Wohnungsnot, die es mit sich bringt, daß in Berlin 600 000 Menschen in Wohnungen leben, wo auf ein Zimmer fünf und mehr Köpfe kommen. Das ist eine Folge des Bodenwunders, der auch mit dem ganzen Wirtschaftssystem zusammenhängt, einmal mit dem

erdemittlichen Dreiklassenwahlsystem in den Gemeinden,

mit dem Hausbesitzerprivileg und dann damit, daß der Boden auch als Ware behandelt wird, trotz aller ethischen Bedenken, die man dagegen äußert. Die Wohnungsfrage ist nicht als Sonderfrage zu lösen, sondern nur im Zusammenhang mit der Gesamtverbesserung der Lage der arbeitenden Klassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aus alledem ergibt sich, daß nicht von einem Bremsen der Sozialreform die Rede sein kann, sondern daß wir auf allen Gebieten des Reichsamt des Innern eine hundertfach verstärkte Tätigkeit entfalten müssen, um auch nur etwas von dem nachzuholen, was in den ganzen Jahren veräußert ist. Statt dessen sehen wir, daß man nicht vorwärts arbeiten will, sondern gegen die Arbeiter wirtschaftlich und politisch vorgehen will. Die Gewerkschaften, dies notwendige Produkt unserer ganzen Verhältnisse, ohne die nach dem kaiserlichen statistischen Amt die Arbeiter überhaupt keinen Arbeitsvertrag abschließen können, sollen vernichtet und zerstört werden. In seiner Absicht hat sich der Führer der Scharfmacher, Herr Vuedt, klar dahin ausgesprochen, es sei unerwünschlicher Absicht, die Gewerkschaften niedertzuzwingen, zu zerbrechen, zu vernichten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vor den Wahlen spulte die Strafprozeßkommission, während der Wahlen beteuerte man, an keine Ausnahmegeetze zu denken, und gestern sind im sächsischen Landtag unter Führung eines konservativen Abgeordneten Anträge eingebracht worden, die die sächsische Regierung im Bundesrat als Vorschläge für eine neue Justizhausvorlage vertreten soll. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun könnten die Herren sich ja bei unserem Kollegen, dem Grafen Posadowski, darüber Belehrung holen, wie es mit einer Justizhausvorlage geht. (Weiterheit bei den Sozialdemokraten.) Graf Posadowski ist ja inzwischen zur Einsicht gekommen, daß mit solchen Vorschlägen nicht gegen die Arbeiter vorgegangen werden kann, aber er kann es nicht hindern, daß er als Kronzeuge von denen aufgerufen wird, die dieselben Wege wandeln wollen, die er seinerzeit gegangen ist. Nun gibt es Unterschiede bei den Scharfmachern. Die einen verlangen ganz brutal Ausnahmegeetze, die anderen sagen wie gestern Herr Schifferer von den Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus: Wir brauchen keine Ausnahmegeetze, zum Schutze der Arbeitwilligen genügt die radikalste Anwendung der bestehenden Gesetze. (Abg. Ledebour: Das hat auch Graf Westarp gesagt.) Daß die Nationalliberalen sich die Konservativen zum Muster nehmen, wissen wir ja. Diese Leute sagen sich eben, wie der fogenhafte Müller von Sanssouci: Es gibt noch Richter in Berlin. Sie meinen, es wird schon Richter geben in Sachen und Preußen, die imstande sind, auf Grund der bestehenden Gesetze Scharfschüsse zu fällen, die weit über die Absicht der Gesetzgeber hinausgehen. Solche Urteile können wir Ihnen täglich duzendweise zusammenstellen. Dort, wo es sich „bloß“ um Leben und Gesundheit der Arbeiter handelt, werden

nichtswürdig geringe Strafen

über Unternehmer verhängt, die sich gegen die Arbeiterschutzgesetze verstoßen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) aber wehe dem Arbeiter, der sich in den Maschinen der heutigen Gesetzgebung verfangt. Nun, wir werden all diese Verurtheile abwarten. Wir haben die felsenfeste Ueberzeugung, daß sie an dem gebundenen Sinn der Arbeiterklasse und der geschichtlichen Notwendigkeit in sich zusammenfallen werden. Was Sie aus versuchen mögen, Sie werden auf Granit stehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir wissen, daß, wenn Sie von dem Schutz der Arbeitwilligen sprechen, von der Freiheit der Arbeiter, es sich um den Schutz des Unternehmersprofits und um die Freiheit der Konkurrenz handelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) und wir wissen, daß die Anhänger dieser Anschauung von der äußersten Rechten bis zu der Grenzlinie zu finden sind, die unsere Fraktion von allen anderen scheidet. Ich erinnere daran, daß in einer Delegiertenversammlung des Hanfabendums geäußert wurde: „Die Industrie leidet unter den hohen Arbeitelöhnen, unter den Schikanen einer übertriebenen Arbeiterschutzgesetzgebung.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und Herr Nieber erklärte, das Tempo der Sozialpolitik dürfe nicht so sehr beschleunigt werden. Hat doch auch Herr Wassermann erst neulich von einer „maßvollen belohnenden“ Sozialpolitik gesprochen.

Auf das Maß kommt es an. Wer soll das Maß bestimmen? Die Arbeiterklasse oder das Unternehmertum? Soll das Maß bestimmt werden durch das Fortschreiten der Kultur oder durch das Fortschreiten des Profits? Das sind die beiden Gegenstände, die sich gegenüberstehen. Von der kleinsten Verbesserung an, die wir heute als ganz selbstverständlich betrachten, hat das Unternehmertum jeden Fortschritt auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes bekämpft. Und was wir überhaupt an Arbeiterschutz haben, daß wir nicht 16 Stunden arbeiten, daß Frauen und Kinder nicht den ganzen Tag beschäftigt werden dürfen, alles dies ist

gegen den Willen des Unternehmertums durchgesetzt worden. Bei jedem kleinsten Verlangen stieß es, wenn das durchgeführt wird, dann müssen wir die Fabriken verlassen. Redner ließ zum Beweise eine Stelle aus einem älteren Schriftsteller vor, in der es heißt, daß durch die Einführung des Arbeiterschutzes die Industrie von der Konkurrenz des Auslandes überboten werden würde, und fährt fort, diese Stelle stammt aus dem Jahre 1848, und zwar von dem berühmten englischen Historiker Macaulay. Damals also wurden schon dieselben Gründe vorgebracht wie jetzt, obgleich doch in der Zwischenzeit allerlei Arbeiterschutzmaßnahmen eingeführt worden sind — die Lage ist ja etwas besser geworden, das leugnen wir ja nicht —, ist die Industrie nicht zugrunde gegangen, die Verelendung der Massen nicht in dem Maße fortgeschritten, wie sie fortgeschritten wäre, wenn die Sozialpolitik nicht gewesen wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben nun eine Reihe von Entwürfen gestellt, um Ihnen zu zeigen, was wir als dringend notwendig erachten, und was unserer Auffassung nach schon jetzt ohne weiteres eingeführt werden könnte. Anders Redner meiner Fraktion werden ja auf Einzelheiten noch zurückkommen, aber im allgemeinen sind die Fragen ja schon genügend behandelt. Da ist zunächst

der Maximalarbeitszeit,

wir fordern die achtstündige Arbeitszeit; diese Forderung wird Ihnen heute nicht mehr so lächerlich vorkommen, wie es früher war, wir verlangen, daß sie für alle Betriebe eingeführt wird. Je mehr die Arbeitszeit verkürzt wird, desto mehr wird die Industrie gezwungen, zu höheren Betriebsformen, zu einer feineren Technik überzugehen. Wenn Menschenfleisch nicht so billig wäre, so hätten wir schon längst eine weiter entwickelte Technik, so hätten wir schon längst mehr arbeitssparende Maschinen. Dies wird befristigt durch eine Schritt, die aus dem Reichsamt des Innern kommt; allerdings handelt es sich dabei — um den Katalog zur Züricher Weltausstellung, da steht ganz deutlich drin, daß man die Erfahrung gemacht hat, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Zunahme der Produktion mit sich gebracht hat, nicht eine Abnahme. Das ist das, was wir seit Jahrzehnten gepredigt haben. Wir verlangen Ruhepausen bei der Arbeit. Wir verlangen auch Ruhepausen, die tagelang dauern, also Ferien, Urlaub mit voller Fortzahlung des Lohnes. Die kaiserliche Werft in Kiel, die ein hochqualifiziertes Arbeiterpersonal braucht, hat bereits Ferien eingeführt, und sogar in der Textilindustrie finden wir einzelne Betriebe mit mehr als 10 000 Arbeitern, die Ferien eingeführt haben; aber das sind Wohlfahrts-einrichtungen, die immer einen unangenehmen Beigeschmack haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb verlangen wir

gesetzliche Einführung von Ferien

im Sommerhalbjahr von zwei Wochen. Wenn Sie auch jetzt nicht davon wissen wollen, die Zeit wird kommen, wo Sie dieser Forderung näherzutreten müssen. — Wir verlangen ferner besseren Schutz gegen die Unfälle. Man sagt freilich, Unfälle gehören zur Natur mancher Betriebe. Aber jeder Techniker weiß, daß die Natur eines jeden Betriebes so umgestaltet werden kann, daß die Unfälle vermieden werden. Die Unfallvorrichtungen allein helfen freilich auch nicht; denn wenn der Arbeiter zu sehr abgearbeitet ist, um genau noch auf seine Arbeit achten zu können, dann passiert trotz aller Vorrichtungen ein Unfall. Aber viele neue Unfallvorrichtungen ließen sich schaffen. Ich habe schon vor fünfzehn Jahren diesem Hause eine Schutzvorrichtung vorgeschlagen, die das Hinanfliegen von Webeschüssen verhindert. Jahrzehntlang hat man gefagt, das ginge nicht, und doch handelt es sich um ein einfaches Mittel. Es muß nur das Anbringen von Rehen zwischen dem Webschütz und dem Arbeiter vorgeschrieben werden. Das haben wir vor 15 Jahren verlangt und jetzt heißt es im Gewerbeaufsichtsbericht Münster, daß solche Rehe eingeführt werden sind. Warum werden sie nicht für das ganze Deutsche Reich durch Bundesratsverordnung vorgeschrieben? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dann verlangen wir

besseren Schutz in der chemischen Industrie.

Je mehr die unglücklichsten Stoffe in der Industrie verarbeitet werden, desto notwendiger ist ein Schutz gegen chemische Einwirkungen, ein Schutz vor den Gewerbekrankheiten. Leider hat der Bundesrat es abgelehnt, die Gewerbekrankheiten generell als Unfälle zu bezeichnen, nur in gewissen Fällen darf eine Gewerbekrankheit als Unfall bezeichnet werden. Gegen die Gewerbekrankheiten ließe sich noch unendlich viel tun. Das Arbeitsamt in Basel, das unter besonders dotierter Leitung steht, hat ganz ausgezeichnete Vorschläge hierfür ausgearbeitet, aber bei uns im Reich werden diese Vorschläge nicht durchgeführt. Nichts geschieht, nicht einmal für die Frauen; ja noch mehr: Wo Bestimmungen vorhanden sind, die einen Schutz gewähren können, werden sie nicht durchgeführt, und der Bundesrat ist bereit, ungenügende, schädliche Bestimmungen für Jahre lang zu verlängern. Eine solche Verordnung betrifft das Thomaschlackenmehl, das der Landwirtschaft großen Nutzen gebracht hat, aber denen, die es herstellen müssen, schweren Schaden bringt; die Arbeiter werden krank. Endlich kam im Jahre 1899 eine Bundesratsverordnung, aber sie war ungenügend; das Reichsamt des Innern hatte beabsichtigt, für die Thomaschlacken-Industrie den Achtstundentag einzuführen, aber das Unternehmertum legte den zehn Stunden tag durch. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 10 Jahre später, im Jahre 1909, wurde für die Thomaschlacken-Industrie zwar das Schichtsystem von 16 auf 15 Jahre hinaufgesetzt, aber der zehn Stunden tag ist geblieben. Jetzt ist eine neue Verordnung gekommen, die, wenn man sich durch das Amtsdeutsch hindurchzwängt, sich damit zu begnügen scheint, feste Säcke vorzuschreiben. Das ist ja ganz nützlich, aber das genügt doch nicht. Wie der Gewerbeinspektorenbericht Erier beweist, ist in der Thomaschlackenindustrie ein sehr hoher Prozentsatz von Arbeitern krank, obgleich ein jährlicher Wechsel von 500 Proz. Reichthum, so daß viele Arbeiter wohl erst in der nachfolgenden Stellung krank werden. Dabei ist das jetzige Verfahren, daß das Thomaschlackenmehl unter einem Dampfdruck von 12 Atmosphären hergestellt wird, ohne gemahlen zu werden. Der Düsseldorf Gewerbeinspektorenbericht begrüßt das neue Verfahren mit Freude, meldet dann aber 1909, daß von dem neuen Verfahren wieder Abstand genommen sei, und zwar deshalb, weil ein mächtiges Symbol, das die Thomaschlackenindustrie beherrscht, sich beim Reichsamt des Innern für das alte Verfahren eingesetzt hat. (Widerstand am Bundesratsamt.) Ich habe schon vor einiger Zeit in unserer Zeitschrift „Die neue Zeit“ darauf hingewiesen, ohne daß darauf eine Erwiderung gekommen wäre, und ich vertraue auch auf die Autorität des Professor Ratheluer und des Düsseldorf Gewerbeinspektorenberichtes. Ich will nicht länger auf Einzelheiten eingehen, aber einen Punkt muß ich noch hervorheben, das ist das abnehmende Verhalten des Bundesrats gegenüber den Beschlüssen des Reichstages. Wir haben ja da das umfangreiche Heft bekommen, in dem die Beschlüsse des Bundesrats zu den Beschlüssen des Reichstages abgedruckt sind, aber aus allen denen heraus hört man nur das lächerliche „Rein!“, z. B. hören wir aus der Zelluloseindustrie alle Augenblicke von schrecklichen Unfällen. Der Reichstag hat eine Resolution angenommen, Schutzmaßnahmen für das Deutsche Reich zu treffen, der Bundesrat aber erklärt, das müsse man den Einzelstaaten überlassen. Aber in der Mehrzahl der Einzelstaaten haben die Arbeiter „nir to sagen“, dafür sorgt das Wahlrecht. Das Reich soll zu weitläufig sein, aber ist Oesterreich nicht auch ein großes Gebiet mit verschiedenartigen Gegenden. Warum geht denn da die einseitige Regelung für die Zelluloseindustrie? Und so ist es auf allen Gebieten. In dem verdienstvollen Buch, das der Deutsche Metallarbeiter-Verband herausgegeben hat, werden z. B. für die Metallschleiferen Schutzmaßnahmen vorgeschlagen. Der Reichstag hat sich für solche ausgesprochen. Der Bundesrat weiß auch dieses Gebiet an die Bundesstaaten. Am 17. März 1910 hat der Reichstag Arbeiter zur Baukontrolle herangezogen; der Bundesrat leistet ihm keine Folge. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und ebenso liegt es auf allen anderen Gebieten, z. B. betreffend das Reichswohnungsgesetz, das Koalitionsrecht der Landarbeiter, bei allen möglichen Dingen, die schon längst spruchreif sind! Wenn da nichts zustande kommt, so liegt es daran, daß

der gute Wille fehlt.

Und nicht einmal die bestehenden Arbeiterschutzgesetze werden durchgeführt, weil die Gewerbeaufsicht eine mangelnde ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Seit zwei Jahrzehnten habe ich die unangenehme Aufgabe, die Rängel der Gewerbeaufsicht hervorzuheben. Gewiß ist es besser geworden, aber demgegenüber, was geschehen könnte, geschieht viel zu wenig. Von 1902 bis

1910 hat sich die Zahl der untersuchten Betriebe nur um 6 1/2 Proz. vermehrt. Immer noch werden nur 55 Betriebe von hundert untersucht, und zwar hauptsächlich Großbetriebe, denn in ihnen sind 85 Proz. der Arbeiter beschäftigt. Aber gerade die kleinen Betriebe sind am meisten Schutzbedürftig. Arbeiter werden zur Gewerbeaufsicht nicht herangezogen. Der Reichstag wünschte, sie sollten mindestens zur Baukontrolle zu gezogen werden. Aber der preussische Handelsminister Sydow erklärt im preussischen Abgeordnetenhaus, er könne das nicht gut heißen, in Bayern, wo es gelte, habe die Zahl der Unfälle zugenommen. Wenn er die Berichte der bayerischen Gewerbeinspektoren liest, wird er erkennen, woran das liegt, nämlich an der Verschleierung und der Hast, mit der in den Großbetrieben gebaut wird. In Württemberg sind seit 1903 Arbeiter aller politischen Richtungen zur Gewerbeaufsicht herangezogen, und das hat zu keiner Klage seitens der Regierung und der Unternehmer geführt. In Bayern sind seit 1896 Assistenten und Assistentinnen aus dem Arbeiterstande angestellt, in Hessen seit 1907. Selbst das reaktionäre Sachsen hat vor 14 Tagen beschlossen, drei Arbeiter versuchsweise zur Gewerbeaufsicht zuzuziehen. Nur in Preußen tut man das nicht. Genau wie heute mit den Arbeitern, das man es selber mit den Frauen gemacht. Aber die Welt ist nicht untergegangen dadurch, daß Frauen zur Gewerbeaufsicht herangezogen sind. Jetzt wo die Heimarbeiter hinzukommen, müßte ihre Zahl noch vermehrt werden. Wiederholt haben wir auch verlangt, Ärzte zur Gewerbeaufsicht heranzuziehen. In Bayern, in Baden, in Württemberg geschieht es, nur in Preußen bleibt es beim alten, da erklärt der Staatssekretär, es könnten Kompetenzkonflikte zwischen den Ärzten und den Gewerbeaufsichtsbeamten entstehen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber auch die Gerichte versagen. Trotz der Mundperre, die ihnen auferlegt ist, finden sich auch in Preußen immer wieder Beamte, die mützig genug sind, ihre Pflicht zu erfüllen. Aber von den Gerichten werden sie im Stich gelassen. So klagt der Gewerbebeamte in Lier darüber, daß die Unternehmer sich lieber in bewährter Weise der niedrigen Bestrafung ansetzen, als den gesetzlichen Bedingungen unterwerfen. (Hört! hört! bei den Soz.) Die wiederholten Rückschlüsse lassen darauf schließen, daß die Geldstrafen sehr niedrig sind. Der Gewerbebeamte in Gumbinnen klagt auch über niedrige Strafen und sagt, häufig werden die Rückfälle milder bestraft als der erste Fall. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz ist an sich mangelhaft, mangelhaft wird es durchgeführt wegen der mangelhaften Kräfte, und wie soll es durchgeführt werden, wenn auch die Gerichte versagen. Hier kann nur die öffentliche Meinung wirken. Aber solange die Gewerbeaufsicht Sache der Einzelstaaten ist und dort

Gewerbeaufsicht regieren,

ist wenig zu hoffen und viel zu fürchten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Vorschläge, die wir wieder in reicher Menge unterbreiten, stützen auf den vorliegenden wirtschaftlichen Verhältnissen, sie helfen der Arbeiterklasse, und würden damit für das Wohlbefinden der Nation von Segen sein. Wir betrachten nach wie vor als wichtigste nationale Aufgabe den Schutz der großen industriellen Volksschicht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sagte im Wahlkampf, wir brauchen einen Reichstag, der bereit ist, friedlich die Sozialpolitik mit Ruhe und Besonnenheit fortzuführen. Nun wohl, wir schlagen ruhige und besonnene Maßnahmen vor, die manchem vielleicht zu weit gehen, aber unsere Aufgabe ist es nicht, hinterher zu laufen, sondern ihnen den Weg zu weisen, zum Wohle der Arbeiterklasse und des Volkes. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mayer-Kaufmann (B.): Ich will mich auf wirtschaftliche Fragen beschränken, die sozialpolitischen und die Mittelstandsfragen werden andere Redner meiner Fraktion behandeln. Der deutsche Ausfuhrhandel weist im Jahre 1911 Rekordzahlen auf. Von 1891 bis 1910 stieg der deutsche Export von 8 auf 8 Milliarden, der englische von 5 auf 9,2 Milliarden. Geht es in gleichem Tempo weiter, so haben wir in 10 Jahren diesen Hauptkonkurrenten Deutschlands eingeholt. Das Schlussresultat der deutschen Volkswirtschaft ergibt sich nicht in der sogenannten Handelsbilanz, sondern in der sogenannten Zahlungsbilanz, die freilich nicht ganz genau festzustellen ist. Immerhin ist sicher, daß sie seit 1909 aus dem passiven Zustand sich herausgearbeitet hat und auch 1911 aktiv geblieben ist.

Auch im Innern hat Deutschland im Jahre 1911 einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt; die Industrie hatte lohnende Beschäftigung und die Löhne haben immer noch steigende Tendenz. Freilich lastet auf unserer Industrie die Unübersicht der Erneuerung der großen Industrieverbände. Der Anschlag Preußens auf das rheinisch-westfälische Kohlenprodukt ist eine so wichtige Erscheinung, daß der Deutsche Reichstag nicht daran vorbeigehen kann. Die Erhöhung der rheinisch-westfälischen Kohlenpreise wird Schule machen, und das belastet die deutsche Volkswirtschaft mit etwa 75 Millionen Mark. Das wirkt wie eine starke Konsumsteuer, die am grünen Tisch gemacht ist, ohne das Parlament, aber mit Anschlag der preussischen Regierung. Das ist keineswegs eine innere preussische Angelegenheit, denn die Belastung trifft das ganze deutsche Volk. Die Preiserhöhung suchte man schamhaft zu machen mit einer Erhöhung der Löhne der Arbeiter. Wir haben nichts gegen solche Lohnerbhöhungen, aber sie stehen sicher nicht im Verhältnis zu den Preissteigerungen. Das Kohlenprodukt hätte ohne den Anschlag des preussischen Fiskus die Preise nicht in der Weise zu erhöhen gewagt. Wozu die Stellung des Reichstages gegen das Kohlenprodukt, wenn der preussische Fiskus sich ihm anstellt und ihm eine solche Preissteigerung ermöglicht. Anteilnahme des Fiskus an Kartellen und Syndikaten ist unzulässig, um im Interesse der Allgemeinheit der Monopolstellung entgegenzutreten, aber nicht, um die Monopolstellung zu stärken. Diese Rückschlüsse zeigen, wie notwendig ein Kartellgesetz

ist, das nachdrücklich zu fordern wir nicht aufhören werden. (Zustimmung im Zentrum.)

Dem von national-liberaler Seite ausgesprochenen Wunsch nach einem Petroleummonopol muß ich entschieden widersprechen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ein solches Monopol würde sich gegen die Verbraucher richten und den Mittelstand schwer belasten.

Die Verhältnisse der Syndikate hängen aber nicht mit dem Wesen unserer Wirtschaftspolitik zusammen und können, auch das erfreuliche Bild unseres Wirtschaftslebens nicht verwischen. Dieses erfreuliche Bild zeigt sich auch in den gesteigerten Einnahmen des Reichs. In der Ordnung unseres Wirtschaftslebens, in dem gesteigerten Fleischkonsum, der in 30 Jahren sich pro Kopf verdoppelt hat und im Jahre 1911 wieder zugenommen hat. Das illustriert deutlich, daß wir in Deutschland vorwärts gekommen sind, nicht rückwärts, wie der Redner meinte. Die deutsche Landwirtschaft verbleibt unsere kolossal gesteigerte Bevölkerung mit Fleisch und Vieh in absehbarer Zeit auch völlig mit Getreide versehen. Und wie sieht es mit den Arbeiterlöhnen aus? Der Schwitzlohn der rheinisch-westfälischen Arbeiter ist in den letzten 25 Jahren um das Doppelte gestiegen, der Geldwert ist doch höchstens um 7 Prozent gefallen, und auch die Feuerung macht diese Lohnsteigerung nicht weh. Ich gönne dem Arbeiter die Lohnsteigerung, und die Löhne sollen noch weiter steigen; aber solche Übertreibungen wie die des Rednermeisters, als ob die Löhne überhaupt nicht gestiegen sind, schaden nur dem Arbeiter. (Zustimmung im Zentrum, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wir vertreten die Sozialpolitik im Interesse der Produzenten. Sie wollen nur die Interessen der Konsumenten vertreten. Unsere Wirtschaftspolitik schafft Arbeit und Arbeitsgelegenheit und ist erst die Voraussetzung einer Sozialpolitik. (Leb. Zus. im Z. Widerspruch links.) Vergessen Sie doch nicht, daß auch jeder Konsument, jeder Arbeiter und Handwerker, zugleich Produzent ist.

Der Abg. Gothein meinte, sie hätten mit unserer Politik, die auch den Bauern schade, den Dr. Heim aus unserer Fraktion hinausgeworfen. Dr. Heim selbst erklärte schon lange vorher, daß die Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand ihn gezwungen habe, seine politische Tätigkeit aufzugeben, die ihm gerade durch die Freunde des Herrn Gothein so sehr erschwert werde. (Seiterkeit im Zentrum.)

Herr Gothein meinte, dem Handwerk zur besseren Ausbildung not. Im Handwerk glauben viele, daß es nur dann besser werden kann, wenn das, was die schrankenlose Gewerbefreiheit eingeführt hat, in modernen Formen wieder aufgebaut wird. Als vornehmste Aufgabe dieses Reichstages betrachten wir die Vorbereitung der neuen Handelsverträge; damit kann gar nicht früh genug begonnen werden. Wir verlangen daher eine genaue amtliche Produktionsstatistik, sowohl für Deutschland wie für das Ausland. Wir müssen auch verlangen, daß die Regierungen danach streben, daß auch das Ausland die gleichen sozialen Lasten auf sich nimmt wie wir, weil sonst die Fortführung unserer Sozialpolitik bedroht erscheint. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Abg. Pauck-Hagenow (L.): Die Frage der Abgrenzung zwischen Fabrik- und Handwerksbetrieb harret immer noch der Erledigung. Das Kohlenprodukt setzt wälfürliche Preise fest, aber dem Handwerk verbietet man das durch § 100q der Gewerbeordnung. Die Vorschläge, die der Hansabund zur Regelung des Submissionswesens gemacht hat, sind unbrauchbar, brauchbar aber sind die Vorschläge des Mittelstandsbundes. Gesetzliche Maßnahmen sind nicht nötig, das Genügende kann auf diesem Gebiete auf dem Verwaltungswege geschehen, die Regierungen brauchen nur den guten Willen zu haben. Bei der Vergebung von Lieferungen seitens der Heeres- und Marineverwaltung sollten die Handwerkerergoffensschaften mehr wie bisher berücksichtigt werden.

Große Schädigungen verüben die Behörden dadurch, daß sie immer den Willkürigen die Lieferungen übertragen, denn das sind vielfach Leute, die dicht vor dem Bankrott stehen. Damit untergraben sie die Existenz des realen Handwerkes. Dem Redner stimme ich darin zu, daß sehr wichtig eine gute Vorbereitung des Handwerkes ist. Darum sind wir mit der Aenderung des Fortbildung- und Hochschulwesens durchaus einverstanden. Nur dürfen diese Schulen nicht mit so unangenehm Dingen besetzt werden wie mit dem Unterricht in Bürgerkunde. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es genügt der Unterricht im Rechnen, Lesen und Schreiben. Belehrung über die Verfassung des Deutschen Reiches aber ist ganz unangenehm für das Fortkommen der Handwerker. (Widerspruch bei den Soz. Zuruf: Religion auch!) Religion auch, darin stimme ich mit Ihnen ganz überein. (Zuruf bei den Soz.: Aber Ihre Freunde im Landtag!) Das ist deren Sache, Sie wissen, wie ich dazu stehe. Schwer geschädigt wird der Mittelstand auch durch die Genossenschaften. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wund der Landwirtschaft!) Das ist ganz etwas anderes, wenn Genossenschaften sich bilden, um die Produktion zu fördern. Ich wende mich gegen Genossenschaften, die den Detailhandel an sich reißen. Diese Konsumvereine müssen ebenso bestraft und der Gewerbebehörde unterworfen werden, wie jedes andere Gewerbe. Tarifverträge haben nur einen Wert, wenn sie auf längere Zeit abgeschlossen werden, weil bei jedem Ablauf eines Tarifs neue Lohnforderungen gestellt werden. Anstelle der sogenannten „paritätischen“ Arbeitsnachweise, in denen der Einfluß der Genossenschaften überwiegt, sollten kommunale Arbeitsnachweise errichtet werden. Der zweite Teil des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen sollte endlich eingeführt werden; man darf damit nicht so lange warten, bis der Wasserschwindel irgendwie epidemisch auftritt. Nun kurz noch zur Sozialpolitik. Wir sehen in der Reichsversicherungsordnung im Gegensatz zum Abgeordneten Barm einen Fortschritt von großer Tragweite. (Sehr richtig! rechts.) Durch Ubertreibung der Löhne der Sozialpolitik wird die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt und dadurch die deutschen Arbeiter selbst geschädigt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen eine Fortbildung der Sozialpolitik, aber die Löhne dafür mögen auf die Gesamtschultern der Bevölkerung besser verteilt werden. Die Gewerbetreibenden können eine weitere Belastung nicht tragen. In der Wirtschaftspolitik stehen wir auf dem Boden des Schutzes der heimischen Arbeit. (Zuruf links: Wir auch!) — (Seiterkeit.) Das wollen wir erst mal abwarten. (Seiterkeit.) Unserer Wirtschaftspolitik verdanken Sie unsere günstige wirtschaftliche Entwicklung. (Große Seiterkeit links.) Vor allem muß jetzt der Mittelstand geschützt werden, der Worte sind genug gewechselt, wir wollen endlich Taten sehen. (Seiterkeit links, Bravo! rechts.)

Abg. Morawski (Bole, auf der Tribüne fast unverständlich) beantwortet eine Reihe Anträge seiner Freunde zur Mittelstandspolitik.

Abg. Graf Joschowsky: Die innere Politik des Reiches ist vielfachen Angriffen ausgesetzt gewesen, während der Wahlen, in der Presse und auch in diesem Reichstag. Das Ausland beurteilt unsere innere Politik ganz anders, es beneidet uns um unsere innere Entwicklung. Die beste innere Politik ist die, die jedem vollen Freiheit der Verdienste gibt. (Sehr richtig!) Wenn unsere inneren Zustände so schlecht wären, wie sie vielfach hingestellt werden, würde ich es nicht für human halten, daß man, wie es beim Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz alle Parteien wollten, Ausländern es erleichtert, Deutsche zu werden. (Seiterkeit.) Das Publikum kennt die Regierung nur aus den Zeitungen. Deshalb hat ein Beamter die Pflicht, das Publikum über die tatsächlichen Zustände und über die Absichten der Regierung aufzuklären. (Zustimmung rechts.) Dabei muß der Beamte aber alle Erinnerung an den alten Polizeistaat abstreifen und sich immer bewußt sein, ausführendes Organ im öffentlichen Interesse zu sein. Er muß auch alle Gesetze nach ihrem Buchstaben und Geist auslegen. Das ist beim Reichsvereinsgesetz nicht immer geschehen. Das hat viel Bitterkeit erzeugt, und zwar ohne einen politischen Erfolg. (Lebhaftes Zustimmung links, Abg. Gothein (Sp.): Au. politischem Misserfolg.) Nur Zustimmung hat auch beigetragen die Steuerpolitik, nicht die einzelnen Steuern, die sehr zu Unrecht angegriffen sind; aber man ist an die Bevölkerung zu oft mit Steuerforderungen heranzetretten, und das bietet für einen gewissenlosen Agitator stets ein dankbares Feld. (Zustimmung rechts.) Es wird deshalb die Aufgabe des Reichstages sein, bei der Aufstellung des Etats so sparsam wie irgend möglich zu sein, um neue Steuererfordernisse auch für die Verstärkung der Wehrkraft solange wie möglich zu vermeiden. Zu begründen ist die Einsetzung von 4 Millionen zum Bau von Wohnungen und Arbeiterwohnungen. Die wichtigste Aufgabe der Sozialpolitik ist jetzt eine umfassende Wohnungsreform. Dazu gehört eine Ergänzung der Bestimmungen des B. G. W. über das Erbbaurecht, damit die Städte große Landereien erwerben und auf ihnen den Bau gesunder kleiner Wohnungen fördern können. — Ich habe vor kurzem in einer sozialdemokratischen Zeitung gelesen, mir fehle jede Kenntnis der sozialdemokratischen Literatur. (Sehr richtig! und Seiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nein, meine Herren, auf dies dünne Eis trete ich nicht mit Ihnen, meine Ansicht zu korrigieren nach den sehr wesentlich auseinandergehenden Ansichten der Herren Ihrer Partei, die in der Presse ihre Ansichten entwickeln. Sie haben ja einen rechten und einen linken Flügel und die Ansichten über die künftige Gestaltung Ihres Staates gehen ganz wesentlich auseinander. Ich halte mich an Ihr Erfurter Programm, auf dem Sie heute noch stehen, und das sagt mit Ihren Worten, das Privatigentum muß abgeschafft werden. (Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Es will an Stelle des Privatigentums das Kollektivigentum stehen und ab Sie dem Bauer sagen: Kollektivigentum oder Staatsigentum ist ihm ganz egal. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Sie, wie mir auch aus einzelnen Äußerungen des Abg. Barm hervorgeht, sehen, das Erfurter

Programm für überlebt halten, so haben Sie den Mut, das auch den Massen zu sagen.

Abg. Barm hat heute gesagt, er stünde auf dem Standpunkt der geschichtlichen Entwicklung. Das ist mir neu. Wässer sollte die Sozialdemokratie einen Strich unter den gegenwärtigen Staat machen und ihren Zukunftsstaat aufrichten. Auch die Verelendungstheorie hat der Abg. Barm preisgegeben. Dann sprach er von der Proletarisation der Massen. In welchem Staat ist denn nicht das Proletariat die große Masse der Bevölkerung? Die Proletarisation der Masse ist eine Folge der modernen Industrie. Diese ist eine Folge der modernen motorischen Kräfte. Will die Sozialdemokratie diese abschaffen? (Lebhaftes Seiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Sie nennen den Arbeiter ein Anhängsel der Maschine. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Geht! Wenn Sie sich aber mit der Entwicklung abfinden wollen und wenn Sie zugestehen, daß die motorischen Kräfte die Grundlage der ganzen Industrie sind, so muß man natürlich auch die Folge davon hinnehmen. Man muß die Arbeit soviel als möglich durch die Maschine ersetzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Maschine hat die Arbeit gesünder und reiner gestaltet, aber auch einfacher und mechanischer. Zugleich ist durch die modernen Schulen und Fortbildungsschulen die geistige Bildung des Arbeiters gestiegen. Die Folge dieses Gegensatzes ist, daß der Arbeiter sich geistig fortgehoben hat, die ihm am nächsten liegen, mit seinen Lohnverhältnissen, seiner Stellung in der Gesellschaft und mit öffentlichen Angelegenheiten. Nur durch diesen Gegensatz kann man die Arbeiterbewegung erkennen und psychologisch beurteilen, und die Sozialdemokratie müßte das Denken des Arbeiters in eine Richtung führen, die überhaupt mit einem bestehenden Staat vereinbar ist. (Sehr richtig! rechts.) Das meinte ich, als ich kürzlich sagte, Ihre Entwicklung wird mit der Zeit in andere Bahnen übergehen. Sind denn alle in Großbetrieben Beschäftigte, der ganze neue Mittelstand, Proletariat? Dann wären auch die meisten Reichs- und Staatsbeamten Proletariat. Die Frage des Mittelstandes ist auch eine des Bauernstandes. Seine Erhaltung und seine Vermehrung in allen Teilen Deutschlands ist eine der wichtigsten politischen Fragen. (Sehr richtig! rechts.) Ich halte es für das schwerste Unrecht, daß fortgesetzt der Großgrundbesitz, um seine Latifundien zu vermehren, Bauern aufkauft. (Lebhaftes sehr richtig! links.) Ja, daß man ganze halbe Dörfer zu diesem Zwecke aufkauft, halte ich für eine schwere politische Verübung, und wer das tut, soll nicht öffentlich behaupten, er sein ein Freund des Mittelstandes. (Lebhaftes sehr richtig! links.) Daß die Löhner des Mittelstandes in das Erwerbleben eintreten, ist ganz in der Ordnung.

Im Wahlkampf spielte die Verabsicherung der Altersrente vom 70. auf das 65. Jahr eine Rolle. Die Zahl der Invalidenrentner ist bedeutend größer wie die der Altersrentner, und wer mir 65 Jahren noch arbeitsfähig ist, der braucht noch keine Rente. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bismarck hat einmal gesagt, die besten Pferde sterben in den Ställen.

Ich will dann etwas sagen, was sehr unpopulär ist. Die Gehälter der Beamten sind in letzter Zeit wiederholt erhöht worden und trotzdem herrscht eine Unruhe in den unteren Beamtenkreisen, die für das Staatsgefüge gefährlich ist. Es muß einmal Halt gemacht werden mit den Gehaltserhöhungen der Beamten, der andauernde Sturm von Petitionen muß einmal aufhören. — Man hat in letzter Zeit vielfach einen Angriff auf das allgemeine Wahlrecht befürchtet und hat sich dabei auch auf den Fürsten Bismarck berufen. Wir ist keine amtliche Handlung des Fürsten Bismarck bekannt geworden, die auch nur eine Vorbereitung dazu darstellte, das allgemeine Wahlrecht zu beschränken. Die Gegnerschaft richtet sich auch mehr gegen die Fortschritt der Verfassung, wonach auf je hunderttausend Seelen ein Abgeordneter gewählt werden soll. Die arithmetische Durchführung dieses Paragraphen würde ich für eine schreiende Ungerechtigkeit halten, denn sie würde zur schwersten Benachteiligung weiter Volksteile in ländlichen Gegenden führen. Man muß den Mut haben, das offen auszusprechen. (Bravo! rechts.) — In der letzten Session ist die eckelsohrtinische Verfassung angenommen worden. Ruß hat kürzlich der Landtag den Allerhöchsten Gnadenpensionsfonds gestrichen. (Hört! hört! rechts.) Ich halte das für einen politischen Mißgriff, wie ich es für einen politischen Mißgriff halte, daß die Sozialdemokraten hier jedes Jahr gegen den Etat stimmen. (Lachen bei den Sozialdemokraten, Abg. Debbow: Gehen Sie mal nach England und erzählen Sie das dort den Leuten!) In England liegen die Verhältnisse ganz anders. Die Entwicklung in Elsaß-Lothringen zeigt jedenfalls kein erfreuliches Bild. (Zuruf rechts: Das war vorausgesehen!) Ich habe es auch vorausgesehen und habe drei Artikel in dieser Frage veröffentlicht, aber es hat alles nichts genutzt. (Seiterkeit links.) Ich habe den Eindruck, daß man glaubt, sich dort auf Kräfte stützen zu können, deren Bekämpfung hier im Reich man für eine staatsbürgerliche Pflicht hält. Das halte ich für einen großen politischen Fehler, der aber vielleicht mit der ganzen inneren Entstehung dieses Gesetzes zusammenhängt.

Es zeigt sich bei uns jetzt ein reges politisches und geistiges Leben. Aber die Hauptsache ist, daß es dazu beiträgt, unser Volk immer mehr politisch reif zu machen. Es ist Aufgabe des Volkes und auch des Reichstages, einen Ausgleich zu finden zwischen den Notwendigkeiten des Staates, den Staatsbürgerpflichten jedes Deutschen und dem auf zu erweiterter politischer Freiheit. Diese politische Freiheit wird ein Volk nur verständig verwenden, das auch politisch reif ist und ein richtiges Urteil über die Staatsmöglichkeiten hat in einem Staate, der eine achtunggebietende Stellung in der Welt einnehmen soll. (Vereingelltes Bravo!)

Die Weiterberatung wird verlagert auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages

Am Mittwoch ihre Arbeiten auf mit der Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern und zwar bei den Einnahmen aus den Kassenabgaben, die mit 5670 000 M. abzüglich 2 Proz., die an die Bundesstaaten von der genannten Summe zu zahlen sind, in den Etat eingestellt worden sind. Unterstaatssekretär Richter gab eine Schilderung über die Situation im Kaliberbau und über die bisherigen Erfahrungen, die mit dem Kaliber gemacht worden sind. Der vom Reichstage geforderten Denkschrift über den Kaliberbau haben sich solche Schwierigkeiten entgegengestellt, daß sie noch nicht angefertigt werden konnte. Gegen den Verteilungsmodus, wie er von der amtlichen Verteilungsstelle angewendet worden ist, ist von einer großen Anzahl Werke Einspruch erhoben worden. Je mehr neue Werke errichtet werden, desto größer werden die Schwierigkeiten sich gestalten.

Abg. Gothein besprach eingehend die ganze Kaliberfrage und kritisierte insbesondere die Rabatte, die einzelnen großen agrarischen Genossenschaften wesentliche Mittel liefern, um ihre politischen Geschäfte betreiben zu können. So trägt der Bund der Landwirte einen großen Teil seiner Agitationskosten mit Hilfe der Propagandagelder, die wiederum um 750 000 M. erhöht werden sollen.

Unterstaatssekretär Richter teilte mit, daß 2108 000 M. Anforderungen an Propagandageldern vorhanden wären, daß aber eine halbe Million davon gestrichen worden ist. Er müsse es energisch betreiben, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften die Propagandagelder zur politischen Agitation verwenden, denn es müsse ein Verteilungsmodus eingegriffen werden.

Abg. Sachs kritisierte es lebhaft, daß die Denkschrift noch nicht erschienen ist, sie konnte angefertigt werden. Die Kaliber

der Regierung sei nicht stichhaltig. Die Arbeiter sind bis zur Stunde dadurch erheblich geschädigt, denn sie können die Schutzbestimmungen, die ihnen das Gesetz bietet, gar nicht zur Anwendung bringen. Die Werke haben steigend Uebererschüsse gemacht, und trotzdem Lohnreduzierungen eintreten lassen. Die Werke tauschen auch die ihnen zugewiesenen Quoten miteinander aus, den Arbeitern fehlt aber jede Kontrolle, ob sie Ansprüche auf Lohnersatz haben, wenn sie durch den Quotenausgleich arbeitslos werden. Die gesetzlichen Vorschriften, die Tarifverträge vorsehen, werden nicht innegehalten. Wenn der Bundesrat nicht durch scharfe Bestimmungen dagegen einschreitet, müssen genaue gesetzliche Vorschriften geschaffen werden.

Die Abg. Erzberger und Behrens beantragen Vorlegung einer Denkschrift über Durchschnittslöhne und Durchschnittsarbeitszeit, sowie der Kommission den Vortragsentwurf auf Grund des Kaligesezes abgeschlossenen Tarifverträge zugänglich zu machen. Zu der Resolution Erzberger ist von den Sozialdemokraten ein Amendement eingebracht worden, daß nach § 19 des Kaligesezes alle Quotenübertragungen auf den Werken vierzehn Tage lang öffentlich angeschlagen und der Bergbehörde angezeigt werden müssen. Der § 19 sieht nämlich erst dann eine Anzeige der Quotenübertragung vor, wenn von den Werken die Hälfte der zugewiesenen Quoten verläuft wird. Es soll aber jede Quotenübertragung bekanntgegeben werden, damit die Arbeiter in jedem Falle ihre Entschädigungsansprüche geltend machen könnten. Abg. Müller-Fulda beantragte, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Abgaben auf Kali ausschließlich der Reichskasse zufließen. Abg. Gothein beantragt, den § 17 des Kaligesezes so zu fassen, daß jeder Kalimwerksbesitzer 15 Pf. pro Doppelzentner zu entrichten hat. Aus den Einnahmen sind dann die Ausgaben zu decken, die dem Reiche aus der Ausführung des Kaligesezes entstehen. Die Beratung wird Donnerstag fortgesetzt.

Der brandenburgische Provinziallandtag

erklärte in seiner Sitzung vom Mittwoch sämtliche 147 Mandate für gültig. Wegen die Eingemeindung von Voghagen-Kummersburg in den Stadtkreis Lichtenberg hat der Landtag nichts einzuwenden. Dann wurde der Bericht der Kommission für die Landesversicherungsanstalt Brandenburg über das Verwaltungsjahr 1910 entgegengenommen. In dem Bericht wird hervorgehoben, daß eine stärkere Kontrolle ausgeübt werden müsse in den Kreisen der Wäscherinnen, Näherinnen usw. Ueberhaupt sei bei unabhängigen Arbeitern und Arbeiterinnen vielfach die Kenntnis von dem Bestehen der gesetzlichen Einrichtungen noch gar nicht vorhanden. Die 19 Kontrolleure haben im Berichtsjahre von 256 000 kontrollierten Karten nicht weniger als 87 000 Beanstandungen müssen. Daburh ist der Anfall eine Mehrerinnahme von 116 000 M. zugeführt worden.

Genosse Rollendörfer brachte diverse Wünsche hinsichtlich des Heilverfahrens vor. — Der Abg. Dominikus, Oberbürgermeister von Schöneberg, regte an, die Leitung der Anstalt solle doch mit Arbeitsnachweisen in Verbindung treten, um die nach durchgeführtem Heilverfahren Entlassenen leichter wieder in Arbeit zu bringen. In Straßburg sei eine solche Einrichtung vor drei Jahren ins Leben getreten und arbeite sowohl mit großem materiellen wie auch moralischen Erfolge. Der Vorsitzende der Anstalt, Geheimrat Meyer, führte aus, daß auch die Anstalt Brandenburg mit Unternehmern so viel wie möglich in Verbindung zu treten versuche, um Entlassenen Arbeit zu verschaffen. Der von Dominikus gegebenen Anregung solle auch gefolgt werden, doch beschränkte er, daß der § 25 der Reichsversicherungsordnung, wonach die Mittel der Versicherungsträger nur für die gesetzlich vorgeschriebenen und zulässigen Zwecke verwendet werden dürfen, einer solchen Einrichtung möglicherweise im Wege stehen werde.

Aus der Partei.

Vom württembergischen Parteifreie.

Der unerquidliche Parteihaber, der in den Reihen unserer württembergischen Genossen ein gedeihliches Zusammenarbeiten so sehr erwünscht, veranlaßt den Landesvorstand der Sozialdemokratie Württembergs, in der „Schwäbischen Tagwacht“ von neuem zum Frieden zu mahnen. Der Vorstand erinnert an seine frühere Aufforderung zum Frieden und sagt dann:

Inzwischen wird in Württemberg ein neuer Parteifreie inszeniert. In einer, in Parteikreisen bisher nicht üblichen Weise wird in der „Freien Volkszeitung“ die Berichterstattung einzelner Abgeordneter aus den Ausschußverhandlungen der Abgeordneten-Kammer an ein völlig neutrales Korrespondenzbureau, das von sämtlichen Parteiblättern (von der „Schwäb. Tagwacht“ schon seit circa zwanzig Jahren) benützt wird, herangezogen, lediglich zu dem Zwecke, Parteigenossen, insbesondere den Genossen Keil, vor der Öffentlichkeit herabzusetzen und zu beleidigen. Diese Angriffe sind das direkte Gegenteil von dem, was der Landesvorstand von der Parteipresse forderte. In gleicher Weise sind noch weitere gegenseitige Angriffe und Herabsetzungen zu verzeichnen. Der Landesvorstand sieht sich darum aufs neue veranlaßt, die Parteigenossen und ins-

Besondere die Redaktionen der Parteipresse auf seine Erklärung vom 8. d. M. zu verweisen. Er hat in seiner Sitzung vom 26. d. M. beschlossen, bei Fortsetzung derartigen Parteipolemik, die nur zum Schanden der Partei wirken kann, gegen jeden daran beteiligten Parteigenossen die im Statut der Partei gegebenen Maßnahmen zur Anwendung zu bringen.

Die „Freie Presse“ in Göttingen hatte sich nicht mit Anrecht dagegen gewandt, daß ein Genosse Mitarbeiter eines bürgerlichen Korrespondenzbureaus sei. Bekannt geworden war diese Mitarbeit durch die häßliche Bemerkung eines bürgerlichen Blattes, das von der „Schwäbischen Tagwacht“ wegen eines, gleichfalls von einem bürgerlichen Korrespondenzbureau vermittelten Artikels des Genossen Verstein angegriffen war. Auf die scharfe Kritik der Göttinger „Freien Volkszeitung“ brachte die „Schwäbische Tagwacht“ die Mitteilung, daß Genosse Keil einem „neutralen“ bürgerlichen Korrespondenzbureau „auf Wunsch“ Beschlüsse parlamentarischer Kommissionen „geliefert“ habe. Das Göttinger Parteiblatt stellt aber fest, daß es sich um Anfertigung ganzer Verhandlungsberichte gegen Honorar gehandelt habe.

So wenig wir uns in allen Punkten mit der Form der Kritik der Göttinger „Freien Volkszeitung“ einverstanden erklären können, so sehr müssen wir ihr sachlich recht geben. Es ist nicht zulässig, daß Parteigenossen über politische Fragen — und auch parlamentarische Kommissionsberichte gehören hierzu — direkt oder indirekt für bürgerliche Blätter schreiben. Die Anschauungen unserer Partei kommen dabei immer auf die eine oder andere Weise zu kurz.

Die Krise in der italienischen Partei.

Rom, 28. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Parteivorstand beschloß wegen der Spaltung der Fraktion einen Parteitag in kürzester statutengemäßer Frist von drei Monaten einzuberufen.

Personalien. Zum Parteisekretär für Niederschlesien ist Genosse Hugo Eberle, bisher Beamter des Labarbeiterverbandes und Reichstagskandidat im 6. hannoverschen Wahlkreis, gewählt worden. Das Amt des Parteisekretärs für Niederschlesien hatte bis zu seinem Tode Genosse Hermann Stolpe inne.

Im dritten weimarerischen Wahlkreis Jena-Reuscha-Weiba beschloß eine Generalversammlung, den Genossen Reusche als Parteisekretär anzustellen. Weiter wurden Schritte zur Gründung einer eigenen Presse eingeleitet. Um die Agitation besser betreiben zu können, wurde der Parteibeitrag von 30 auf 40 Pf. monatlich erhöht.

Jugendbewegung.

Die borusisch-patriotische Jugendpflege

Die segensreichen Wirkungen der vom Staat geforderten Maßnahmen können bei der Eigenart der Aufgabe naturgemäß erst nach Jahren geduldiger, unermüdlicher Arbeit voll in Erscheinung treten. Aber auch jetzt schon hat das vereinte Vorgehen von staatlichen, kommunalen und kirchlichen Behörden, von Vereinen aller Art und von Privatpersonen einen merkwürdigen Fortschritt in der Entwicklung der Jugendpflegearbeit zur Folge gehabt. Viele von den vorhandenen vaterländischen Jugendvereinigungen der verschiedenen Richtungen haben durch die ihnen gewährte Unterstützung sich weiter ausgebaut, ihre Mittel zur erzieherischen Beeinflussung der Jugend verbessert und vermehrt, ihren Wirkungskreis erweitern können. Wo ein Bedürfnis dazu vorlag, sind auch neue Vereine entstanden, die einen Teil der bisher noch nicht versorgten Jünglinge heranzuziehen suchten. Auf diese Weise ist in der kurzen Zeit vom 1. April bis 1. De-

zember 1911, also in acht Monaten, auch bezüglich der Zahl der von der Jugendpflege erfahrenen jungen Männer ein Fortschritt erreicht. In 27 Regierungsbezirken, über die das Ergebnis bis Mitte Februar festgestellt werden konnte, waren am 31. März 1911 zusammen 469 987 aus der Schule entlassene männliche Jugendliche in Pflege. Diese Zahl ist in den betreffenden 27 Bezirken in der angegebenen Zeit auf 500 489 Personen, also um 90 502, d. h. um 19 Proz. gestiegen.

Verfassungen.

Reichstag, erfülle deine Pflicht

lautele das Thema einer vom Deutschen Handlungsgehilfenverband einberufenen Versammlung, über das Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Landsberg-Wagelburg sprach. In einem großzügig angelegten und von vieler Sachkenntnis getragenen Referat zeichnete der Redner ein Bild vom jetzigen Reichstag, von seinen Aufgaben und Pflichten und vor allem mit Rücksicht auf die Forderungen der Handlungsgehilfen. — Der Vortrag wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. In der Diskussion erhob Urban Protest gegen die Bestrebungen einiger Branchenvereine, die gegen die jetzt bestehende Sonntagsruhe vorzugehen suchen. Die Buchhandlungsbranche, an deren Spitze Herr Stille stehe, sowie die Kohlenhändler täten sich hierin besonders hervor. Werden denen erst Vergünstigungen gewährt, so kommen die anderen auch und dann sei wieder alles beim alten. (Große Zustimmung.)

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die in den „Musterjahren“ tagende öffentliche Versammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands behauert, daß den Forderungen der Angestellten bisher durch die Gesetzgebung wenig Rechnung getragen wurde. Die Versammelten stellen deshalb an den hohen Reichstag folgende Forderungen:

Insbesondere:

1. Die Einführung der völligen Sonntagsruhe in dem Sinne, daß die Sonntagsarbeit für Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter vollständig verboten wird mit der Ausnahme, daß Backwaren, Milch, Fleisch, frische Blumen und Eis an zwei aufeinander folgenden Vormittagsstunden veräußert werden dürfen.

Ferner:

2. Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden; reichsrechtliche Einführung des Acht-Uhr-Ladenschlusses; Sieden-Uhr-Kontrollschluß.
3. Beseitigung und gesetzliches Verbot der Konkurrenz-Kaufel.
4. Schaffung einer Handelsinspektion nach Art der Gewerbeinspektionen unter Hinzuziehung von Angestellten.
5. Die Versammelten fordern das Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten für Gehilfen beiderlei Geschlechts im Alter von 21 Jahren, die Wählbarkeit beider Geschlechter von 25 Jahren.

Die Versammelten sind der Meinung, daß diese Forderungen das mindeste darstellen, auf dessen baldige Durchführung die Angestellten bestimmt rechnen. Sie erwarten deshalb, daß der Reichstag durch gesetzgeberische Maßnahmen beweisen wird, daß er es mit der Erfüllung dieser Wünsche der Angestellten ernst meint.

Gleichzeitig erheben die Versammelten Protest gegen den Versuch einzelner Branchenvereine, die schon ohnehin ungenügenden neuen Bestimmungen über die Sonntagsruhe in Berlin zu durchlöchern und erwarten vom Polizeipräsidenten, daß er alle dahingehenden Bestrebungen zurückweist.

Die Angestellten erneuern den Appell an das laufende Publikum, sie in ihren Bestrebungen zu unterstützen, indem sie auffordern, an Sonntagen nicht zu laufen.

Eine öffentliche Versammlung von Schiffseignern fand am Dienstag nachmittag in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße, statt. Julius Kelski hielt einen Vortrag über das Thema „Die gesetzgebenden Körperschaften der Schifferbund und die Schifferkassen als Förderer großkapitalistischer Interessen“. Der Redner besprach die Stellung der Sozialdemokratie zu den Fragen des Mittelstandes, wobei er besonders die Fragen der kleinen Schiffseigner in der Binnen-Schiffahrt berührte. Er empfahl den Versammelten, unsere Partei zu unterstützen, zum eigenen Nutzen und Nutzen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion vertrat Dr. Krüger, Mitglied des Vorstandes im „Schifferbund“, den Bund gegen die Angriffe des Referenten zu verteidigen, was ihm aber sehr schlecht gelang und dem Referenten wie anderen Rednern Gelegenheit gab, die angebliche „parteilose“ Politik des Bundes als eine Politik gegen die Sozialdemokratie zu charakterisieren. In einer Resolution erklärten sich die Versammelten mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und bereit, die sozialdemokratische Partei allein zu unterstützen.

Drei billige Pelerinen-Tage

Donnerstag ≡ Freitag ≡ Sonnabend

Loden-Pelerinen

grauer oder grünlicher Strichloden. „Imprägniert.“ Vorzüglich im Tragen. Mit abknöpfbarer Kapuze, Tragbändern, Armdurchgriffen und Taschen.

Für Herren und Damen

Längen 120 u. 125 cm

Qual. I 12.90 Qual. II 7.30

Für Knaben und Mädchen

Längen 70, 80, 90 cm

Längen 100 u. 110 cm

7.30 u. 4.35 9.80 u. 5.85

Gummi-Mäntel Echt englisch, spottbillig, Ulster-Formen . . . 12.50

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 Schöneberg, Hauptstr. 10

Loden-Hüte 1.90 u. 3.40

Die Besichtigung unserer Kleiderwerke ist unseren Kunden nach vorheriger Anmeldung gern gestattet.

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung, Mittwoch, den 28. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Sydow.

Etat für Handel und Gewerbe.

Dritter Tag.

Abg. Jellisch (L.) wendet sich gegen die Absicht der Regierung, die aus der Praxis hervorgegangenen Lehrer an Baugewerkschulen ganz durch an der Hochschule ausgebildete zu ersetzen.

Abg. Siemsa (Z.): Der Ueberstimmung des Baugewerbes infolge der Gewerbefreiheit ist der unläufigste Mietschneckenbau zu danken. Die Schule müßte den Kunstsinu entwickeln.

Abg. Dr. v. Bohna (rel.) führt gegen eine Bemerkung des Abg. Jellisch aus, daß für die einfachen ländlichen Verhältnisse die Baugewerkschulen durchaus genügen. Ihre Absolventen sind tüchtig und bauen einwandfrei. An ländliche Bauhandwerker werden doch nicht die Anforderungen gestellt wie an großstädtische!

Abg. Dieneweg (L.): Es bestehen in den Fortbildungsschulen widersprechende Bestimmungen über den Zwang, auch Lehrlinge über 18 Jahren zur Schule zu schicken. Das Oberlandesgericht Marienwerder hat vernünftigerweise entschieden, daß dieser Zwang nicht besteht. Wir wünschen eine gesetzliche Regelung. Die Schule muß auch staats-erhalten werden. Die Meisterlehre geht zurück, denn die Zeit ist stärker als der Mensch; besser wäre sie freilich, aber mit den Zeitverhältnissen muß man sich unbedingt abfinden. Der Einwand, daß der Unterricht nicht auf den Abend verlegt werden soll, weil da die Lehrlinge müde sind, stimmt nach meinen Lehrlingerfahrungen nicht. Es ist vielmehr die Verjüngung, die Widerständigkeit und Trägheit der jungen Leute und auch der Widerstand der Meister. Die Städte sind mit den Fortbildungsschulen vorangegangen, das Land kommt ja immer etwas hinten nach.

Abg. Dr. Schupp (Op.): Als alter Fortbildungsschullehrer muß ich entschieden feststellen, daß nicht Verbeugung usw., sondern Uebermüdung der Lehrlinge den Abendunterricht verbieten. (Hört! hört! und Sehr wahr! links.) Es war mittelstandsfeindlich, das Fortbildungsschulgesetz an der Forderung des Religionsunterrichts scheitern zu lassen. (Sehr wahr! links.) Die Gemeinden brauchen höhere Staatszuschüsse.

Abg. Dr. Sydow (Op.): Ein Unterricht am späten Abend ist wegen Uebermüdung der Lehrlinge ausgeschlossen. Sonst wollen wir ja den Wünschen des Handwerks bei der Unterrichtszeit entgegenkommen. Das Fortbildungsschulwesen ist viel wichtiger als alle die Fragen, die gestern und vorgestern hier besprochen wurden. (Hört! hört!) Hier kann wirkliche Mittelstandsarbeit geleistet werden. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Dr. Ginzmann (natl.) lehnt ebenfalls den Abendunterricht ab. Abg. Glattfelder (Z.): Wir stehen in der Frage des Fortbildungsschulgesetzes noch ganz auf dem gleichen Standpunkt. Von Mund zu Mund, von Herz zu Herz soll die Religion gelehrt und dabei auch die Gründe der Gegner des Boleins Gottes widerlegt werden. Ohne Religion an erster Stelle gibt es keine wirksame Erziehung zur Staatsliebe, Sittlichkeit, Standhaftigkeit und zum Rechtum. (Bravo! rechts.)

Abg. Danneberg (L.): Abg. Schupp könnte uns hier gar nicht ankreifen, wenn ihn nicht konserverbative Wähler gewählt hätten. Der durch liberale Hilfe gewählte Herr v. Tresckow (Heiterkeit links, Rufe: Kompensation!) ist viel zu nobel, die Liberalen anzugreifen. Es ist unwahr, daß an uns das Fortbildungsschulgesetz gescheitert sei. Wir waren in zweiter Lesung nur für fakultativen Religionsunterricht, mit der Einschränkung, daß die nicht teilnehmenden Lehrlinge eine Erklärung ihrer Eltern bringen. Diese Einschränkung wäre im Plenum vielleicht auch gefallen. Das Gesetz fiel, weil die Mehrheit den Kultusminister hinzuziehen wollte, was der Handelsminister bekämpfte. Ich selbst war dagegen, daß das beschlossen werde.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Die Fortbildungsschule ist auch den Arbeiterinteressen zu dienen berufen, der Minister übersteht das ganz. Wir erkennen den guten Kern der Fortbildungsschule an, wenn sie auch nur ein Notbehelf ist. Heute sollte man doch über den Abendunterricht für Lehrlinge gar nicht mehr reden. Nur ein preußischer Konserverbative kann so rückständig in der Sozialpolitik sein, ihn gar noch zu verlangen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte mal sehen, wenn Ihre Kinder tagsüber in der Dreiwöchle sind, abends noch bis 10 Uhr Schule besuchen sollten, was Sie da für Augen machen würden. Welchen Verletzungen wären diese Kinder auf den Straßen abends ausgelegt! Es ist nicht zu glauben, daß Sie das noch nicht erkennen! — Das ist ein schwerer Kampf gegen die Großindustrie stehende Handwerk fordert vergrößertes Ausbeutungsrecht gegenüber den Lehrlingen, die sollen die Folgen der kapitalistischen Entwicklung tragen! Sie behaupten, die Sozialdemokratie rümpfe das Handwerk, weil sich das Proletariat gegen vermehrte Ausbeutung wehrt. Das Handwerk steht einem Druck von oben folgend, alle sozialpolitischen Rücksichten beiseite und redet, zum Teil wenigstens, einer noch schlimmeren Ausbeutung als der großkapitalistischen das Wort. Arbeiterinteressen müssen Meisterinteressen vorangehen, die Schulzeit muß in der Arbeitszeit liegen. Die Antwort des Ministers ist im Interesse der Volksgesundheit erfreulich. — Sie natürlich wollen die Fortbildungsschule anderen Interessen dienstbar machen, die Jugend in einer ihnen nützlichen Gefinnung zu erziehen. Nach dem allgemeinen Landrecht sogar, dessen Verfasser doch auch etwas von Religion wußten, ist als Ende der religiösen Erziehung das 14. Jahr festgesetzt. Brechen Sie doch auch für diese alte preußische Tradition eine Lanze! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen die Jugend

in einen Geisteskerker einsperren,

weil Ihnen das Volk entgleitet. Darum soll die Fortbildungsschule das Volk schwächen in der Kraft, sich aus der sozialen Misere herauszuarbeiten. Das beweist am besten die Rede des Abg. Glattfelder. (Lachen im Zentrum.) Wollen Sie die ihre Pflicht tuernden Arbeiter als minderwertig bezeichnen? Ich habe Ihnen ja lehrhaft dargelegt, wie Religion und Kriminalität in Beziehung stehen. Die katholische Bevölkerung hat infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse die höchste Verbrecherzahl! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und da soll die Religion ein Anker gegen alle Verlockungen sein? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Grundfrage, die nach Ihnen die Religion dem Menschen geben soll, ist jeder Mensch, sie bilden jedes Menschen sittliche Kraft. (Rufe rechts und im Zentrum: Unglaublich!) Bei der Masse der Bevölkerung ist die Religion nur überkommene Tradition. Es ist deplaziert, jetzt Religionsphilosophie zu treiben. (Stürmische Rufe: Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Aber schuld sind Sie, die die Religion in der Fortbildungsschule haben wollen, die den Mißbrauch der Religion zu persönlichen Zwecken

wollen. (Heiterkeit.) Sie sich doch die Taten der Religiösen von Ezenothau an! (Sehr gut! b. d. Soz. — Vizepräsi. Vorisch ruft den Redner zur Sache.) Sie wollten im Vorjahr den Handelsminister unter die Kuratel des Ihnen genehmerten Kultusministers

bringen. Trotzdem der Minister meint, das seien vorjährige Angelegenheiten, so haben wir keine Ursache, dieses Kapitel Ihrer Tätigkeit in der vorigen Session vergessen zu lassen. Die reichsgesetzliche Möglichkeit verordnungsmäßiger Regelung genügt uns nicht, wir wollen gesetzliche. Der Minister hat zwar Einführung der Religion auf Umwegen abgelehnt, aber doch den Städten den Weg gezeigt, Schulen mit Religionsunterricht zu unterfüllen. Dazu sind öffentliche Gelder nicht da. Uebrigens bürgt der gesunde Sinn der Arbeiterjugend dafür, daß sie keinen Schaden von solchen Einrichtungen erleidet. (Aufstimmung bei den Sozialdemokraten.)

Die Fortbildungsschule wird heute schon politisch mißbraucht zur Bekämpfung des Proletariats. Die Leitungen versuchen, die Schüler unter Strafandrohung an der Teilnahme an der oben mißliebigen freien Jugendbewegung zu verhindern. Sie glauben es selbst nicht, daß diese Bewegung politisch sei. Ich werde demnächst nachweisen, wie unerhört die Jugendorganisation der vertriebenen Richtungen mit zweierlei Maß gemessen werden. Die Arbeiterbundes-Parole-berichter, daß die „Kuffhäuser-Korrespondenz“ wöchentlich in 2970 Exemplaren als

Unterrichtsbefehl

an die Fortbildungsschulen geschickt wird. Will die Verwaltung gegen einen solchen unerhörten Skandalösen Mißbrauch der Schulen vorgehen? Dieses Blatt ist ein auf tiefer Stufe stehendes Heftblatt gegen die Sozialdemokratie, der die Mehrheit der Eltern der Fortbildungsschüler angehört. Mit den hanebücheneren Verlogenheiten dieses Blattes werden die Lehrer scham gemacht. Wir fordern Aufklärung, inwieweit die Staatsregierung mit schuldig ist. Freilich, mit solchen lumpigen Mitteln machen Sie die Arbeiterjugend der Sache ihrer Klasse nimmer abspenstig. Dafür sorgt schon dieser Staat und diese Wirtschaftsordnung! Wir fordern, daß derartige Mißstände mit eifernem Wesen ausgekehrt werden, denn die Fortbildungsschule hat in erster Linie der Erziehung und Fachbildung des Volkes zu dienen, wie sie das in anderen Teilen Deutschlands ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Handelsminister Sydow: Die Versendung der „Kuffhäuser-Korrespondenz“ an die Schulen geschieht mit meinem Wissen und Willen. (Stürmisches Bravo! bei der Mehrheit) und ich gebe, dagegen umso weniger einzuschreiten, als sich die „Kuffhäuser-Korresp.“ in den Bahnen bewegt, die gesund und vaterländisch sind. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Schupp (Op.): Das wäre ja noch schöner, wenn ein Abgeordneter gegen die Partei nicht sprechen dürfte, deren Wähler ihn in der Stichwahl gewählt haben. Im Kreise Vielefeld-Wiederbrü haben mir die Bauern noch vor wenigen Monaten gesagt: „Voriges mal hat uns der Herr Kaplan gelobt, Sehering ist gut, den müßt Ihr wählen — warum sollen wir diesmal ihn nicht mehr wählen?“ (Heiterkeit.) Die Rechte wollte den Kultusminister mit der Verwaltung der Fortbildungsschule mitbetrauen, um nachher auf Umwegen ihn allein mit der Verwaltung zu betrauen.

Abg. Dr. Glattfelder (Z.): Unter den Verbrechern sind sehr viele Ausländer und die in Deutschland beschäftigten Ausländer sind von ihrer Religion losgelöst. (Dopol links.) Man kann nur soziale Schichten, nicht Konfessionen auf ihre Kriminalität vergleichen. In Frankreich erzeugt die religionslose Schule Verbrecher. (Zu den Sozialisten): Freuen Sie sich, daß Sie nicht den Zukunftsstaat erleben, denn der wird aus Mangel an Religion und Sittlichkeit zusammenbrechen. (Abg. Hoffmann [Soz.]: Jerschrecken Sie sich nicht unseren Kopf!)

Abg. Danneberg (L.) polemisiert nochmals gegen den Abg. Dr. Schupp, den er immer „Schupp“ anspricht. Die Linke ruft ihm immer zu: „Schupp“, worauf er sagt: Lassen Sie ihn doch beißen, wie er mag! (Stürmische Heiterkeit.) Wir, wenn wir mit liberalen Stimmen gewählt sind, greifen die Liberalen nicht an. Der rote Block arbeitet ja hier schon ganz gut! (Heiterkeit.)

Abg. Gronowski (Z.): Wenn Abg. Liebnecht behauptet, daß die Juden am wenigsten Verbrecher haben, so wäre es wohl am besten, alle Katholiken lassen sich beschneiden. (Heiterkeit.) Die Statistik umfaßt ja alle kleinen Uebertretungen und Polizeistrafen. Es fehlt nur noch, daß sie behaupten, Ezenothau liege in Preußen! Es ist tausendmal lieber, daß die „Kuffhäuser-Korrespondenz“ verteilt wird, als ein sozialdemokratisches Jugendblatt. Eine von Ihnen schamlos verhehete Jugend kam keine guten Staatsbürger stellen. In einer Schrift, die die Zentralkommission der Jugendbildungsausschüsse Rheinland-Westfalens als Weihnachtsgabe empfiehlt, sind schändliche Gedächtnis über Roabit, die Erbschaftsteuer, die Familie, die Meierbisten usw. (Der Redner verliest einige Verse unter lauten Pfuirufen der Mehrheit.) Solche Subelschriften sind ein Krebsgeschwür für unser Volk, deshalb wünschen wir, daß in der Fortbildungsschule Herz, Gemüt und Verstand gebildet werden. Wir werden diesen Kampf bis zum Zusammenbrechen führen, auch wenn uns die Sozialdemokraten so bekämpfen wie bei der Reichstagswahl. (Großer Beifall rechts und im Zentrum.)

Abg. Girsch (Soz.):

Ich werde mich zunächst mit dem letzten Redner beschäftigen, nicht seiner Bedeutung wegen (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten; Unruhe rechts und im Zentrum), sondern um zu zeigen, in welcher Weise er gegen die Sozialdemokratie kämpft. Wir sind es gewohnt, daß wenn irgendein Trampf gegen die Sozialdemokratie ausgespielt werden soll, Herr Gronowski vorgebracht wird, dessen Behauptungen aber gewöhnlich bei näherer Prüfung sich nicht als ganz objektiv richtig herausstellen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Früher haben Sie die Gewohnheit gehabt, immer nach Herrn Gronowski die Debatte zu schließen, damit niemand von uns erwidern kann, diesmal waren Sie so freundlich, mich noch zu Wort kommen zu lassen. Das Gedächtnis über die Erbschaftsteuer, das Herr Gronowski verlesen hatte, ist nicht als eine Parodie auf den bekannten Anspruch des konservativen Führers Grafen Arnim-Ruskau im Reichstags: „Der Vater wird alles verfallen haben!“ (Lärm rechts.) Wenn Herr Gronowski das ganze Gedächtnis vorgelesen hätte, würde man gesehen haben, worum es sich handelt. Es ist aber keine Kunst, aus einem herausgerissenen Satz den Sinn des Ganzen zu entstellen. (Lebhaftes Rufe der Mehrheit: Lesen Sie doch das ganze Gedächtnis vor!) — Vizepräsident Dr. Krause: Ueberlassen Sie das dem Redner, das ganze Gedächtnis gehört sicher nicht ins Haus.) Es ist möglich, daß in der Reichstagswahlbewegung Verdächtigungen gemacht wurden, aber wenn eine Partei im Verlaufe der Wahl hervorragendes geleistet hat, dann war es das Zentrum. Von unserer Seite ist noch nicht der zehnte Teil dessen gesagt worden, was täglich von Zentrumorganen über die Sozialdemokratie zusammengelogen wird. Herr Gronowski kritisiert hier den Ton der Sozialdemokratie, die die Jugend hüten wolle. Etwas Beschwämler als seine Verheerung über die vom Abg. Liebnecht zitierte Statistik war aber noch nicht da, selbst in diesem Hause nicht, noch überhaupt irgendwo. Es gehört geradezu

ein beschnittenes Gehirn

dozu, eine solche Verheerung zu tun. (Sehr wahr! links.) Wenn wirklich unser Ton verrotzt, so ist das vielleicht darauf zurückzuführen, daß unsere Genossen zu oft Neben des Herrn Gronowski lesen müssen. (Sehr gut! links.) Nun zum Handelsminister. An sich haben wir gar nichts dagegen, daß Fortbildungsschullehrer Klätter gegeben werden, aus denen sie sich politisch unterrichten können, aber das müssen unparteiische Klätter sein, nicht solche, die Lügen und Verleumdungen gegen bestimmte poli-

tische Parteien enthalten. Ich nehme an, daß der Handelsminister keine Zeit hat, die „Kuffhäuser-Korrespondenz“ eingehend zu lesen, sonst würde er sicherlich sein Einverständnis zu der Verbreitung erklärt haben. Dieses Blatt schrieb u. a. letzten, daß von den gewaltigen Summen, die die Arbeiter an Beiträgen für Partei und Gewerkschaft leisten, erhebliche Teile von den Führern in ihre eigene Tasche gesteckt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das erkennen aber als eine gemeine Verleumdung,

der nur einigermaßen die inneren Verhältnisse der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften kennt. Selbst von gegnerischer Seite ist oft anerkannt worden, daß bei uns die Arbeit für Partei und Gewerkschaft völlig selbstlos, ja selbst unter Entbehrungen verrichtet wird. Die Gehälter der Gewerkschafts- und Parteibeamten sind im Verhältnis zu der Befolgung der gleichen Arbeit in bürgerlichen Stellungen recht gering. Herr Rabardt hat erst gestern gesagt, die sozialdemokratische Partei bezahle ihre Leute schlecht: Also einmal ja, einmal so! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ist es dem Handelsminister bekannt, daß solche unwahre Behauptungen und Verdächtigungen einer Partei in dem mit seiner Genehmigung zur Bildung der Jugend auf Staatskosten verbreiteten Blatte stehen?

Der Abg. Glattfelder hat Liebnecht offenbar nicht richtig verstanden. Wenn Glattfelder verlangt, daß man nicht aus den Konfessionen, sondern nur aus der sozialen Schichtung Schlüsse auf die Zunahme oder Abnahme der Kriminalität ziehen soll, so sagt er damit nur das selbe, was Abg. Liebnecht sagt, daß nämlich für die Verbrecher in erster Linie soziale Ursachen maßgebend sind. In Frankreich gibt es ja kaum noch andere Schulen als religionslose. Was beweist also die Verheerung des Abg. Glattfelder über die Erfolge der Schulen in Frankreich. Wir halten sogar bekanntlich den Religionsunterricht in der Volksschule für nicht dahingehörig, um so weniger gehört er in die Fortbildungsschule. Wir werden also nie dafür zu gewinnen sein, daß er eingeführt wird. (Bravo! bei den Soz.) In das Duell Schupp-Hammer will ich mich nicht einmischen, sondern nur meiner Freude Ausdruck geben, daß Herr Hammer, der ja selbst nur infolge des Verhaltens der Liberalen gewählt ist, sich herausnimmt, dem Abg. Schupp verbieten zu wollen, gegen die Konserverbative zu sprechen. (Heiterkeit.)

Ein Schlussantrag wird angenommen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.) stellt in persönlicher Bemerkung fest, daß der Abg. Dieneweg, trotzdem er dies beitrete, gesagt hat, er wünsche, daß der Fortbildungsschulunterricht hinter die Arbeitszeit gesetzt werden soll. Im übrigen konstatierte ich, daß uns die Herren vom Zentrum geradezu überfallen haben mit einem Material... (Vizepräsident Dr. Krause: Das ist nicht persönlich. — Ruf aus dem Zentrum: Rufe, wenn einer überfallen wird! Große Heiterkeit. — Vizepräsident Dr. Krause: Ich bitte, mir die Leitung der Gespräche zu überlassen.) Die Zentrumeredner haben gegen uns eine ganze Menge Material gesammelt, auf das wir nicht antworten konnten. (Vizepräsident Dr. Krause macht es durch weitere Unterbrechungen dem Redner unmöglich, seine Bemerkung zu Ende zu führen, worauf dieser das Wort zur Geschäftsordnung nimmt.)

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.) (zur Geschäftsordnung): Durch den Schlussantrag bin ich verhindert worden, auf das von Herrn Gronowski vorgebrachte zu antworten. Wir mühten uns doch erst über den Inhalt des von ihm erwähnten Heftes orientieren, in dessen aber haben Sie Schluss gemacht. (Vizepräsident Dr. Krause: Es ist nur üblich, festzustellen, daß man bedauert, nicht mehr zu Worte zu kommen. Im übrigen bitte ich, den Beschluß des Hauses zu respektieren und nicht mehr auf die Sache zurückzukommen.) Ich bedauere verhindert zu sein, nachzuweisen, daß die Ausführungen des Abg. Gronowski größtenteils Unwahrhaftigkeit darstellen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Gronowski (Z.) (persönlich): Ueber den Begriff „Wahrhaftigkeit und Unwahrhaftigkeit“, „Recht und Sittlichkeit“ lehne ich es ab, mit den Sozialdemokraten zu streiten. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Der Titel wird genehmigt, es folgt der Titel über die Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen.

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Es ist behauptet worden, daß der Handelsminister mit Zug und Recht die Verbreitung des Schund- und Heftblattes „Kuffhäuser-Korrespondenz“ duldet...

Präsident Frhr. v. Erffa: Es ist jetzt nur die Rede von den Schulen in Westpreußen und Posen!

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Also ich werde nur von der Verbreitung des Heftblattes in Westpreußen und Posen sprechen. (Große Heiterkeit. — Der Präsident richtet nochmals die gleiche Mahnung an den Redner.) Ist das Ihre noblesse oblige, von Ihrer Macht dazu Gebrauch zu machen, uns die Abwehr abzujauchern? (Lärm rechts. Der Präsident mahnt den Redner, das Haus nicht zu kritisieren und ruft ihn zur Sache.) Wenn die „Kuffhäuser-Korrespondenz“ für Westpreußen und Posen (Heiterkeit) das Ideal des Ministers ist, so bedauere ich, daß es im Ministerium keine höheren Ideale gibt. Eine solche Korrespondenz kann in Westpreußen und Posen (Heiterkeit) nur verrotten, aber nicht verfallend wirken. Dem Herrn Gronowski unterläuft ein großer Irrtum bei der Kritik der Sozialdemokratie in Westpreußen und Posen. (Heiterkeit.) Es handelt sich keineswegs um eine Schrift der Jugendauschüsse, sondern der in erster Linie für die Erwachsenen tätigen Bildungsausschüsse. Die ganze Schrift ist eine scharfe politische Satire, sie nennt sich „Abrechnung“. Es stellt auch ein Gedicht „Deutscher Rat“ darin, worin es heißt: „Die Sozis sind zu arrogant — sie schimpfen auf das Vaterland. — Thron und Altar zu bespöten — tut sie besonders freuen.“ Also hier werden die Sozialdemokraten selbst verspottet. Das erlaubt einen Schluss auf den Gesamtcharakter der Schrift.

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa: Das hat aber doch mit der Fortbildungsschule in Posen und Westpreußen absolut nichts zu tun! (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Liebnecht (Soz.):

Es ist natürlich ungemein schwer, zu hindern, daß diese Gedichte nicht auch in Westpreußen und Posen gelesen werden. (Heiterkeit.) Ich bewege mich doch im Rahmen dieses Titels, wir haben doch überall die gleiche Sozialdemokratie und überall das gleiche Zentrum — auch in Posen und Westpreußen. (Stürmische Heiterkeit.) Das Gedicht, über das Herr Gronowski durch Zitierung einzelner Abschnitte Ihre Enttäuschung hervorrief, behandelt vielleich in plumper und überderber satirischer Form die Argumente der Rechten gegen die Erbschaftsteuer. Es schildert das Schicksal eines Rittergutsbesitzers, der durch die Erbschaftsteuer an den Rand des Abgrundes gebracht worden ist, und das wird nach der bekannten Vorfängermethode erörtert. (Der Präsident mahnt den Redner neuerdings an Posen und Westpreußen.) Nun zur Religion in den Fortbildungsschulen von Posen und Westpreußen. (Heiterkeit.) Da ist immer von dem Herrgott die Rede, der angeblich besonders geeignet sein soll, verfallend durch sein Gebot auf die Jugend zu wirken. (Stürmische Pfuirufe rechts und im Zentrum.)

Präsident Dr. Frhr. v. Erffa: Das ist eine große Verleugung der religiösen Gefühle der meisten Mitglieder dieses Hauses, ich rufe Sie zur Ordnung. (Lebhaftes Beifall.)

Abg. Dr. Liebnicht (Soz.):

Ein preussischer Regierungsrat hat jüngst nach der 'Kreuzzeitung' zu Gott gebetet: Herr, gib uns wieder Krieg!

Diskreditierung der wirklichen Religion

Benutzen. (Lärm rechts und im Zentrum.) Fort mit der mißbräulichen Benutzung des Gottesnamens!

Abg. Thurm (Sp.) wünscht Ausgestaltung des Lehrplans der Textilschule in Forts in der Lauffg., da dem Flachsbau mehr Interesse entgegengebracht werden müße.

Es folgt der Titel: 'Voraussetzungen der Handwerkskammer'.

Abg. Dr. Liebnicht (Soz.):

Es bestehen oftmals recht eigentümliche Auffassungen innerhalb der Innungskreise. Wir müssen uns wenden gegen den Terror gewisser Innungen, die zu wirtlichen Kampforganisationen geworden sind.

Ein Regierungskommissar: Das vom Abg. Liebnicht vorgelegte Urteil des Landgerichts in Frankfurt a. M. ist im Ministerium nicht bekannt.

Abg. Dr. Liebnicht (Soz.):

Ich bin bereit, den Vertretern der Regierung das Urteil des Landgerichts in Frankfurt, das ich augenblicklich in Händen habe, zur Verfügung zu stellen.

Abg. König (B.) wünscht Vernehmung der Rechtsauskunftsstellen für Kinderrentenstellen, die von Referendaren zu leiten wären.

Handelsminister Sadow: Die Leiter müssen das Vertrauen aller Kreise, Arbeiter wie Arbeitnehmer, haben.

Donnerstag 4 Uhr: Handelsrat, direkte Steuern. Schluß 6 1/2 Uhr.

Deutscher Frauenkongreß in Berlin.

Am Mittwoch morgen fanden Bildungs- und Erziehungsfragen zur Behandlung. Frau Dr. Salomon Berlin hatte die Leitung der Verhandlungen.

Die Referentin wünschte die Zulassung der Mädchen zu den Knabenschulen vor allem da, wo aus ökonomischen Gründen keine besonderen höheren Bildungsanstalten für Mädchen errichtet werden können.

Bei Zusammenstellung der Gegenstände gegen die Koedukation betont Frau Krulenberg, daß gegen die ausnahmsweise Zulassung von begabten, lernfertigen Mädchen in Knabenschulen nichts einzuwenden sei.

Der Angeklagte Buias sucht unter anderem darzulegen, das Spiel Rouge et noir (Roulette) beruhe auf Berechnung, sei kein Glücksspiel.

Unter großem Andrang des Publikums begann heute für den im großen Saal des Landgerichts tagenden 1. Strafsammer des Landgerichts I die Verhandlung gegen 1. den Kaufmann Lucas Stephan Buias aus Rumänien und 2. den Grafen Waldert Wolff-Metternich aus Wien.

Es sind angeklagt: 1. Buias zu Berlin und Magdeburg in den Jahren 1909 und 1910 durch sechs selbständige Handlungen sechs Personen durch Vorspiegelungen falscher Tatsachen geschädigt zu haben.

Der Angeklagte Buias sucht unter anderem darzulegen, das Spiel Rouge et noir (Roulette) beruhe auf Berechnung, sei kein Glücksspiel.

gener sei im Südwest der Verkehr der Geschlechter. Nur die Zeit könne helfen, Stephan Bachobis Worte zu widerlegen: 'Preußen sei eben in der Kultur noch zu sehr hinter Baden zurück.'

Die amerikanische Professorin Florence Keys sprach über den gemeinschaftlichen Unterricht in den Vereinigten Staaten. Dort besteht der Gemeinschaftsunterricht als Norm.

Frl. Landmann-Danzig erklärt sich im Prinzip gegen die gemeinsame Erziehung. Wenn man auch ganz absehe vom Seguellen, so müsse man doch in bezug auf die allgemeine Moral alle möglichen Bedenken haben.

In den Schlussworten war es vor allem die amerikanische Professorin, die die Bedenken der Absonderungsfreunde und halben Befürworter mit scharfen und durchaus forschrittsvollen Argumenten bekämpfte.

die Aufgabe der Schule gegenüber dem Berufleben erörtert. Ueber die Volksschule referierte Frl. Elisabeth Schneider. Sie schob in einer historischen Exkursion ungeschulterweise die Gründung der Volksschule, das sich, nebenbei gesagt, auch noch außerordentlich entwickelt haben soll.

Für die höheren Schulen präziserte Frl. Lange die Forderungen. Die Schule soll nicht in erster Linie Hausfrauen bilden, das ist Sache des Hauses.

Die Referentin wünschte die Zulassung der Mädchen zu den Knabenschulen vor allem da, wo aus ökonomischen Gründen keine besonderen höheren Bildungsanstalten für Mädchen errichtet werden können.

Gerichts-Zeitung.

Spielesprozess Buias-Metternich.

Unter großem Andrang des Publikums begann heute für den im großen Saal des Landgerichts tagenden 1. Strafsammer des Landgerichts I die Verhandlung gegen 1. den Kaufmann Lucas Stephan Buias aus Rumänien und 2. den Grafen Waldert Wolff-Metternich aus Wien.

Es sind angeklagt: 1. Buias zu Berlin und Magdeburg in den Jahren 1909 und 1910 durch sechs selbständige Handlungen sechs Personen durch Vorspiegelungen falscher Tatsachen geschädigt zu haben.

Der Angeklagte Buias sucht unter anderem darzulegen, das Spiel Rouge et noir (Roulette) beruhe auf Berechnung, sei kein Glücksspiel.

leit heraus, daß der Vorstehende im Ernstfalle 1400 Frank Verloren haben würde. Der Angeklagte glaubt damit den Beweis erbracht zu haben, daß Rouge et noir nur ein Berechnungsspiel ist.

Die Verhandlung wird sich mehrere Tage hinziehen. Ueber ihr Ergebnis werden wir berichten.

Ein „Rechtsbureau“.

In der Strafkasse gegen den Rechtskonsulenten Erwin v. Häusler wurde nach dreitägiger Verhandlung gestern das Urteil verkündet. Nach der Beweisaufnahme hatte der Staatsanwalt schon selbst in einer Reihe von Anklagepunkten, insbesondere auch wegen Zuhälterei, Nötigung und Körperverletzung die Anklage fallen lassen.

Polizeiliche Aktion gegen den Arbeiter-Turnverein „Frisch auf“. Der Potsdamer Arbeiter-Turnverein erhielt unterm 2. November 1911 vom Polizeipräsidenten in Potsdam ein Schreiben, nach welchem er infolge seiner engen Beziehungen zum Sozialdemokratie und wegen seiner Zugehörigkeit zum Arbeiter-Turnerbund als politischer Verein angesehen sei und aufgelöst werden sollte.

Der Potsdamer Arbeiter-Turnverein denkt nicht daran, dem Wunsche des Polizeipräsidenten nachzukommen, sondern will es auf ein Strafmandat ankommen lassen. Erzustandekommen haben in letzter Zeit die Gerichte in dieser Sache einen verhängnisvollen Standpunkt eingenommen.

Die Referentin wünschte die Zulassung der Mädchen zu den Knabenschulen vor allem da, wo aus ökonomischen Gründen keine besonderen höheren Bildungsanstalten für Mädchen errichtet werden können.

Aus aller Welt.

Stützen der Gesellschaft.

Eine recht unangenehme Ueberraschung ist dem kaiserlichen Gesandten in Kairo, Fürsten v. Dagsfeld, durch seinen Kammerdirektor v. Voth bereitet worden.

Das Vorleben dieses Mannes zeigt so recht, wie weit es heutzutage ein notorischer Lump bringen kann, vorausgesetzt, daß das Wörtchen „von“ seinen Namen ziert.

durch Benutzung eines falschen Passes sich erleichtert. Die „Creme der Gesellschaft“ aber trauert, ist sie doch durch die plötzliche Abreise ihres Mitgliedes um manch schönes Jagdbergnügen oder exquisites Diner gebracht worden.

Untergang eines portugiesischen Kanonenbootes.
In der Nähe des Hafens von Alvor stieß am Dienstag abend das portugiesische Kanonenboot „Faro“ mit einem Schlepddampfer zusammen. Der Zusammenstoß der beiden Schiffe war so heftig, daß das Kanonenboot nach wenigen Minuten sank. Sechs

Wann der Besatzung, darunter der Kapitän und der zweite Offizier, ertranken.

Kleine Notizen.

Hier Kinder erstickt. Ein schweres Unglück wird aus Röhren in Korbhütten gemeldet. Die Frau eines Arbeiters namens Walter hatte in ihrer verschlossenen Wohnung an dem eisernen Ofen Lächer aufgehängt, die in Brand gerieten. Als die Frau von einem Ausgange zurückkehrte, fand sie vier ihrer Kinder im Alter von 1/2 bis 6 Jahren erstickt vor. Zwei Kinder im Alter von 7 bis 8 Jahren wurden schwer erkrankt ins Krankenhaus gebracht.

Im Eisenbahnzuge beraubt. Ein aus Paris mit dem Schnellzuge in Wien eingetroffener Pariser Juwelenhändler namens Albert L. hat eine polizeiliche Anzeige, daß ihm während der Reise Berlin und Drillingen im Werte von einer Viertel Million Franz und außerdem 8800 Franz in bar gestohlen worden seien. Der Bestohlene trug nach seiner Angabe die Juwelen in einer Brieftasche in der inneren Brusttasche des Rockes an einer Sicherheitskette befestigt.

Im Schneesturm. Auf dem Wege von Ralswiek nach Vetro-pawlow wurde ein Trupp von zwölf Häftlingen vom Schneesturm überrascht. Zwei Soldaten der Begleitmannschaft sind ertrunken, ein Häftling ist verschwunden.

Unserem Genossen
Karl Schabel, Rigaer Str. 87,
die besten Glückwünsche zum 48. Geburtstag.
Wie immer, stehen fest und treu
zu Dir heut die Genossen,
in Deinem Ehrenrang auf neu,
Gott froh die Freundschaft sprossen.
Die Genossinnen und Genossen des 375. Bezirks, Teil I.

Unserm lieben Kollegen und
Freund
Karl Schabel
zu seinem heiligen Gedusstage
und zur Rückkehr in die
Freiheit die besten Glück-
wünsche senden in der Hoff-
nung, daß diese Worte nach
schmerzlicher Prüfung Trost spen-
den, die Dir heil das volle
Vertrauen entgegenbringen
2776
Kollegen
der Pumphation V.

Eckrestaurant,
beste Lage gegenüber Köpenick, zu ver-
mieten Berliner Str. 4. Auch überdes
bei Wapler, Berlin, Krausenstr. 3.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
(Königsberger Viertel).
Bezirk 408 III.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Bergolder
Otto Massuthe
(geb. 1871, im Alter von
40 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 1. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Waisenhaus-Friedhofes in der
Friedenstraße aus statt.
213/16
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Frankfurter Viertel.
Bezirk 279.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Kauf-
mann
Robert Flatow
(Hilfenstr. 4)
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung der Witwe findet
am Montag, den 4. März, mittags
12 Uhr, von der neuen Halle
des jüdischen Friedhofes in Weihen-
see aus statt.
213/16
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Im 69. Lebensjahre entschie-
dlich nach kurzer Krankheit in
der Nacht zum 27. Februar unser
braver Genosse und Freund
Robert Flatow.
Wie verliert in ihm nicht nur
einen alten, bewährten Genossen,
sondern auch einen aufrichtigen
und lieben Freund.
Wie werden sein Andenken stets
in Ehren halten!
Die Beerdigung der Witwe findet
am Montag, den 4. März, mittags
12 Uhr, von der neuen Halle des
jüdischen Friedhofes in Weihensee
aus statt.
204b
Die Witwe.

Am Dienstag, den 27. Februar,
nach unvorhergesehenem Tode,
der Schriftföher
Wilhelm Raasch
in der Hofkraft seiner Witwe.
Wie betrauern um so mehr
den Tod dieses Kollegen, als er
immer bereit war, mit uns
Schüler an Schulleiter für die
Arbeitereinteressen einzutreten.
Wie werden demselben ein
ehrendes Andenken bewahren!
Die Kollegen
der Lindendruckerei.

Dankfagung.
Für die starke und liebevolle Be-
teiligung bei der Beerdigung unserer
Tochter und Schwester **Marie
Hönig** sagen wir hiermit dem Ver-
band der Buchbinder und dem Ehe-
paar Herr Hugo Heyne, sowie ihren Kol-
legen und Kolleginnen unseren herz-
lichsten Dank. Familie Hönig.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Hautleiden.
Prinzenstr. 41, direkt am
Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Stoffe
Reise- u. Anzug, Paletot Str. 3.- 20.
Loden für Bekleidung Str. 1.50, 2.50.
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
Petrikirche.

Eckrestaurant,
beste Lage gegenüber Köpenick, zu ver-
mieten Berliner Str. 4. Auch überdes
bei Wapler, Berlin, Krausenstr. 3.

Todes-Anzeigen

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Droschken-
fahrer
Gustav Beckert
am 25. d. Mts. im Alter von
64 Jahren verstorben ist.
Der Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Fensterputzer
Paul Helmchen
am 25. d. Mts. im Alter von
30 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Wähler
Julius Grams
am 25. d. Mts. im Alter von
72 Jahren verstorben ist.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Rufgeber
Anton Staneck
am 25. d. Mts. im Alter von
57 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Nieder-Barnim.
Bezirk Rummelsburg.
Am 27. Februar verstarb unser
Mitglied, der Genosse
Adolf Eichholz
Lärchenstraße 33 (4. Bezirk).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 1. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von Kronen-
haus Rummelsburg aus auf
dem Gemeinde-Friedhof in der
Lärchenstraße statt.
8/4
Rege Beteiligung erwartet.
Die Beerdigung.

Nach langen, schweren Leiden
entschiedlich am Dienstag mein innig-
geliebter Mann, unser lieber,
guter Vater, der selbste Gastwirt
Emil Große
im 65. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrauert an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 29. Februar,
nachmittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Heilig-Kreuz-Kirch-
hofes, Mariendorf, Eisenacher
Straße, aus statt.
206b

Dankfagung.
Für die liebevolle Teilnahme an der
Beerdigung meines lieben Mannes,
des Gastwirts
Eduard Dettmer
sage ich allen Beteiligten, insbesondere
dem Sparverein „Kasse“ und dem
Kollektorenverein „Die Hilfe“, sowie
meinen werthen Gästen meinen herz-
lichsten Dank.
Wwe. A. Dettmer,
Krausenstr. 3a.

Deutscher
Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- u. Zementbranche
Nachruf!
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Rahl-
spanner
Richard Fischer
im Alter von 28 Jahren nach
langem schweren Leiden am
24. Februar gestorben ist. 137/77
Die Beerdigung hat gestern
nachmittags auf dem Friedhof in
Härenstraße stattgefunden.
Der Sektionsvorstand.

Den „Vorwärts“-Lesern
gewähre Rabatt.

Heute Schluß
des Inventurverkaufs!

Wundervoll gestickte
ab-gepaßte Portièren
(Uebergardinen für Fenster
und Türen)
Die ganze Dekoration
(best. a. 2716g. u. 1 Querbehang)
in Filztuch M. 3,25 (bisher 4,85)
Velvetplüsch . 5,25 (bisher 8,25)
Kochelleinen . 6,75 (bisher 8,75)
Buntpersisch . 8,25 (bisher 12,50)
Reich-
gestickte Plüschdecken 4,35
Reich-
gestickte Lambrequins 1,75
Teppich - Spezialhaus

Emil
Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.
Habe nirgends Filialen!
Inventur-
Extralistie und Katalog
enorm billiger Extrangebote
(600 Abb.) gratis und franko.

Deutscher Bauarbeiter - Verband.
Zweigverein Berlin. Sektion der Stukkateure.
Donnerstag, den 29. Februar 1912, abends 8 Uhr:
Mitglieder - Versammlung
bei **Wilke, Sebastianstr. 39.**
Tagesordnung:
Die Tarifvorlagen der Unternehmer.
Das Erscheinen ist notwendig.

Die Kontrolle zur Erlangung der Arbeitslosen - Marken ist nur im Arbeitsnachweis
Räderstr. 9, und wird gebeten, hierauf zu achten. 137/8

Verband der Brauerei- und
Mühlenarbeiter und verwandter
Berufsgenossen.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Brauer
Franz Sadilek
am 26. d. Mts. an der Prostatarter-
krankheit gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 29. Februar,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Michael - Kirchhofes
in Neudän, Mariendorfer Weg,
aus statt. 42/8
Um zahlreiche Beteiligung wird
erjucht Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Töpfer
und Berufsgenossen Deutschl.
Filiale Berlin.
Den Kollegen hierdurch die tran-
sige Nachricht, daß unser Mitglied
August Euler
(Bezirk Südost)
im Alter von 51 Jahren plötzlich
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 29. Februar er.,
nachmittags 2 1/2 Uhr, auf dem
Friedhof der Kreuz-Gemeinde in
Mariendorf, Eisenacher Str. 62,
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Kunsthandwerk von Frau Rosaly
Schladtmeyer, Kurstraße 5 III.

Steinarbeiter.
Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, in den
„Arminhallen“, Kommandantenstr. 58-59:
Kombinierte Versammlung.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Konferenz und Wahl der Delegierten.
2. Stellungnahme und endgültige Beschlußfassung zur Frage der
örtlichen Arbeitslosenunterstützung, 3. Verschiedenes.
Kollegen, sorgt für zahlreiches und pünktliches Erscheinen.
Die Versammlung wird präzis eröffnet!
171/6 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder - Verband.
Achtung! Kartonbranche. Achtung!
Freitag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr,
in „Kellers Festhale“, Koppenstr. 29 (Zuh.: Woerner):
Große Branchen-Versammlung
für alle in der
Karton- u. Kartonnagen-Industrie beschäftigten Arbeiter,
Arbeiterinnen und Heimarbeiterinnen.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Tarifverhandlungen mit den Unternehmern.
Referent: Würzberger. - 2. Diskussion.
Kollegen und Kolleginnen! Ihr erwarten, daß in dieser Versammlung,
in der so überaus wichtige Beschlüsse gefaßt werden müssen, kein Kollege
und keine Kollegin fehlt. 29/12
Mitgliedsbuch legitimiert.
Mit Kollegalem Gruß Die Agitations- u. Tarifkommission.

Verband der Lederarbeiter
Filiale Berlin I.
Donnerstag, den 29. Februar, abends 8 Uhr, findet in
Schirms Festhale (Inhaber J. Franke), Wabstraße 21 eine
Versammlung
statt.
Tagesordnung: Lohnbewegung.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß jeder Kollege
erscheint. Der Vorstand.

An diesem Schild
sind die Läden
erkennbar,

in denen
SINGER
Nähmaschinen
verkauft werden.
Hauptergänzt in Konstruktion und Ausführung,
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.
Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Pichelswerder,**
an der neuen
Ockerstraße beim **Alten Freund.**

Knorr-
Hahn-
Maccaroni

eine hochfeine, sehr nahrhafte
Speise, unübertroffen im
Geschmack.

Partei-Angelegenheiten.

Die Generalversammlung

des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend findet am Sonntag, den 17. März 1912, mittags 12 Uhr, in den Konfordia-Sälen, Andreasstr. 64, statt.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Achtung! Parteigenossinnen und Genossen Groß-Berlins!

Am Sonntag, den 3. März 1912, nachmittags 2 Uhr, finden sieben öffentliche Frauenversammlungen in folgenden Lokalen statt: Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59, Moabit...

Die Genossinnen Greifenberg, Käbler, Thiede, Tich, Wehl, Wulff und Zieh sprechen über: „Die Befreiung der Frau durch den Sozialismus“.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins u. Umgegend. Berliner Gewerkschaftskommission.

Lichtenberg, Morgen, Freitag, von den bekannten Lokalen aus: Flugblattverbreitung.

Steglitz-Friedenau, Am Freitag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Schellhase, Steglitz, Ahornstr. 15a, der dritte Vortrag...

Röpende, Donnerstag, den 29. Februar, 7 1/2 Uhr abends: Flugblattverteilung von den bekannten Stellen aus.

Brig-Ludow, Freitag abend 8 Uhr von den bekannten Stellen aus: Handzettelverbreitung.

Dahlemburg bei Gosen, Am Sonntag, den 8. März, nachmittags 5 Uhr, bei Wichmann (Zum Deutschen Kaiser): große öffentliche Versammlung.

Herafelde, Sonntag, den 8. März: Öffentliche Kommunalwählerversammlung im Restaurant zum goldenen Stern, Hauptstr. 57.

Buchmähe, Am Sonntag bei Ruhner: Öffentliche Wählerversammlung. Bekanntgabe des Kandidaten zur Gemeindevahl.

Bernau, Freitag, den 1., den 8. und den 15. März, hält der Genosse Zimmermann einen Zyklus von Vorträgen über: „Verständnis der schönen Literatur“.

Berliner Nachrichten.

Die „Große Berliner Straßenbahn“

veröffentlicht ihren Jahresbericht für 1911, der demnächst der Generalversammlung vorgelegt werden wird.

Bei der „endgültigen Beilegung der Unstimmigkeiten mit der Stadtgemeinde Berlin“, die an der Spitze des Berichts als „das wichtigste Ereignis“ des Jahres hervorgehoben wird, hat offenbar die Gesellschaft ihren Vorteil recht gut gewahrt.

Ueber die Betriebsergebnisse des Jahres 1911 meldet der Bericht, daß die „Große Berliner Straßenbahn“ diesmal 447 Millionen Personen befördert hat, wieder um ziemlich 20 Millionen mehr als im Vorjahre 1910, wo annähernd 427 1/2 Millionen befördert worden waren.

Millionen Mark, im vorletzten mit rund 10 Millionen Mark beteiligt. Nimmt man dazu noch die bei anderen Konten verrechneten Gehälter und Löhne (z. B. bei den Konten Unterhaltung und Ausbesserung der Wagen, Unterhaltung des Bahnkörpers, Reinigung der Bahnen und Höfe), so ergibt das eine Gesamtaufwendung von annähernd 14 1/2 Millionen Mark im letzten Jahre, gegenüber 13 1/4 Millionen Mark im vorletzten Jahre.

Infolge der Mehrung der gesamten Betriebseinnahmen um 2 Millionen Mark und der gesamten Betriebsausgaben um knapp 1 Million Mark ist der Betrieb überschüssig diesmal um eine reichliche Million höher als im vorhergehenden Jahre. Er stellt sich für 1911 auf mehr als 1 9/10 Millionen Mark, während er für 1910 nicht ganz 1 1/2 Millionen Mark betrug.

Aktionäre, Direktion und Aufsichtsrat haben in der Tat allen Grund, mit dem erzielten Profit zufrieden zu sein. Nachdem im Jahre 1904 die Dividende auf 7 1/2 Proz. herabgedrückt worden war, ist diese von da an in langsamem, aber ununterbrochenem Aufstieg zu einer jetzt wirklich sehr „anständigen“ Höhe gelangt, von 1904 bis 1911 von 7 1/2 Proz. auf nun schon 8 3/4 Proz.

Zu- und Wegzüge nach bezm. von Berlin.

Die Zug- und Wegzugsziffern Berlins haben in ihrem Verhältnis zueinander in dem Jahre 1911 keine Veränderung gegenüber dem Jahre 1910 gezeigt, die von nennenswertem Einfluß auf die Bevölkerungsmehrung gewesen wäre.

Die Meldungen der Zugzüge ergaben 271 451 Zuggezogene für 1911 gegenüber 263 391 Zuggezogenen für 1910, mithin für 1911 ein Mehr von 8060 Zuggezogenen. Andererseits berechnet sich aus den Wegzugsmeldungen und dem wegen ihrer Unvollständigkeit zu machenden Zuschlag die Zahl von 269 849 Weggezogenen für 1911, gegenüber 263 134 für 1910, das gibt für 1911 ein Mehr von 6715 Weggezogenen.

Diese winzigen Gewinne aus Wanderungen erscheinen allerdings schon als ein Fortschritt, wenn man sie mit den Wanderungsergebnissen der vorhergehenden Jahre vergleicht. In den drei Jahren 1907, 1908 und 1909 war für Berlin die Zahl der Zuggezogenen weit unter der Zahl der Weggezogenen geblieben, so daß sich ein sehr beträchtliches Wanderungsdefizit ergab.

In dem Jahrfaßt 1907 bis 1911 hatten die drei Jahre 1907 bis 1909 ein Defizit von zusammen 65 450, die zwei Jahre 1910 und 1911 einen Ueberschuß von zusammen nur 1869, das macht für das ganze Jahrfaßt ein Defizit von 63 581. Um soviel ist in dem letzten Jahrfaßt die Bevölkerungsmehrung Berlins durch die Wanderungen geschmälert worden.

Um die Jugend raufen sich die Christlichen. Dieser Tage kam uns ein Zirkular in die Hände, in dem die Christlichen um materielle Hilfe ersuchen. Der Inhalt des Zirkulars ist für die christliche Agitation so bezeichnend, daß wir ihn hier abdrucken wollen.

Berlin N. 58, 20. Februar 1912. Schönhauser-Allee 134a.

Ein Hochwohlgeboren

erlaubt sich der unterzeichnete Vorstand eine dringende Bitte zu unterbreiten.

In letzter Zeit ist die Verheerung der männlichen Jugend, wie sie von seiten des Umfanges betrieben wird, ins Maßlose gewachsen. Besonders in der Reichshauptstadt machen sich die Erscheinungen geltend, die jeden Vaterlands- und Jugendfreund mit tiefem Schmerz erfüllen müssen.

gewinnen. Es hat sich gezeigt, daß eine solche Arbeit auch auf dem harten Boden des Nordens von Berlin mit seiner fast ausschließlich Arbeiterbevölkerung nicht vergeblich ist.

So wagen wir es, Ew. Hochwohlgeboren zu bitten, unserem Werk, das allen jungen Männern ohne Unterschied der Konfession dient, durch Zuwendung einer einmaligen größeren Gabe zu Hilfe zu kommen.

In der Hoffnung auf Erfüllung unserer Bitte verharren wir mit vorzüglichster Hochachtung

Der Vorstand des Christlichen Vereins junger Männer „Nord-Ost“ v. Anowski, Kammergerichtsrat Arnold, Pastor W. M. Wader, Generalsekretär. Der obigen Bitte schließt sich an Michaelis, Unterstaatssekretär.

Aus dem Zirkular erhellt klar und deutlich, daß die Christlichen die Jugend zu Surrupatristen erziehen wollen. Damit es nicht gelinge, unsere heranwachsende Jugend zu verblöden und sie zu willenlosen Werkzeugen der herrschenden Klasse zu machen, dazu ist es nötig, daß die arbeitende Bevölkerung auf die Erziehung der Jugend zu selbständigen Charakteren großen Wert legt und ihre Söhne und Töchter den von den christlichen Herrschaften arrangierten Veranstaltungen fernhält.

Noch etwas von der „Jugendpflege“ in der Fortbildungsschule.

Um den Nachwuchs der Arbeiterklasse wird in den von „oben“ protegierten Veranstaltungen, die als „Jugendpflege“ gelten wollen, mit höchem Eifer bemüht worden. Einrud und Erfolg verspricht mancher sich besonders davon, daß auch Offiziere sich in den Dienst dieser Bestrebungen stellen.

Der Direktor der Schule führte diesen Offizier durch die Klassen und erzählte dabei den Schülern von dem Kriegsspiel, das für die Jugend Schöneberg bestimmt sei und bei Hosen auf dem Exerzierplatz unter Mitwirkung von 20 Offizieren veranstaltet werden solle. Zwei Parteien, eine blaue und eine rote, werden gegeneinander ins Feld rücken, und die Offiziere werden die Rolle der Führer übernehmen.

Es ist möglich, daß auf manche Jugendliche des genannten Turnvereins die Mitwirkung der Offiziere den gewünschten Eindruck macht. Dagegen werden die Schüler der Fortbildungsschule, die ja zumeist Söhne aus Arbeiterfamilien sind, schwerlich gleichwohl von Begelierung entflammt werden, wenn eine Offiziersuniform in ihre Nähe kommt.

In der gestrigen Sitzung der Marktschadenkommission erhaltete die feinerzeit zum Zweck der Verjüngung Berlins mit frischen Seefischen eingesetzte Kommission Bericht über ihre bisherige Tätigkeit. Danach sind bisher seit Beginn des Seefischverkaufs in Berlin (2. Oktoberwoche v. J.) rund 4500 Zentner frischer Seefische verkauft worden.

Die Deputation beschloß, vorläufig über den April hinaus bis zum Eintritt der warmen Jahreszeit den Seefischverkauf fortzusetzen.

Die Zahl der ungerechtfertigten Veranlagungen zur Kirchensteuer mehrte sich dauernd. Uns gehen sorgfältig Klagen zu, nach denen Personen, die längst aus der Kirche ausgeschieden sind oder der betagenden Kirchengemeinde nie angehört haben, zur Zahlung von Kirchensteuern veranlagt werden.

stellt sich vielmehr folgende Tatsache heraus: Die Frau des Verstorbenen ist von L. seit 1895, also seit 17 Jahren, rechtskräftig geschieden und seit 1902, also seit 10 Jahren, mit einem Russen W. verheiratet. Mit vollem Recht empfinden Herr W. und Frau es als eine große Befreiung, mit einem Wahnsinnigen für rückständige Steuern der Verstorbenen liest beschäftigt zu werden. Die Stadtynode sollte sich doch wirklich genauer erkundigen, ehe sie derartige Maßnahmen ergreift.

Die Stadt Berlin und das Opernhaus.

In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses war dieser Tage wieder einmal die Rede von Verhandlungen mit der Stadt Berlin wegen Ankauf des alten Hauses am Opernplatz. Dabei sind verschiedene Behauptungen aufgestellt worden, die nicht ganz richtig sind. Die „Vossische Zeitung“ stellt fest, daß der Finanzminister bei diesen Verhandlungen Forderungen gestellt habe, die für die Stadt Berlin unannehmbar waren. Sie schreibt auf Grund eingehender Erkundigungen:

„Als die Stadt Berlin im Jahre 1910 ihr Gebot auf das alte Opernhaus mit 6 Millionen abgab, wurden daran keinerlei Bedingungen geknüpft. In einer späteren Unterredung des Finanzministers mit Oberbürgermeister Kirchner legte der letztere dann dem Minister den Wunsch der Stadt nahe, daß Treptow nach Berlin eingemeindet würde. Die Stadt Berlin besitze in Treptow umfangreichen Grundbesitz, und durch Verkauf dieser Ländereien und Befreiung der jetzt in Erscheinung tretenden Wertzuwachssteuer würden die für den Ankauf des Opernhauses ausgegebenen Mittel zum Teil wieder eingebracht, und die Erledigung der Sache würde sehr erleichtert werden. Dies war aber nur ein Wunsch und keine Verbindung für den Ankauf des Opernhauses. Der springende Punkt, um den es sich bei der Regierung dreht, ist ein ganz anderer.

Der Finanzminister stellte die Forderung, daß die Stadt Berlin eine Verwendung des Opernhauses nie ohne Genehmigung der Staatsbehörden vornehmen dürfe. Da das Opernhaus zu den historischen staatlichen Gebäuden zählt, dürfe es der Stadt nicht zur beliebigen Verwendung überlassen werden. Man könne sich nicht der Gefahr aussetzen, daß es eventuell zu sozialdemokratischen Zwecken benutzt würde. Die Stadt müsse also diese beschränkende Bestimmung sich gefallen lassen. Der Magistrat hat dann diese Einschränkung seines Verfügungsrechtes über ein von ihm gekauftes Gebäude abgelehnt, und darauf ist besonders von konservativer Seite gegen den Verkauf des alten Opernhauses an die Kommune Berlin Einspruch erhoben worden. Der Finanzminister hat damals angedeutet, daß es doch dem Magistrat sehr erwünscht sein könne, sich gegen eventuelle sozialdemokratische Forderungen durch eine solche Beschränkungsbestimmung zu wahren. In dieser Beschränkungsbestimmung des Ministers sind also die Verhandlungen gescheitert und nicht an Forderungen des Magistrats, dessen „Wunsch“ betr. die Eingemeindung Treptows jetzt der Minister zur Rückbedingung vorschreibt. Die Eingemeindung Treptows ist so wie so inzwischen erledigt, da der Provinzialverband sich dagegen erklärte. Die Frage des Kaufpreises spielte ebenfalls, wie wir erfahren, keine Rolle mehr bei den Verhandlungen.

Was den Zustand der Stadt Berlin zum Bau des neuen Opernhauses anbelangt, so sollte dieser in dem Ankauf des alten Theatergebäudes enthalten sein. Diese Lösung der Angelegenheit ist seinerzeit auch vom Kaiser gebilligt worden. Hat man bei der Regierung ein Mißtrauen gegen eine zweckmäßige Verwendung des alten Hauses, der von Geheimrat Hoffmann großzügig ungestaltet werden sollte, so wird man sich nicht wundern können, daß große Neigung zu etwaigen Parzelschüssen bei der Stadt Berlin nicht vorhanden ist. Jedenfalls wird der Magistrat in Ruhe abwarten, bis man an ihn herantritt, und sich dann schlüssig machen.“

Aus diesen Darlegungen erhellt, daß der Finanzminister selbst bei einem Ankauf des Opernhauses durch die Stadt forderte, die Staatsbehörden sollen über die Verwendung des Hauses verfügen können. Die Stadt sollte also kaufen, aber über ihr Eigentum nicht bestimmen. Das ist so ungewöhnlich, daß man es kaum glauben sollte.

In Männerkleidern trat eine Artistin O. auf, um auf Abenteuer auszugehen. Die schon 62 Jahre alte Dame sieht wohlbeleibt wie sie ist, in ihrer Männertracht und kurz geschneittenem Haar einem alten Rentier täuschend ähnlich. Sie wurde schon längere Zeit von der Polizei wegen eines Vergehens von früher her gesucht und jetzt erkannt und festgenommen.

Arbeitslosigkeit und Krankheit haben den 62 Jahre alten Mannen Fritz Arndt aus der Vogelsir. 22 in den Tod getrieben. Arndt wurde vor einem halben Jahre halbtot und war seit dieser Zeit arbeitsunfähig. Das Leiden nahm immer mehr zu und befristete der Kranke, daß er den Krebs bekommen werde. Gestern sollte er auf Anordnung des Arztes in ein Krankenhaus gebracht werden. Während die Frau die Aufnahmepapiere besorgte, und er allein in der Wohnung anwesend war, beschloß er, seinem Leben ein Ende zu machen. Er legte sich auf das Sofa und schloß sich mit einem Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe. Als seine Frau, mit der er kinderlos verheiratet war, von den Ausgängen heimkehrte, fand sie ihn betäubt daliegen. Ein Arzt konnte nur noch den Tod des Mannes feststellen. Die Leiche wurde nach dem Schaulause gebracht.

Wohnungseinbrecher, sogenannte Klingelfahrer, machten am vergangenen Freitag im Vohowbier, Wardenstr. 3, bei einem raffinierten Wohnungseinbruch reiche Beute. Sämtliche Türen und Schalter wurden erbrochen und es fielen ihnen außer 570 M. an barem Geld viele Wertgegenstände und diverse Wäsche, R. S. und E. F. gezeichnet, in die Hände. Der Verlust dürfte insgesamt 1000 M. betragen, wovon der Zimmermieter allein 700 M. zu bedauern hat. Der Einbrecher, der die Dämmerstunde dazu benutzte, arbeitet mit dem Teufel, daß er sich bei dem Portier als Besuchersagent vorstellt und mehrmals erkundigt, wann die Leute zu Hause sein könnten. Geschleiert wird der Einbrecher als ein mittelgroßer Mensch, Mitte der 30er Jahre, mit englisch gesticktem schwarzen Schnurrbart, bekleidet mit Ilster und feinen schwarzen Gut. Es ist also Vorsicht am Plage.

Feuer in der Druckerei der Anilinfabrik. Dienstagabend gegen 7 Uhr wurde die Feuerwehre nach der Schleischen Straße 20/30 gerufen, wo im dritten Stock des vierten Quergebäudes die Druckerei der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation (Lohmühlenstr. 65-67) in Flammen stand. Das Feuer war nach Geschäftsschluß ausgebrochen und hatte einen größeren Posten Papier erfasst. Die Gefahr war erst bemerkt worden, als infolge der Hitze die Scheiben des Fabriktraums zerplatzten undierend auf den Hof hinabfielen. Die Feuerwehre, die mit zwei Löschzügen anrückte, griff mit zwei Schlauchleitungen ein und löschte das Feuer innerhalb einer halben Stunde. Die Ursache des Brandes ist nicht ermittelt.

Vorher hatte die Feuerwehre noch in der Schöneberger Straße 9/10 zu tun, wo gleichfalls eine Druckerei brannte. Der Schriftsetzer Karl Feigel aus Reußlin erlitt Brandwunden an den Händen und mußte von den Samaritern der Wehr verbunden werden. — An der Weisenaustraße geriet außerdem ein Automobil in Brand. Die Flammen wurden mit einer Schlauchleitung erstickt.

Der zweite Vortrag zur Alkoholfrage, den die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bundes veranstaltet, findet morgen, am 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im Saal 5 des Gewerkschaftshauses statt. Genosse Simon Kapenstein spricht über das Thema: „Alkohol und Strafrecht“.

Im Zirkus Sarraani. Im heroischen Zeitalter des Knaben haben wir alle für die exotischen Wunder, die wilden Mitten und die bravouröse Akrobatik gesehen, wie sie der Zirkus unserer Jugend bot. Inzwischen sind wir älter und der Zirkus ein anderer geworden. Unser großstädtischer Zirkus hat unter dem Druck der Konkurrenz sich wesentlich gewandelt, er hat zwar neue Sensationen, zum Teil wahre Kernbomben, eingeführt; er hat aber sein halbes Programm der Pantomime, dem Ausstattungsspiel, dem Ballett geopfert. Mancher beklagt es und meint, der alte Zirkus sei inter-

essanter gewesen. Der Zirkus Sarraani gibt uns Gelegenheit, dies Urteil nachzuprüfen.

Es ist ein rechter, echter Zirkus, nicht mehr und nicht minder. Freilich ein so reiches Programm wurde früher nicht geboten, aber der Charakter ist doch der alte und das Interesse, das er in uns weckt, ist noch immer das gleiche.

Tiere und Tierdressur! Das alte Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Tiere, das der Mensch von jeher empfunden und das die relativ jungen Rassen besonders im Blut haben, ist noch immer lebendig in uns. Die neue Naturwissenschaft hat es ja noch bestärkt. Wir freuen uns der geschmeidigen Kraft des Löwen, von denen der Zirkus Prachtexemplare aufweist, wir bewundern die Dressur, die sie händigt — aber wann schlafen sie? Die prachtvolle Kamelkarawane führt uns in die Wüste, der weite schleppende Schritt, die Ruhe läßt über die Sämeligkeit und Behendigkeit der Tiere. Welche Klugheit, welche Anfieligkeit, welche dieselige Grazie entwickelt der Elefant, der Koloh unter den heutigen Tieren. Eine Meisterleistung ist es, was Direktor Stoich mit seiner zwölf Exemplare zählenden Truppe vollbringt. Die klassischen Jongleure der Tierwelt, die glattgeschmeidigen Seelöwen, zeigen Kunststücke, die wir ihnen kaum nachmachen. Das Tier kann lernen und die Kunst der Dressur sollte darin bestehen, daß es in seiner Wesensart entwickelt wird, wie es hier so gut gelang. Sogar die als dumme verschrienen Gänse marschieren in Reih und Glied und im Gänsemarsch — ganz nach Kommando. Und so gut wie nur je ein Clown belustigt das bogen die Ränge.

Die hohe Schule aller Dressur und das Hauptstück des Zirkus ist und bleibt die Pferdedressur. In allen Arten ist sie im Zirkus Sarraani so schön. Elegante Freizeidressuren wechseln ab mit der tadellos gerittenen hohen Schule (Mit O'Neill), mit Reitakten in Ballettoiletten. Eine Gipsopost wird auf 18 Schimmeln geritten. Pferd und Mensch in der höchsten Form der Anpassung zeigen Szenen aus Wild-West; Lassoarbeiten und Kunststücke fügen sich der Szene ein. Direktor Stoich schießt quer durch den Zirkus ein Streichholz an und aus und trifft durch einen Fingerring, den ein beherztes Mädchen hält.

Die Körperkünste des Menschen werden zum Teil in reizvollem exotischen Gewande vorgeführt. Chinesische Gaukler wetteifern mit der japanischen Jodotruppe, die in wundervollen Kostümen besonders durch die Metterschritte (mit Hilfe des gepreigten Fußes) staunen machen.

Tripolitaner springen in ihren malerischen Gewändern durch die Manege, eine Truppe in türkischer Soldatuniform zeigt allen die Schmie der Soldatendressur. Hoch oben in der Luft zeigen elastischen Schwunges die 5 Artontis, daß der Mensch die Luft schon lange erobert hat.

Der alte Zirkus lebt noch. Er hat der Wunder und der Künste noch so viel als je.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevahlbewegung.

Schwabe. Mit der am Freitag, den 1. März, stattfindenden Gemeindevahl-Erfahrungswahl in der dritten Klasse beschäftigte sich in Witten Baldschlöhchen am Dienstagabend eine öffentliche Volksversammlung. Die Kandidaten aller Parteien, wie auch die bisherigen Gemeindevorteiler waren zum Besuch besonders eingeladen, aber bis auf einen der letzteren nicht erschienen. Stadtverordneter Proger-Kautöln behandelte zunächst in einem sehr heftig aufgenommenen Vortrag das Thema: „Kommunalpolitik in den Vorortgemeinden unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der dritten Wählerklasse.“ — Dann erstattete Genosse Arty Bericht aus den Gemeindevorteilerwahlen, den der einzige anwesende bürgerliche Vertreter vollinhaltlich bestritt. Ein Redner aus dem bürgerlichen Lager kritisierte dann noch, oft von stürmischem Beifall unterbrochen, die Zustände der Schwabener Gemeindevverwaltung seit Bestehen des Ortes bis zur heutigen Zeit und forderte ebenfalls, wie die Vorredner, zur eifrigsten Agitation für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten, des Akquisiteurs Karl König, auf. Der Vorsitzende, Genosse Bränske, ermahnte zum Schluß, zur Wahl sich mit ausreichender Legitimation zu versehen und rechtzeitig zum Wahlort, der von vier bis sieben Uhr im Gemeindefaule vor sich geht, einzufinden.

Heute Donnerstag, abends, findet Flugblattverbreitung statt.

Wählerabend (Veget. Nieder-Schönhausen). Eine öffentliche Gemeindevahlerversammlung nahm am letzten Sonntag hier im Lokal Gasthof zur Sonne Stellung zur Gemeindevorteilerwahl. Der Referent Genosse Paul Dupont fand für seinen interessanten Vortrag über das Thema: „Die Sozialdemokratie in der Gemeinde“ reichen Beifall. In der Diskussion berichtete Genosse Varsch als bisheriger Gemeindevorteiler über seine Tätigkeit, die allseitig bekräftigt; auch machte er Mitteilung, wie es einzelne Grundbesitzer verstehen, sich von den Steuern zu drücken. Als Kandidat für die dritte Wählerklasse wurde wiederum Genosse Adolf Varsch aufgestellt. An den Genossen ist es nun, bis zum Tage der Wahl alles daran zu setzen, daß unser Kandidat gewählt wird.

Neufölln (Nirzdorf).

Veranbarung eines Taubstummen. Als vorgestern abend der 17 Jahre alte taubstumme Schuhschmiedehelfer Rag Kühl aus der Erbkstraße 4 durch die Wanzelstraße ging, traten zwei Frauenpersonen und ein Mann auf ihn zu und gaben ihm durch das Zeigen mit einem Finger auf seine Uhrkette zu verstehen, daß sie gerne die Zeit wüßten. Kühl zog darauf die Uhr aus der Tasche und zeigte sie den dreien. Der Mann griff sofort nach der Uhr, rief sie ihm mit der Reite vom Leibe und ergriff mit den beiden Frauen die Flucht. Vor dem Hause Nr. 12 holte der Taubstumme sie ein. Jetzt zog der Mann ein Messer und bedrohte ihn damit. Der Lehrling lief fort, um Schutz zu holen. Als er mit diesem ankam, waren die drei Straßenzwischen aber bereits verschwunden. Der Betrug hat in der Aufregung vergessen, sich die Leute genauer anzusehen. Er kann nur eine ganz ungenaue Beschreibung von ihnen geben.

Eine Buchwäckerzentrale wurde gestern nachmittags von der hiesigen Kriminalpolizei im Café Köpenickerpark am Kottbuser Damm 76 aufgehoben. Während die Beamten das vorgefundene Geld beschlagnahmten, kamen immerfort Boten, die von anderen, kleineren Buchwäcker Geld brachten, um es dem Hauptbuchwäcker, dem Viskettier Richter, anzulegen.

Charlottenburg.

Elternverein für freie Erziehung. Mittwoch, den 6. März, findet im Volkshaus, Rosenthalstr. 3 (großer Saal), ein Lichtbildvortrag, arrangiert vom Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“, statt. Thema: Wanderungen durch die Mark Brandenburg. Referent: Herr Fritz Heinrich. I. Teil: Wie und warum sollen wir wandern? II. Teil: Eine Fahrt nach dem Spreewald. Saalöffnung 6 Uhr, Anfang präzise 7 Uhr. Eintritt für Erwachsene 25 Pf., für Kinder 10 Pf. Billets sind zu haben bei Friebe, Neue Charlstr. 7; Gräß, Spreestr. 58; Striemer, Kaiserin-Augusta-Allee 44; Konium-Niederlage, Wallstr. 23, und Vorwärts-Expedition, Eisenbahnstr. 1. Des Lichtbildvortrages wegen fällt am Mittwoch, den 6. März, der Spielnachmittag aus. Der Vorstand.

Röpenitz.

Die letzte gutbesuchte Wahlvereinsversammlung nahm zunächst einen Vortrag des Genossen Kühl mit Beifall entgegen. Aufgenommen wurden 60 neue Mitglieder. Der Kassenbericht des letzten Vierteljahres wies eine Einnahme von 1406,89 M. auf; der

Bestand ist 287,69 M. Die Erledigung der Kasse wurde dem Vorstand mit dem Kartell überlassen; stattfinden soll dieselbe aber im Stadttheater. In einer längeren Diskussion wurde der Anschlag an die Berliner Konsumgenossenschaft warm empfohlen, damit baldmöglichst Verkaufsstellen eingerichtet werden können. Ersucht wurden die Genossen, die Lokalliste unbedingt zu beachten. Als nächste Veranstaltung des Bildungsausschusses findet am 21. März im Stadttheater ein Operettenabend statt, in welchem die „Niedermaus“ zur Aufführung gelangt. Karten zu 80 Pf. sind beim Genossen Lesbore, Grünstr. 16, zu haben.

Weißensee.

Zum Besuch der Antialkohol-Ausstellung in der Turnhalle, Goethestraße, treffen sich am heutigen Donnerstag, den 29. Februar, abends 7 Uhr, die Gewerkschaftsmitglieder im Lokale des Genossen Dröger, Leberstr. 122. Es wird erachtet, daß sich die Mitglieder der einzelnen Organisationen zahlreich beteiligen. Die Frauen wollen sich ebenfalls diesem Besuche anschließen. Das Gewerkschaftskartell Weißensee.

Trebbin (Kreis Teltow).

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Nach zweifelhafteiger Beratung wurde die neue Gebührenordnung zur Erhebung des Wasserzinses in namentlicher Abstimmung mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen. Erhöhen wird eine Anschlag- oder Mindestgebühr von 2 Proz. vom Gebäudesteuerwert. Die ersten 150 Kubikmeter Wasser kosten 20 Pf., weitere 300 Kubikmeter 15 Pf., weitere 300 Kubikmeter 12 Pf., und darüber hinaus das Kubikmeter 10 Pf. Ein Besuch der Gärtnerei um ihre Berücksichtigung bei dieser neuen Gebührenordnung in Hinblick auf ihren erhöhten Wasserverbrauch wurde bis zur Wiederbilligung des Ertrages der neuen Ordnung zurückgestellt. Die Erhebung der Mindestgebühr sowie des Wasserzinses geschieht vierteljährlich mit der Steuerzahlung. Sodann kam die Eingabe um eine Beihilfe zum Heimaufbau zur Verhandlung. Erforderlich hierzu ist ein Betriebsfonds von 2000 M., wozu die Stadt als Beihilfe 800 M. gewähren soll. Genosse Richter erinnerte an die Subvention, die die Stadt dem vorjährigen dreitägigen Radfahrerfest und dem Schützenhausvereinbewilligungsummel bewilligt habe, und warf die Frage auf, wie sich die Stadtverordnetenversammlung stellen würde, wenn die Arbeiterkassen als jährlicher Beitrag zum Gewerkschaftsfest, fordern würde. Dieses Geld solle lieber dafür angewendet werden, Industrie nach dem Ort zu ziehen. Der Herr Bürgermeister erklärte hierauf, daß er geraten habe, alle sozialdemokratischen Arbeitervereine vom Fest auszuschließen. Bei dem Charakter des Festes würde z. B. ein Hoch auf den Landesherren ausgebracht und es würden sich die Leute infolge ihrer Anwesenheit in einer peinlichen Situation befinden. Genosse Richter erklärte hierauf, daß seines Wissens in Trebbin nur ein sozialdemokratischer Verein existiere, und dies sei der Zahlverein. Die Abschaffung des Bürgerrechtsgeldes sei abgelehnt worden, weil keine Deckung im Etat zu finden gewesen sei, desgleichen die Betriebssteuer, aber für Feste sei immer Geld da, er plädierte daher für Ablehnung. Hierauf wurden 200 M. gegen die vier Stimmen unserer Genossen bewilligt. Die Holzauktion vom 6. Februar d. J. hat 4594,80 M. gebracht. Genosse Richter fragte, warum die vom Kreisaustrich schon genehmigte Erweiterung der Berliner Chaussee an der St. Annenkapelle noch nicht zur Ausführung gekommen sei. Da dort jetzt erst wieder ein Unglück passiert sei, wäre eine Verbreiterung der Straße dringend notwendig. Der Bürgermeister versprach, für Abhilfe sorgen zu wollen.

Bruchmühle.

Gemeindevorteilerwahl. Da das Kinderprivileg bei der Gemeindevorteilerwahl nicht berücksichtigt ist, sondern nur bei der Staatssteuer, so wurde von unseren Genossen gegen die Drittelung der Wählerliste Einspruch erhoben. Die Gemeindevorteilerwahl erkannte den Einspruch als berechtigt an. Außerdem wurden noch zwei Einsprüche anerkannt und zwei zurückgewiesen. Einen Antrag, die Gemeindevorteilerwahl an einem Sonntag stattfinden zu lassen, wies der Gemeindevorteiler zurück. Ihm steht nur allein das Recht zu, die Wahlen festzusetzen. Durch Auslosung scheiden die Gemeindevorteiler 3. Klasse Böllert, 2. Klasse Wandern, 1. Klasse Gröblich aus. Nach dem Botaniktag bilanziert der Etat in Ausgabe und Einnahme mit 12376,25 M.

Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Berlins. (S. S. Nr. 88, Berlin). Heute abend 8 1/2 Uhr im „Rosenhaller Hof“, Rosenhaller Str. 11/12: Generalversammlung. Tagesordnung siehe Infekt in Nr. 42 des „Vorm.“

Verband der Priestergehilfen Deutschlands. Versammlung am 29. d. Mts., abends 9 1/2 Uhr, Rosenhaller Str. 11/12.

Marktbericht von Berlin am 27. Februar 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Markthallenpreise. (Weinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 36,00—60,00. Linen 40,00—80,00. Kartoffeln 9,00—14,00. 1 Hilo-gramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Baushfleisch 1,30 bis 1,80. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,30—2,00. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 4,50—7,80. 1 Kilogramm Karthen 1,20—2,40. Kals 1,20—3,00. Gander 1,50—3,60. Schote 1,40—2,60. Barke 0,70—2,00. Schote 1,60—3,20. Mele 0,70—1,40. 60 Stück Ruche 4,00—30,00.

Witterungsbericht vom 28. Februar 1912.

Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (Tag u. Nacht)	Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. (Tag u. Nacht)
Stinnesmde.	761,5	SW	4	Regen	6	Saparanda	750,5	—	—	4	Schnee —6
Dammburg	762,5	SW	5	bedeckt	8	Petersburg	753,5	—	—	1	Rebel 11
Berlin	764,5	SW	8	bedeckt	8	Schla	763,5	—	—	5	bedeckt 11
Kranzlar	770,5	SW	1	wolkig	6	Aberdeen	757,5	SE	2	Regen 6	
Wismar	772,5	SW	5	halb bed.	6	Paris	771,5	SE	2	bedeckt 9	
Wien	770,5	SW	bedeckt	9	—	—	—	—	—	—	—

Wetterprognose für Donnerstag, den 29. Februar 1912. Zunächst kühler, zeitweise heiter bei ziemlich frischen westlichen Winden, später wieder zunehmende Erwärmung, Trübung und Regen. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 27. 2	am 28. 2	Wasserstand	am 27. 2	am 28. 2
	cm	cm		cm	cm
Remel, Mühl	190	—1	Saale, Großh.	223	+2
Regel, Jüterburg	42	+2	Havel, Spandau	73	+3
Weißel, Thorn	224	+10	Wahnon	74	0
Oder, Ratibor	315	-87	Spreew., Spremberg	90	-8
„ „ „ „ „ „ „ „	237	-24	„ „ „ „ „ „ „ „	60	+4
„ „ „ „ „ „ „ „	246	+42	Weser, Minden	300	-30
„ „ „ „ „ „ „ „	166	+12	„ „ „ „ „ „ „ „	390	+34
„ „ „ „ „ „ „ „	130	-26	Rhein, Maxmilliansbau	416	-28
„ „ „ „ „ „ „ „	43	+1	„ „ „ „ „ „ „ „	351	+29
„ „ „ „ „ „ „ „	184	+29	„ „ „ „ „ „ „ „	349	+59
„ „ „ „ „ „ „ „	70	+115	„ „ „ „ „ „ „ „	147	-35
„ „ „ „ „ „ „ „	237	+39	„ „ „ „ „ „ „ „	281	+46
„ „ „ „ „ „ „ „	172	+21	„ „ „ „ „ „ „ „	229	-22

+) bedeutet Waß, — Zoll, — ? Unterpegel, — ? Ufstand, — ? Höhe, — ? Um 26. höchster Wasserstand: 234 cm. — ? Stand aufgehoben, das Wehr ist am 26. niedergelegt worden. In der preussischen Weichsel hat der natürliche Eisaufruch begonnen, am Pegel Thorn betrug der Wasserstand heute morgen 25 cm, d. i. 1 m über Mittelwasser.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Donnerstag, den 29. Februar, abends 7 Uhr abends, Sonnabend, am 1. März, abends 7 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Aufschlag und eine Post als Vermerkenden beizufügen. Persönliche Antwort wird nicht ertheilt. Anfragen, denen keine Abnehmerbestimmung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. — E. T. 56. Vermögen Sie sich bitte selbst in das Lokal und fragen Sie dort an. — R. S. 12. 1. 100.000 M. 2. Nicht bekannt. 3. Jamohl. — Wupp 51. 1. Beide Schwestern bleiben für die Verwaltungen halbtar.

2. Keln. In der Regel sind im Mietvertrag Bestimmungen für den Fall getroffen, die maßgebend sind. — Die rote 110. Vertragsberechtigt ist nur die Mutter beim Vormund. Der Antrag ist an das Vormundschaftsgericht zu richten. Das Urteil kann für die Kosten der Fürsorgeerziehung — um solche handelt es sich ausschließlich — in Anspruch genommen werden. — 100 B. W. 1. Erst dann, wenn Sie die Forderung ausgeübt haben und ein gerichtlicher Pfändungs- und Ueberweisungsbeschluss zugestellt ist. 2. Vertragsangelegenheit empfiehlt sich erst dann, wenn die Forderung nicht einziehbar ist. — S. W. 83. Fragen Sie beim Grundbesitzeramt in Blom an. — A. B. 23. 1. Nur den auf 40 M. ermäßigten Betrag. 2. Ja, falls der Bruder seinen Rechte abtritt. 3. Verjahren Sie es mit einem Antrag bei dem Armenvorsteher Ihres Bezirks. — Treckler 100. Sie können den Antrag zurückziehen. Das kann aber nachteilig auf einen späteren Antrag wirken. — W. P. 87. Ja. — H. P. 20. Etwa 28 M. wöchentlich. Zur Angabe der Arbeitsstelle sind Sie nicht verpflichtet. — Invalide. Gehalt ausbleibend. — Fr. Sch., Frankfurter Allee. Sie können den Schlüssel fordern, auch beim Amtsgericht den Urlaub einer

einwilligen Verfügung beantragen. Für den Schaden ist der Mieter verantwortlich, Sie können entbehrliche Sachen einbehalten. — R. P. 907. 1. Falls Pfändung erfolgt, kann die Frau intervenieren. 2. Etwa 25 M. wöchentlich. — R. P. 19. 1. Ja. 2. Nicht nur nach Einrücknahme in den Vertrag beantwortet. — Brück 50. Der Vater kann Klage erheben. Es ist zweckmäßig, sich von dem Gemeindevorsteher ein Armenattest zu beschaffen. — S. D. 99. Nein. — G. R. 24. Nein. — R. P. 32. 1. Ja, sofern die Ehe deswegen rechtskräftig geschieden wird und seitens des Mannes binnen längstens drei Monaten Eintrag bei Gericht erfolgt. 2. Mindestens ein Jahr Justizhaus. 3. Ja, Amtsgericht Berlin-Mitte. — S. W. 84. Unbeschränkt, falls die Steuer nicht länger als 1/2 Jahr läuft, anderenfalls der 28.85 M. wöchentlich übersteigende Betrag. — W. D. 99. Etwa 18 M. bzw. etwa 25 M. — R. P. 87. Nur gegen Zahlung der Schuld, falls die Sachen Eigentum des Mannes waren. — Joo. 100. U. E. ist die Straßbahngesellschaft schadenerschuldig. — C. E. 333. 1. Ihre Frau kann die Mithilfe fürsetzen. 2. Sie sind zahlungspflichtig. — M. 100. Die

Bollmacht wird nicht anerkannt. Sie wird am zweckmäßigsten vom Notar beglaubigt und vom Konsulat legalisiert. — S. W. Charlottenburg 155a. 1. Ja, zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll oder durch eigenhändige, mit Ort und Datum und Unterschrift verbriefte Schrift. 2. Bereit nach dem Tode eines Teils. — S. R. 12. 1. Ja. 2. Wenn Sie unverheiratet sind, etwa 18 M. wöchentlich. 3. Wohnsitznahme kann sofort erfolgen. 4. Wegen der nicht länger als 1/2 Jahr fälligen Steuer unbeschränkt, wegen längere Zeit fälliger Steuer der wöchentlich 28.85 M. übersteigende Betrag. — 57. 1. Anwaltsrente, falls in jeder Karte 50 Mark, 18.95 M. monatlich. 2. Ja, falls Behauptungen nachweisbar. 3. Wenn nicht ausgesetzt, ist Verjährung eingetreten. — R. P. 24. Dem Arzt bez. der Kasse ist Mitteilung zu machen, anderenfalls Rechnungsprozeß zulässig. — S. R. 1000. 1. Gegen Akzeptanten drei Jahre, gegen Aussteller und Giranten drei Monate. 2. Ja. 3. Zwei Jahre, mit Ende des Kalenderjahres beginnend. — Kellner 8. Nein. — S. P. 100. Ja. — M. R. 100. Anspruch auf Rückgabe besteht, soweit ersichtlich, beiderseitig nicht.

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 29. Februar 1912
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus, Margarete.
Kgl. Schauspielhaus, Der gebrochene Siegfried, Siegfrieds Tod.
Deutsches, Die Frau um Nichts.
Virtus Busch, Gala-Vorstellung.
Virtus Schumann, Gala-Vorstellung.
Virtus Carrasani, Gala-Vorstellung.
Gaberland, Spezialitäten.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Wiener Blut.
Morgen 8 Uhr: Die geschiedene Frau.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Ein Walzortraum.
Belle-Alliance-Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
Der Glöckner von Notre-Dame.
Freitag: Die Dollarprinzessin.
Luisen-Theater.
Donnerstag: Der Verächter.
Freitag: Selbstvorstellung: Eine leichte Person.

Freie Volksbühne

Nächste Serie:
Neues Schauspielhaus, 10. März:
Caldoron de la Barca:
Das Leben ein Traum.
Thalia-Theater, 24. März:
Schönthan:
Der Raub der Sabinerinnen.

Lessing-Theater 8., 14., 21. April: Wenn der junge Wein blüht	Neues Schauspielhaus Björnson: Ueber unsere Kraft 2. Teil.
Thalia-Theater Greinz: Die Thurnbacherin	Residenz-Theater Emil Angier: Die arme Löwin.
Abendabteilungen Björnson: Ueber unsere Kraft 2. Teil.	Herrfeld-Theater Sven Lange: Simson und Delila.

Die Mitglieder d. Nachmittagsabteilungen können zu den Montagabendvorstellungen im Neuen Schauspielhaus Gastkarten à 1.50 M. beim Obmann im Theater (7-8 Uhr) erhalten. 342/8
Ordner-Zusammenkunft
bei Schäfer, Nollendorfplatz
Sonntag, 3. März, 12 Uhr, Ordner d. 3., 7., 8., 9., 11., 12., 13. Abt.

Anfang 8 Uhr.
Urania, Taubenzstraße 48/49.
Der Großglockner, Gasteln und die Salzburger Alpen.
Sprengel: Prof. Schaffer: Die physikalischen Grundlagen der Kinematographie.
Neues K. Opernhaus, Geschieden.
Königgrätzer Straße, Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus, Das Familienkind.
Neues, Der Hebe Augustin, Kammerstücke, Eine glückliche Ehe, Deflug, Nora.
Westend, Alles für die Firma, Komische Oper, Rigoletto, Kurfürstener, Der Schmutz der Madonna.
Westen, Wiener Blut.
Luisen-Theater, Die Damen des Regiments.
Kleines, Pottschens Geburtstag, Geny u. S. Hler, Codenjos.
Berliner, Große Köhnen.
Neues Opernhaus, Die Schiller O., Emilia Galotti, Schiller u. Charlotteburg, Der Kilometerreffer.
Friedr., Bühn., Schauspielhaus, All-Geidelberg.
Luisen, Der Verächter.
Weise, Bonaparte und seine Frauen.
Metropol, Die Nacht von Berlin.
Urania, Das kleine Café.
Thalia, Polnische Wirtschaft.
Casino, Der Kampf ums Dasein.
Apollo, Spezialitäten.
Fischer, Spezialitäten.
Herrfeld, Wie man Männer bessert.
Der Hausstufel.
Reichshallen, Stettiner Sänger.
Wintergarten, Spezialitäten.
Königstadt-Kasino, Das Rodel.
Die letzte Rolle, Spezialitäten.

Anfang 8 Uhr.
Urania, Taubenzstraße 48/49.
Der Großglockner, Gasteln und die Salzburger Alpen.
Sprengel: Prof. Schaffer: Die physikalischen Grundlagen der Kinematographie.
Neues K. Opernhaus, Geschieden.
Königgrätzer Straße, Die fünf Frankfurter.
Neues Schauspielhaus, Das Familienkind.
Neues, Der Hebe Augustin, Kammerstücke, Eine glückliche Ehe, Deflug, Nora.
Westend, Alles für die Firma, Komische Oper, Rigoletto, Kurfürstener, Der Schmutz der Madonna.
Westen, Wiener Blut.
Luisen-Theater, Die Damen des Regiments.
Kleines, Pottschens Geburtstag, Geny u. S. Hler, Codenjos.
Berliner, Große Köhnen.
Neues Opernhaus, Die Schiller O., Emilia Galotti, Schiller u. Charlotteburg, Der Kilometerreffer.
Friedr., Bühn., Schauspielhaus, All-Geidelberg.
Luisen, Der Verächter.
Weise, Bonaparte und seine Frauen.
Metropol, Die Nacht von Berlin.
Urania, Das kleine Café.
Thalia, Polnische Wirtschaft.
Casino, Der Kampf ums Dasein.
Apollo, Spezialitäten.
Fischer, Spezialitäten.
Herrfeld, Wie man Männer bessert.
Der Hausstufel.
Reichshallen, Stettiner Sänger.
Wintergarten, Spezialitäten.
Königstadt-Kasino, Das Rodel.
Die letzte Rolle, Spezialitäten.

Abends 8 Uhr:
Rauschen gestillt.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund, Musik von B. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. A. Schulz.
Apollo Theater
Letzter Tag!
des sensation. kom. Programms mit Paul Beckers.
Morgen Freitag:
Sollständig neues Programm.
12 große Attraktionen.
8 für Berlin neue Debüt.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Solles Gabrice, Mandelblatts's Wallerabend, Losgelassen, Wasserleitung.
Walhalla, Menschenrechte.
Boigt, Die Seemannsbraut.
Neues Volkstheater, Geographie und Liebe.
Belle-Alliance, Der Glöckner von Notre-Dame.
Sternwarte, Invalidenstr. 57-62.
Schiller-Theater O., Ballmer-Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Emilia Galotti.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Kilometerreffer.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Kilometerreffer.
Freitag, abends 8 Uhr:
Kyriltz-Pyrlitz.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Kyriltz-Pyrlitz.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Nojinen.
Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der liebe Bauer.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von H. Demmequin und G. Mühsel. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volker Barders. Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma. Sonnt. 3. 3. 1/2. Kümm Dich um Amelio

Anfang 8 1/2 Uhr.
Solles Gabrice, Mandelblatts's Wallerabend, Losgelassen, Wasserleitung.
Walhalla, Menschenrechte.
Boigt, Die Seemannsbraut.
Neues Volkstheater, Geographie und Liebe.
Belle-Alliance, Der Glöckner von Notre-Dame.
Sternwarte, Invalidenstr. 57-62.
Schiller-Theater O., Ballmer-Theater.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Emilia Galotti.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Kilometerreffer.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gräfin Lea.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Kilometerreffer.
Freitag, abends 8 Uhr:
Kyriltz-Pyrlitz.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Don Carlos.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Kyriltz-Pyrlitz.
Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Nojinen.
Theater in der Königgrätzer Straße
Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Der liebe Bauer.
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
Schwank in 3 Akten von H. Demmequin und G. Mühsel. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volker Barders. Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma. Sonnt. 3. 3. 1/2. Kümm Dich um Amelio

„CLOU“ Berliner Konzert-Haus.

Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91
Großes Doppel-Konzert
!!! Zillertaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler !!!
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Großes Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.
Heute Donnerstag, den 29. Februar 1912:
Damen-Prämierung.
Prämiiert wird:
Der kleinste Damenfuß.
(Abnormitäten ausgeschlossen.)
3 bare Geldpreise: 50,-, 30,-, 20 Mark.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
5 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Anfang 8 1/2 Uhr. Heute: Entree 50, reserv. 75 Pf.
Johann Strauß aus Wien.
Morgen Freitag Elitetag.
Das größte Bockbierfest Berlins.
AUF DER ALM.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Neu! Neu! Pantoffel-Helden.
Urförmliche Zwickelreife
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen und Beckbiertrabel bei freiem Entree. C. NIBLE.

Volksliederabend

des Deutschen Arbeiter-Abstin.-Bundes
findet erst am 10. März, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt, nicht, wie auf den bereits verkauften Billetts angegeben war, am 3. März.
Mitwirkende: Dr. Guttman (Vortrag), Frauentortz (Fris. Becker, Böhm, Fabricius), Walli Kussel (Rezitation), Männerchor „Lerche“ (M. d. A.-S.).
Gastkarten zum Preise von 30 Pf. sind zu haben bei: E. Geisler, N. Kuglerstr. 41; Rüdiger, NO, Prenzlauer Allee 193; H. Esser, Neukölln, Pfäfersstr. 17; P. Frenzel, Lichtenberg, Bürgerheimstr. 102 (Konsumladen); O. Berg, Charlottenburg, Königinn-Elisabeth-Str. 52; Bundesgeschäftsstelle Engelafer 19. 287/19

Zirkus A. Schumann
Donnerstag, den 29. Februar, abends 7 1/2 Uhr:
Auftreten sämtlicher Spezialitäten.
Um 9 1/2 Uhr:
Das neueste, größte Ausstattungsstück der Gegenwart, bis jetzt unübertroffen:
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Besonders hervorzuheben: Im Lunapark. Großes Huldigungsfest der in- und ausländischen Professoren. Die wunderbare Schlaflapothese. Sonntags: 2 Vorstellungen. In beiden Vorstellungen: Das Motorpferd.
Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Der Großglockner, Gasteln und die Salzburger Alpen.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Schaffer: Die physikalischen Grundlagen der Kinematographie.
Zirkus Busch
Donnerstag, den 29. Februar 1912, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend!
Die Hexe.
Vorher das gr. Galaprogramm.
Sonnabend, den 2. März, abends 7 1/2 Uhr:
Beginn der großen internationalen
Ringkämpfe!

Sarrasani

Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100
Donnerstag, 29. Februar, 7 1/2 Uhr:
Das Aufsehen erregende
NOVITÄTEN-Programm.
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen.
Vorverkauf a. d. Circus-Kasse und an sämtlichen Billettverkaufsstellen von A. Werthelm.
Der Billettverkauf bis Sonntag einschließlic beginnt heute.
Boigt-Theater.
Donnerstag, den 29. Februar 1912:
Gastspiel in
Puhmanns Theater, Schönhauser Allee 148.
Die Seemannsbraut.
Vollständig mit Gel. in 5 Bild. u. Bilden. Staffeleröffnung 7, Anfang 8 1/2 Uhr.
Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Losgelassen.
Waffenübung.
Mandelblatts's Wallerabend.

Passage-Panoptikum.
Das Londoner Mirakel!
Die Frau in der Kanne!
Befreiung aus d. Wassergrab.
Lebend! Lebend! Fakir-Truppe
15 Personen in ihren religiösen Märtyrer-Produktionen
Wochentags 4-7 Uhr:
Lichtspiele
Ohne Extra-Entree.

Königstadt-Kasino.
Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße
Täglich abends 8 Uhr
Theater und Varieté.
Über den Spezialitäten zwei Theaterstücke:
„Das Modell“ von G. Alexander.
„Die letzte Rose“ von D. Richter.

Concordia - Festsäle.
Inh.: M. Wendt & A. Schütze.
61 Andreasstraße 61.
Jeden Donnerstag:
Große Soiree
d. allgemein beliebten und bekannten Hoffmanns Sänger.
Direktion Fr. Faucher
Heute:
„Unser Kind“
Schwank in 1 Akt mit F. Sebanski u. G.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Soiree: **Frei-Tanz.**
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet von 11 Uhr vorm. Nachmittags:
Kunstlauf - Produktionen.
Abends:
Tänze auf dem Eise.
Die kleine Charlotte.
Geschw. Schlosser.
Das prächtige Eisballett
Alpenzauber.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenpreise.

Riba Schokolade



Riba Kakao

Für Gesunde und Kranke

Eiweiß-Nährkakao

Verkäufe.

Teppiche (Farbenfleher) Gelegenheitskauf...

Steppdecken billig! Fabrik Große...

Permanenplan 6 Wandblechhaus...

Gardinen, Fabrikreste, Fenster...

Tuch- und Tischdecken, Garnitur...

Steppdecken billig! Fabrik Große...

Tuch- und Tischdecken mit feinen...

Möbelverkauf! Linoleumreste, Tapeten...

Sporth- und Schlafdecken 1,25...

Gold! Gold! Sparen Sie, wenn Sie...

Gardinen! Steppdecken! Portieren!

Vorläufige elegante Herrenanzüge...

Teppiche! (schlechte) in allen Größen...

Gumboldt - Versteigerung! Weltbekannt!

Wappengemälde, Karikaturen, Zeichnungen...

Selbstverhöre und Selbstverhöre...

Bücher, billig, billig! Monatsanträge...

Wittener Nähmaschinen ohne Anzahlung...

Ohne Anzahlung, Buche 0,50, Bilder...

Antiquarische Bücher, Zehn, Zehn...

Teppiche, Prachtstücke mit feinen...

Gastronomie Frankfurter Allee 124...

Wetten, Stand 11,00, 16,00, hochleise...

Teppiche, Vorwärts! Leser erhalten...

Wappengemälde, Karikaturen, Zeichnungen...

Wappengemälde, Karikaturen, Zeichnungen...

Wappengemälde, Karikaturen, Zeichnungen...

John Wrozent Rabatt Vorwärts!

Teppiche, Farbenfleher, jetzt abgelassen...

Gardinen, Fabrikreste, Fenster...

Tuch- und Tischdecken, Garnitur...

Steppdecken billig! Fabrik Große...

Tuch- und Tischdecken mit feinen...

Möbelverkauf! Linoleumreste, Tapeten...

Sporth- und Schlafdecken 1,25...

Gold! Gold! Sparen Sie, wenn Sie...

Gardinen! Steppdecken! Portieren!

Vorläufige elegante Herrenanzüge...

Teppiche! (schlechte) in allen Größen...

Gumboldt - Versteigerung! Weltbekannt!

Wappengemälde, Karikaturen, Zeichnungen...

Selbstverhöre und Selbstverhöre...

Bücher, billig, billig! Monatsanträge...

Wittener Nähmaschinen ohne Anzahlung...

Ohne Anzahlung, Buche 0,50, Bilder...

Antiquarische Bücher, Zehn, Zehn...

Teppiche, Prachtstücke mit feinen...

Gastronomie Frankfurter Allee 124...

Wetten, Stand 11,00, 16,00, hochleise...

Teppiche, Vorwärts! Leser erhalten...

Wappengemälde, Karikaturen, Zeichnungen...

Möbelangebot, Vorteilhafteste Gelegenheitskäufe...

Gelegenheitskauf verzugslos, passend für Draufleute...

Wohlfühl! Für Draufleute günstigste Gelegenheits...

Mitgehend verkäuflich (Händler zwecklos)...

Wohlfühl! Für Draufleute günstigste Gelegenheits...

Zahngebisse in Kunstschmelze, Silber und Platin...

Platina, alte Goldschmelze, Silber, Goldschmelze...

Zahngebisse, Zahn bis 0,95, Platinabfälle...

Prachtwohnungen, drei, zwei Zimmer, Loggia...

Zimmer, möbliertes Zimmer, 10 Karl...

Kleines möbliertes Zimmer, Kamenstraße 2...

Vorzimmer, 25, Dannebergstraße 17 I...

Schlafstellen, freundliche Schlafstelle vermietet...

Schlafstellen, zwei Herren, nach vorn, vermietet...

Unterricht.

Technikum, Berlin, Reanderstraße 8...

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote, Gebiete Kaufmann auf Ver...

Verschiedenes.

Patentanwalt Bessel, Göttinger...

Patentanwalt Müller, Göttinger...

Musikinstrumente.

Reinhardt'sche Musikinstrumente...

Bilder.

Sie kaufen Bilder nirgends billiger...

Kaufgesuche.

Zahngebisse, Goldschmelze, Silber...

Zahngebisse, Goldschmelze, Silber...

Zahngebisse, Goldschmelze, Silber...

Zahngebisse, Goldschmelze, Silber...

Zahngebisse, Goldschmelze, Silber...